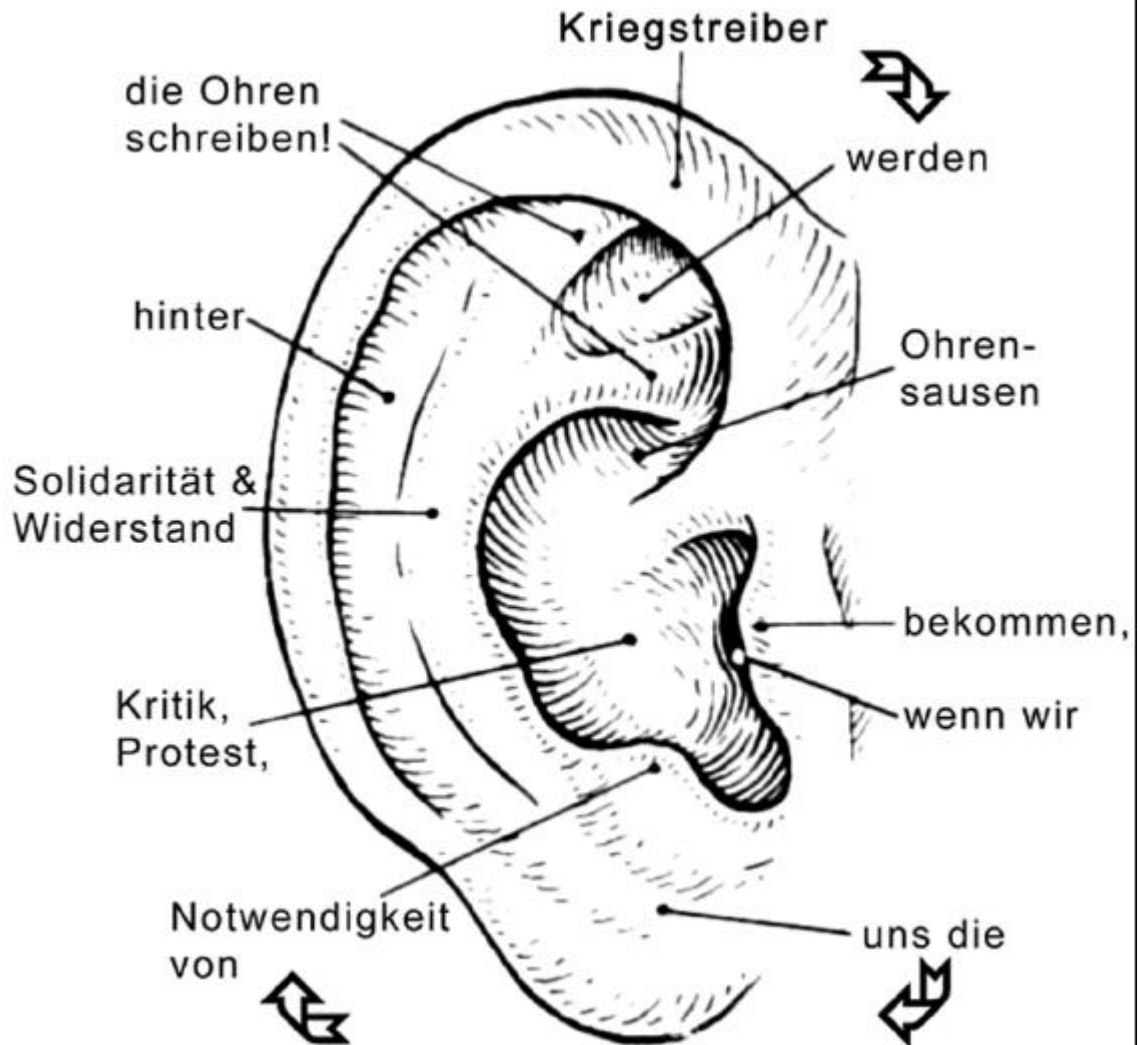


Stand: Februar 2000

Reader

zum runterladen & ausdrucken auf: www.gaarden.net/no_nato/



**Hintergründe zum Kriegsparteitag der
Grünen (13.5.99 Bielefeld)
&
Informationen zu den anstehenden
Prozessen**

Intro

In den Händen haltet Ihr einen Reader mit Texten zu den Aktionen gegen den Kriegsparteitag der Grünen in Bielefeld am 13. Mai 1999. Anlass dieses Readers ist nicht nur die Kriminalisierung der Aktion. Zwar verteilen wir diese Zusammenstellung im Zusammenhang mit den anstehenden Prozessen, doch können die Texte auch für eine Reflexion von Antikriegspolitik vielleicht hilfreich sein. Der nächste Krieg kommt bestimmt. In diesem Zusammenhang eine Aufforderung an Euch: Spendet nicht nur auf das Konto für die anstehenden Prozesse,

**Ermittlungsausschuss Berlin: Kontonr: 20610-106, Postbank Berlin,
BLZ: 10010010, wichtig: Stichwort AUFPRALL**

sondern schickt uns Eure Debatten über zukünftige Antikriegspolitik und entsprechende andere Veröffentlichungen zu.

Für eine vorausschauende Antikriegspolitik!

Kiel, Februar 2000

zu bielefeld
c/o Infoladen ‚Beau Rivage‘
Hansastr.48
24118 Kiel
Fax: 0431-563717

Inhaltsverzeichnis des Readers (Stand: Februar 2000)

- Seite 03:** Nie wieder Krieg!“ (1948) „Nie wieder Srebrenica?“ (1995)
- Seite 12:** Für ein sofortiges Ende rot-grüner Kriegspolitik (unveröffentlichter Aufrufentwurf)
- Seite 13:** Carpe Bellum! (unveröffentlichter Aufrufentwurf)
- Seite 15:** Grüne Himmelfahrt – Thesen zum Kriegsparteitag der Grünen
- Seite 18:** Der Krieg, die Grünen und die Autonomen
- Seite 21:** Kein Kriegsparteitag – Antikriegsversammlung! (bundesweiter autonomer Aufruf)
- Seite 22:** Zerschlagen wir die NATO! Fangen wir mit den Grünen an! (Aufruf von Fels)
- Seite 23:** Für die Endlagerung der Grünen und die Neuformulierung einer kämpferischen linksradikalen Bewegung! (Aufruf aus Schleswig-Holstein)
- Seite 24:** Die NATO-Kriegsmaschine angreifen! Verhindern wir den Kriegsparteitag der Grünen!
- Seite 27:** Wir stehen hier, weil wir den Grünen Kriegsparteitag verhindern und an seine Stelle eine Antikriegsversammlung setzen wollen. (Eröffnungsredebeitrag)
- Seite 28:** Rede der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe
- Seite 30:** Unruhige Zeiten! (Stellungnahme der Initiative Kein Friede mit der NATO)
- Seite 32:** Presseerklärung aus Bielefeld
- Seite 32ff:** Presseklärungen 1-3 der AttentäterIn
- Seite 33:** - Warum Belgrad nicht in Bielefeld liegt – Grüne Kriegsgewinnler und die Neue Linke
- Seite 37:** - Mann im Rock – Anmerkungen zu Geschlechtskonstruktionen in der Presse anlässlich des Kosovo-Krieges
- Seite 38:** Farbbeutelinfo #1
- Seite 40:** Farbbeutelinfo #2
- Seite 41:** einSATZ – Schleswig-Holsteinisches Info zu den Prozessen wegen der Aktionen zum Kriegsparteitag der Grünen

“Nie wieder Krieg!” (1948)

“Nie wieder Srebrenica?” (1995)

Um gegen den Krieg der Nato in Jugoslawien zu sein, reicht der Verweis auf die UN-Charta, deren Achtung sich alle Nato-Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Es handelt sich hier schlicht um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der darüber hinaus eine eklatante Verletzung der noch bestehenden Nato-Statuten darstellt. Dafür sind genug Argumente gefallen, die besten und fachkundigsten von Seiten derer, die normalerweise (und immer noch) unsere politischen Gegner sind (wie z.B. der Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt oder der BT-Abgeordnete Willy Wimmer (CDU), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE).

Das Zustandekommen eines massenhaften Widerstandes gegen den Angriffskrieg der BRD und der Nato wird sich jedoch nicht an diesem Punkt entscheiden. Von zentraler Bedeutung wird sein, wie wir zu dem Stellung beziehen, was im ehemaligen Jugoslawien passiert, was - je nach Kalkül oder Überzeugung- als “humanitäre Katastrophe”, “ethnische Säuberung” oder “Völkermord” bezeichnet wird. Die moralische Legitimation für diesen Krieg ist (kaum noch) das Grundgesetz oder das Völkerrecht, sondern das Verhindern eines Staats-Verbrechens, dem man - so die KriegsbefürworterInnen- nicht mit dem Gesetzbuch unter dem Arm, sondern nur noch mit der Waffe in der Hand entgegentreten kann. “Im Bundestag nennt Scharping mit Blick auf die Menschenrechtsverletzungen in Kosovo “jedes problematische Tun besser als jedes Nichtstun”. Für seine Verhältnis richtig aufbrausend wird er..als PDS-Fraktionschef Gregor Gysi seine juristischen Bedenken gegen den Nato-Angriff ohne UN-Mandat unangenehm rechthaberisch ausbreitet. **Angesichts der Lage in Kosovo interessierten ihn Einzelheiten des Völkerrechts nicht so sehr, kontert der Verteidigungsminister**” (1)--- Soviel Illegalität und Bereitschaft zum Rechtsbruch kann man sich auf Seiten der KriegsgegnerInnen nur wünschen.

Die Stärke einer Anti-Kriegsbewegung wird sich nicht an der Frage der Legalität dieses Nato-Krieges entscheiden. Entscheidend wird sein, ob es uns gelingt, mit der Forderung nach “Nato raus aus Jugoslawien” die Opfer nationalistischer Machtpolitik einzubeziehen- anstatt sie auszublenden.

Diese zentrale Frage werden wir nur bedingt beantworten können, denn alle Bilder, Berichte, Zeugenaussagen, vorallem deren Zusammensetzung und Auswertung ist Teil des militärischen Krieges. Erklärtes Ziel der Nato ist nicht nur die uneingeschränkte militärische Lufthoheit über Jugoslawien, sondern gleichermaßen die “Informationsüberlegenheit” und “Informationsdominanz”, gemäß der US-Militärdoktrin C/2-warfare (2). Eine gezielte Desinformationspolitik, deren Erfolg im US-alliierten Krieg gegen den Irak (1991) als Maßstab für die abermals ‘freie’ Berichterstattung genommen werden kann:”Der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte am Golf, US-General Norman Schwarzkopf, hatte jüngst zugegeben, daß die Medien während des Golf-Krieges manipuliert worden seien und einem “gigantischen

Täuschungsmanöver” gegen Irak gedient hätten.”(3) Gibt es einen Grund, dieses Wissen in diesem Nato-Krieg unberücksichtigt zu lassen?

Dieser ‘information warfare’ ändert nichts an dem tatsächlichen Leid, an den begangenen Massakern, an der Vertreibung, an der Zerstörung der Lebensgrundlagen von hunderten von Menschen. Diese Tatsachen kleiner zu machen, weil wir deren Instrumentalisierung ohnmächtig ausgeliefert sind, wäre politisch untragbar. Wir müssen die mühsame Anstrengung unternehmen, widersprüchliches, unterschlagenes, weit zurückliegendes, unbeachtete Details und unbeabsichtigte Hinweise zusammenzutragen- ein schwieriger, gradwandriger Prozeß, der nicht die Wahrheit beansprucht, sondern zuallerst die Dominanz der herrschenden Kriegsberichterstattung durchbrechen muß.

Was bewegt Regierung und Opposition (mit Ausnahme der PDS) gemeinsam, einen Krieg zu führen, um eine “humanitäre Katastrophe” zu verhindern? Warum nicht in all den Ländern, wo der Krieg durch Hunger(tod) Alltag geworden ist? Was bewegt den deutschen Staat einen Krieg für die “Wahrung der Menschenrechte” zu führen- und nicht im eigenen Land?

Was bewegt diese Kriegs-Regierung, von “KZ”(Kriegsminister Scharping am 31.3.99) in Jugoslawien zu reden und die 12-jährige Nazi-Diktatur zum Vergleich heranzuziehen, während hier mit Erfolg befreite “braune Zonen” existieren, in den alle, die nicht ‘deutsch’ genug aussehen, um ihr Leben fürchten müssen? Was bewegt diese Kriegs-Regierung, den Nationalismus und großserbischen Chauvinismus der jugoslawischen Regierung zu geißeln, während sie für sich selbst den “gesunden” und ganz “normalen” Nationalismus reklamiert?

Was hat dieser ganz “normale” deutsche Nationalismus mit dem Krieg gegen Jugoslawien zu tun?

Aufgrund der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus wurde Deutschland in 4 Besatzungszonen aufgeteilt. Die unterschiedlichen Interessen der alliierten Siegermächte führten dazu, daß Deutschland geteilt wurde: Aus den drei Besatzungszonen der kapitalistischen Siegermächte wurde die BRD, aus der sowjetischen Besatzungszone entstand die Deutsche Demokratische Republik(DDR).

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet. Kosovo wurde Serbien zugeschlagen. Nach dem deutsch-italienischen Einmarsch auf dem Balkan schenkte Nazi-Deutschland Albanien den Kosovo. Nach dem Ende des “1000 jährigen Reiches” wurden die faschistischen Gebietsaufteilungen wieder rückgängig gemacht.

1946 wurde völkerrechtlich verbindlich Jugoslawien, bestehend aus 6 Republiken (Serbien, Kroatien, Slovenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und

Mazedonien) anerkannt- wobei zu Serbien die autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina gehörten.

Das Faktum der Teilung, das Faktum zweier unabhängiger Staaten, wurde in der BRD nie anerkannt. Die BRD hielt sich, sowohl verfassungsmäßig, als auch politisch die Wiedervereinigung vor- selbstverständlich mit friedlichen Mitteln. Unterhalb direkter militärischer Interventionen ließ die BRD in den folgenden Jahrzehnten nichts aus, die DDR ideologisch, politisch und wirtschaftlich zu destabilisieren. Nach dem Zusammenbruch des Ostblockes war die Zeit gekommen, die Wiedervereinigung Deutschlands mit aller Macht zu verwirklichen. Darin waren sich Opposition und Regierung im deutschen Bundestag, über alle Parteigrenzen hinweg, einig. In "deutschen Schicksalsfragen" akzeptiert Deutschland keine Parteien, sondern nur Deutsche.

Die Unzufriedenheiten in der Bevölkerung, die massive Unterstützung anschluss-williger Oppositionsgruppen in der DDR waren der ideale Hebel, das Regime ins Wanken zu bringen. Neben dem Versprechen, "blühende Landschaften" in der ehemaligen DDR entstehen zu lassen, war der deutsche Nationalismus, die "widernatürliche" Teilung Deutschlands die tragende Ideologie dieser Wiedervereinigungseuphorie. Aus der Opposition zur herrschenden SED-Regierung ("Wir sind das Volk"), wurde eine deutsch-nationale Massenbewegung ("Wir sind ein Volk").

Diese Transformation einer sozialen und gesellschaftlichen Opposition gegen das herrschende SED-Regime in eine deutsch-nationale Massenbewegung wäre ohne die operative, finanzielle, und ideologische Unterstützung der im Bundestag vertretenen Parteien, von CSU bis hin zur SPD, so nicht möglich gewesen. Mit dieser nationalistischen Massenbewegung wurde nicht nur die SED-Regierung gestürzt, wurden nicht nur alle Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft, an die Wand gedrückt und ausgeschaltet. Damit wurde zugleich ein bis dahin nie (mehr) für möglich gehaltener Rassismus und Antisemitismus zum "normalen" Alltag dieses wiedervereinigten Deutschlands. Flüchtlingsheime wurden belagert und abgebrannt, zehntausende von rassistischen Anschlägen auf alles was man nicht für "deutsch" hielt, wurden verübt. Über 60 Menschen, die nicht 'arisch' genug waren, wurden ermordet. Die Polizei schaute zu. Die politisch Verantwortlichen hatten Verständnis für die "berechtigten Sorgen" der deutschen Bevölkerung. In der Parole "Deutschland den Deutschen"- in all ihren Schattierungen- verschmolzen Volk und Regierung zu einem mord-bereiten national Ganzen. Mit einer parteiübergreifenden 2/3 Mehrheit wurde 1993 das Asylrecht abgeschafft und in fiktive "sichere Drittländer" exportiert. Die noch hier verbliebenen Flüchtlinge wurden mittels administrativer Maßnahmen (wie z.B. die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes) zu Menschen minderen Wertes markiert, in den sicheren Tod ausgewiesen (z.B. durch Ausweisungen in die Türkei) oder von Neonazis durch deutsche Straßen gejagt und zusammengeschlagen. In vielen deutschen Städten und Gemeinden existieren braune "befreite Zonen"- von der

Polizei unbehelligt, von den politisch Verantwortlichen heruntergeredet, von Teilen der Bevölkerung begrüßt.

Um die Grenzziehungen nach dem 2. Weltkrieg zu annullieren, um die territoriale Integrität, die Souveränitätsrechte eines (anderen) Staates, kurzum die -anderenorts- so gepriesenen Prinzipien des Völkerrechts, über den Haufen zu werfen, bedurfte es im Fall der DDR keiner Panzer, keiner Soldaten, keiner Sonderpolizei. Die BRD konnte - fast nahtlos- an das "deutsch-sein" anknüpfen, woran auch der vermeintliche Sozialismus nichts änderte und ändern wollte. Der verbliebene Widerstand gegen ein solche nationalistische Anmaßung konnte mit nicht-militärischen Mitteln ausgeschaltet werden.

Was wäre aber gewesen, wenn sich ein bedeutender Teil der Opposition in der DDR geweigert hätte, sich "wiedervereinigen" zu lassen? Was wäre gewesen, wenn sich diese Opposition aufgrund der massiven Einmischungen von außen bewaffnet, sich UDK genannt hätte und sich der militärischen und politischen Unterstützung einiger anderer Staaten hätte sicher sein können?. Man hätte ihr nicht einmal separatistische Bestrebungen vorwerfen können- schließlich hätte sie nichts weiter als ihre nationale Souveränität verteidigt. Wie weit wäre dann noch Bosnien oder der Kosovo von Deutschland entfernt gewesen?

Tatsächlich mußte die BRD zur Wiederherstellung "nationaler Größe und Würde" keine Panzer, keine Sonderpolizei in Marsch setzen.

Weder die realen Opfer der deutschen Wiedervereinigung, noch die Opfer im Zuge des wiederentdeckten ganz normalen deutschen Nationalismus machen die Opfer der jugoslawischen Regierung kleiner oder erträglicher.

Im Gegenteil: Was sich auf dem Balkan ereignet, ist ein erschreckendes Beispiel dafür, was passiert, wenn gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen ethnifiziert werden, wenn Volkszugehörigkeit zum zentralen Element einer Politik wird, hinter der politische und gesellschaftliche Gegensätze verschwinden sollen bzw. zum verschwinden gebracht werden.

Das Ausmaß eines solchen Nationalismus bestimmt sich nicht darüber, ob er sich "natürlich", "normal" oder "gesund" wähnt- oder für "übertrieben" und "übersteigert" erklärt wird. Es sind die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen, die darin zum tragen kommen, die dem jeweiligen Nationalismus ein äußerlich blutiges oder unblutiges Ansehen verschaffen. Denn das Recht auf eine 'nationale Identität', das Recht auf einen 'gesunden' Nationalismus bestreiten am allerwenigsten diejenigen, die in Jugoslawien - vordergründig-einem nationalistischen Chauvinismus den Krieg erklären.

Die nach dem Tod Titos (1980) begonnene und gezielt betriebene Ethnifizierung Jugoslawiens war weder unvermeidlich, noch zwangsläufig. Es war und ist ein mörderisches Zusammenspiel: Auf der einen Seite macht-politische Eliten in den verschiedenen Republiken Jugoslawiens, die sich von einer Abspaltung einen klaren Gewinn versprachen. Auf der anderen Seite eine Vielzahl europäischer Staaten, die an der Zerschlagung Jugoslawiens ein massives politisches und wirtschaftliches Interesse hatten. Und diejenigen, die

sich für ein anderes Jugoslawien einsetzen, das weder irgendwelche Volksmythen, noch irgendwelche Versprechungen besagter neuer Weltordnung bemühte, waren so wenige, daß sie von beiden Seiten an die Wand gedrückt wurden.

Die jeweiligen nationalen Eliten, die einen eigenen Staat begründen mußten, wußten sehr wohl um ihre Schwierigkeiten. Sie konnten ihrer Bevölkerung weder "blühende Landschaften" a la Kohl versprechen, noch wollten sie an den existierenden Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen etwas grundlegend ändern. An ersterem nicht gemessen zu werden, am zweiten nicht zu rütteln ist eine wesentliche Grundlage für jede nationalistische Ideologie und Politik. Das eine 'Volk' gab und gibt es in keinem Staat auf dieser Erde. Es existiert nur in Mythen und Volkslegenden. Die Realität eines jeden Staats-Volkes mußte erst blutig hergestellt werden. Nicht nur in Kroatien, Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo.

Die Maskenbildner des Krieges (4)

Seitdem die Nato Krieg gegen Bundesrepublik Jugoslawien führt, wird immer wieder die Legende verbreitet, die USA und Europa hätten lange genug, zu lange zugeschaut, dem mörderischen Treiben chauvinistischer Großmachtpolitik nichts entgegengesetzt.

Tatsächlich haben die USA und verschiedene europäische Staaten seit über 15 Jahren in aller Stille die ökonomischen Voraussetzungen für die anschließende staatliche Zerstückelung Jugoslawiens (mit-)geschaffen. Die sozialen und politischen Folgen haben sie nicht billigend in Kauf genommen, sie waren Teil des erklärten Zieles, die Macht der kommunistischen Parteien und Regierungen zu brechen. So forderte die US-Geheimdirektive von 1984 (NSDD 133) klar und eindeutig, das Entfachen von "stillen Revolutionen" (5). Was darunter zu verstehen ist, gilt heute - in Jugoslawien wohlbemerkt - als militärischer Interventionsgrund.

Bis zum Tod Titos war Jugoslawien ein Schanier zwischen dem kommunistischen Ostblock und dem kapitalistischen Westen- bekannt geworden als 3.Weg. Eine Mischung aus Privat- und Kollektivwirtschaft, kapitalistischen Zugeständnissen und sozialistischen Errungenschaften. "Das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes betrug 6,1 % pro Jahr, und zwar über die Dauer von 20 Jahren (1960-1980), es gab freie medizinische Versorgung..die Alphabetisierungsrate lag bei 91 %, die durchschnittliche Lebenserwartung bei 72 Jahren."(6) Nach dem Tod Titos öffnete die jugoslawische Regierung europäischen Kreditgebern und Investoren Tür und Tor. Die Folgen dieser Politik, die Folgen dieser strukturellen Anpassungsprogramme an den kapitalistischen Weltmarkt waren und sind verheerend: Das Wirtschaftswachstum fiel von durchschnittlich +6,1 % jährlich, Schritt für Schritt, Jahr für Jahr, bis es 1990 bei -10,6 % angelangte. Hunderte Fabriken wurden in den Konkurs geschickt, zehntausende ArbeiterInnen entlassen. Diese Strukturreformen hatten erklärtermaßen die Abschaffung der vergesellschafteten Betriebe unter der Leitung von Betriebsräten, gegebenenfalls deren Umwandlung in privatkapitalistische Unternehmen zum Ziel. An diese Kredite waren gleichfalls die

Bedingungen geknüpft, das Sozialsystem, den öffentlichen Sektor abzubauen. Die neuen und alten, zum größten Teil kommunistischen Machteliten in Jugoslawien verdienten daran. Die gezielte Verschlechterung der Lebensbedingungen schürte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Den Erdrutschsiegen rechter und nationalistischer Parteien waren damit der Weg geebnet. Die "stillen Revolutionen" nahmen konkrete Gestalt an...

Dieselben Staaten, die die Kredite vergaben und die daran geknüpften Bedingungen diktierten, waren auch daran beteiligt, die blutige Ernte dieser Wirtschaftspolitik einzutreiben. Sie trugen mit dazu bei, den nationalistischen Parteien den Weg an die Macht zu ebnen- wobei unbeantwortet bleiben muß, ob deren Erfolg wesentlich ein Ergebnis dieser massiven Unterstützungen vonseiten europäischer Staaten ist. Um die nationale Souveränität Jugoslawiens zu zerschlagen, war ihnen jeder Nationalismus recht, kein autoritäres Regime zu schade, um es anschließend anzuerkennen- solange dies den geo-politischen und wirtschaftlichen Interessen der europäischen "Geber"-Länder diene.

Europäische Staaten zumal, die sich in der Zerschlagung separatistischer Bestrebungen und Bewegungen (England/ IRA, Spanien/ ETA, Frankreich/ korsische Nationalbewegungen, Türkei/ PKK) **im eigenen Land** völlig einig sind- und dabei demokratische bzw. rechtsstaatliche Prinzipien ohne Probleme außer Kraft setzten und setzen.

Man stelle sich nur vor, die IRA würde in ihrem bewaffneten Kampf von Italien, Griechenland und Holland unterstützt und verschiedene europäische Staaten würden ein unabhängiges Irland politisch begrüßen und unterstützen?! Der Krieg Bundesrepublik Jugoslawiens gegen die UCK im Kosovo erspart einem, sich davon eine genaue Vorstellung zu machen.

Auch Deutschland schaute alles andere als jahrelang tatenlos und/ oder ohnmächtig zu. Die Zerschlagung Jugoslawiens wäre ohne den bedeutenden Beitrag Deutschlands nicht zustande gekommen. Nicht von ungefähr hat Deutschland am 23.12.1991 als **erster** westeuropäischer Staat Kroatien als unabhängigen Staat anerkannt und massiv daran mitgewirkt, daß andere europäische Staaten diesem Schritt folgten. "In nur einem Tag wurden aus der kroatischen Krajina 200.000 Serben vertrieben, übrigens mit politischer, militärischer und propagandistischer Hilfe der USA."(7)

Der Forderung "Nato raus aus Jugoslawien" halten rot-grüne KriegsbefürworterInnen "Nie wieder Srebrenica" entgegen. An die Massaker, die zuvor an serbischen Menschen verübt wurden, erinnert nur noch die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht, anlässlich des Ostermarsches in Frankfurt am 5.4.99- Außenminister Joschka Fischer, damals ebenfalls Mitglied einer deutschen Delegation in Srebrenica, weiß davon **heute** nichts mehr.

Die humanitäre Katastrophe- oder

Wenn Brandstifter einen Brand löschen

Medial sind wir gut auf diesen ersten Angriffskrieg der NATO vorbereitet worden. Immer wieder sind uns Bilder von Massakern überspielt worden. Massaker, die von der serbischen Armee an der Zivilbevölkerung im

Kosovo begangen wurden. Parallel dazu bekamen wir Bilder von Flüchtlingen, von brennenden Häusern, serbischen Einheiten zu sehen.

Von ethnischer Säuberung ist die Rede, von Liquidationen, von Deportationen, von Völkermord.

Von der UCK, die bewaffnet für ein unabhängiges Kosovo kämpft, ist kaum die Rede. Bild-Berichte sind spärlich und/oder nichtssagend. Gar nichts erfährt man über die politischen Ziele der UCK, gar nichts über die europäischen Staaten, die diese "Separatisten" unterstützen, mit Geld, mit Waffen, mit logistischer Hilfe. Manchmal fallen Namen, Deutschland und die USA z.B.. Gar kein Wort fällt heute darüber, daß die BRD auch in diesem Fall alles andere als tatenlos zuschaute: sie bildete die ersten UCK-Truppen aus. Ganz selten kann man eine kleine Notiz aufgreifen, daß die UCK 'serbische' Zivilisten ermordet hat- doch all das ist keine Recherche wert.

Mit dem Beginn der Bombenangriffe der Nato auf "militärische Ziele" in Jugoslawien gewinnt der Krieg in den Medien eine zentrale Rolle. Denn dieser Krieg wird nicht nur dort geführt. Seit dem "Vietnam-Trauma" der USA weiß man, daß ein solcher Krieg vor allem 'zu Hause' gewonnen werden muß. Es geht um die Macht der Bilder, um Wirklichkeits-Design. Der Krieg spiegelt sich nicht in der Medien-Berichterstattung- die Medien sind selbst Teil des Krieges.

Gerade für die US-Militärs wurde der Krieg in Vietnam nicht nur militärisch verloren, sondern vor allem in der amerikanischen Öffentlichkeit, an der 'Heimatfront'.

Daraus haben sie im Golfkrieg 1991 gelernt. Der von US-Militärs gelenkte "Medien-pool" war Teil der amerikanischen Kriegsführung. Desinformationen, Falschmeldungen, Fakes, Computersimulationen, Unterschlagungen waren wesentlicher Bestandteil dieses "Informationskrieges". Während es im Golfkrieg eines der ersten "militärischen" Ziele war, die Kommunikationsstruktur im Irak auszuschalten, machte sich die 'freie' Presse bereitwillig zu einer militärischen Unterabteilung amerikanischer Kriegsführungsstrategien.

Was sich im Golf-Krieg 1991 so hervorragend bewährt hat, findet auch in diesem Krieg Anwendung. Wenn die Nato bombt, sind wir Teil der Bombe, die video-gestützt ihr Ziel findet. Menschen sterben dabei nicht. Wenn sie einschlägt, flimmert es nur auf den Bildschirmen, zuhause. Wenn wir Menschen sehen, die von diesem Krieg betroffen sind, dann sind es Flüchtlinge. Dieses Mal werden wir mit Bildern und Berichten von und vor allem über Flüchtlinge versorgt, die voller Sympathie und Mitgefühl sind. Dieses Mal bebildern sie nicht die "berechtigten Sorgen" vor der "Asylantenflut", vor "Überfremdung" und "kriminellen Ausländern". Dieses Mal sind sie nicht gewohntes (Bild-)Material für Rassismus, sondern für einen 'gerechten' Krieg. Es sind Hunderttausend, mal eine halbe Millionen. Mal Flüchtlinge, mal Vertriebene. Mal werden sie systematisch vertrieben, ein anderes Mal an der Flucht gehindert. Mal sind sie in Fußballstadien interniert, mal fordert Verteidigungsminister Scharping die Nato auf, dafür die Beweise zu liefern.

Wovor sie fliehen, ist klar: vor der serbischen Armee, die -jetzt erst recht und laut Nato von langer Hand vorbereitet- die ethnische Säuberung im Kosovo

betreibt. Flüchtlinge, die im Kosovo vor der UCK fliehen, Flüchtlinge, die in Serbien vor den Nato-Bombardierungen fliehen, gibt es nicht. Die Nato führt bekanntermaßen keinen Krieg gegen das "serbische Volk". Und wenn die Nato ankündigt, auch Belgrad, mit Hunderttausenden von EinwohnerInnen zu bombardieren, dann sterben dort einfach keine ZivilistInnen. Deswegen heißt dieser Krieg auch nicht Krieg. Es handelt sich vielmehr um eine "Operation", mit dem Ziel der "Implantierung". Krieg als plastische Chirurgie, Nato-Kampftuppen als Organspende. Und wenn ein ziviles Objekt, wie die Donaubrücke oder die zweitgrößte Tabakfabrik des Landes zerbombt sind, dann handelt es sich selbstverständlich um ein militärisches Ziel.

Auch Kosovo-Politiker sterben in diesem Informationskrieg und sind tags darauf im jugoslawischen Fernsehen zu sehen. Dann sind sie zwar nicht mehr tot, aber so gut wie tot. Denn wer, wie Rugova, mit dem "Schlächter" Milosevic ein Gespräch führt, kann dies gar nicht freiwillig getan haben.

Es ist naheliegend, daß auch das jugoslawische Fernsehen dem chirurgisch-klinischen Krieg der Nato keine Bilder vom wirklichen Krieg entgegensetzt. Dort sind zwar immer wieder die planmäßigen Zerstörungen von zivilen Einrichtungen dokumentiert, doch das ganze Ausmaß an zivilen Opfern wird - soweit das von hier zu beurteilen ist- nicht sichtbar. Diese Dimension des Krieges könnte demoralisieren und zeigen, wie verheerend und vernichtend dieser High-tech-Krieg der Nato ist. Stattdessen überträgt das jugoslawische Fernsehen live, das täglich stattfindende Rockkonzert in Belgrad, wo zehn/hunderttausend Menschen zurecht die verbrecherische Politik der Nato verurteilen und zu unrecht diese mit der Politik des Nazi-Deutschlands gleichsetzen. Auch wenn die jugoslawische Führung heute immer und immer wieder an den erfolgreichen Partisanenkampf gegen den Faschismus erinnert- sie selbst hat genug dafür getan, daß dies heute mehr der Logik des Krieges gehorcht, als einem lebendigen Geschichtsbewußtsein.

Als PazifistIn und AntifaschistIn kann man die Beteiligung Deutschlands an diesem Nato-Krieg verurteilen. Bereits zweimal führte Deutschland einen Angriffskrieg gegen Serbien. Eine der offiziellen Lehren aus dem deutschen Faschismus ist, daß nie mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Diese historische Verantwortung ist ins deutsche Grundgesetz eingeschrieben. Die Kriegsbeteiligung Deutschlands stellt ein eklatanter Bruch des Grundgesetzes dar. Gleichfalls verbietet das Völkerrecht, das Deutschland in seiner Verfassung anerkannt hat, einen Angriffskrieg. Gründe genug, hier gegen die Kriegspolitik der rot-grünen Regierung Widerstand zu leisten. Gerade auch dann, wenn die "Verteidigung" der Verfassung, kein bürgerliches, sondern mehr und mehr ein autonomes Anliegen geworden ist (wie anlässlich der Abschaffung des Asylrechts 1993).

Als AntimperialistIn erübrigt es sich eigentlich, Deutschland zur Einhaltung von Grundrechten, Verfassungsrechten und völkerrechtlichen Garantien zu bewegen. Die Forderung an diesen Staat, seine eigenen Gesetze und internationale Rechtsgarantien einzuhalten, nährt nur die Illusion an einen Staat, der diese

einzuhalten gewillt ist. Die Geschichte des Nachkriegsdeutschlands ist voll von Grundrechts- und Menschenrechtsverletzungen bishin zur faktischen Aufhebung. Der Kriegseintritt Deutschlands hat am aller wenigsten damit zu tun, eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern. Um diese und andere humanitäre Katastrophen zu verhindern, braucht es am aller wenigsten einer Nato, sondern einer anderen Weltwirtschaftsordnung, in der millionenfacher Hungertod und Verelendung ganzer Kontinente nicht länger Basis unermesslichen Reichtums in den Händen weniger ist. Um als AntiimperialistIn auf die Straße zu gehen, reicht dieser Verweis und ein Blick in die verteidigungspolitischen Richtlinien: "Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten, die Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität sowie der Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen." Damit ist über die **eigentlichen** Kriegseintrittsgründe Deutschlands alles gesagt.

Als antinationale Linke könnten wir uns auch auf die beiden oben genannten Gründe berufen und -einfachheitshalber-beschränken. Beide haben ihre Berechtigung, sind grundsätzlich richtig. Tatsächlich reichen die oben genannten Gründe nicht aus, hier in Deutschland einen massenhaften Widerstand gegen diese Kriegspolitik auf die Beine zu stellen. Ganz offensichtlich ist es nicht egal, wo die Nato Krieg führt, gegen wen sie Krieg führt und welche Ziele ein Nato-Krieg vorgibt. Und ich behaupte einmal, daß es nicht zufällig ist, daß Deutschland als erstes militärisches Angriffsziel den Balkan wählte: Wo so viele Nationalismen auf blutigste Art und Weise aufeinanderprallen, erscheint ein verfassungs- und völkerrechtswidriger Nato-Einsatz zur Verhinderung eines stattfindenden oder bevorstehenden "Völkermordes" als kleineres Übel.

Das ist nicht nur die moralische Legitimation dieser rot-grünen Regierung. Sie wird auch von einem kleinen Teil der antideutschen Linken geteilt, die den Nato-Angriff auf Bundesrepublik Jugoslawien mit den alliierten Angriffen auf Nazi-Deutschland vergleicht. Tatsächlich lassen einen die täglichen Bilder von Flüchtlingen, abgebrannten Häusern und schutzsuchenden Menschen in überfüllten Notlagern nicht unberührt. Und natürlich wissen die Nato-Kriegsbeteiligten um die Wirkung, wenn sie von "ethnischer Säuberung", vom "Völkermord" reden, den es jetzt mit allen Mitteln zu verhindern gilt. Nato-Mitgliedsstaaten, die für ähnliche Staatsverbrechen (wie in Vietnam, in der Türkei) kaum, bzw, geradezu verharmlosende Worte finden. Auch wenn es in vielen Ländern dieser Erde nicht viel anders aussieht, auch wenn wir davon keine Bilder tagtäglich bekommen, so bleibt doch die Frage, wie dieser Krieg, dem unendlich viele ZivilistInnen zum Opfer fallen, gestoppt werden kann. Egal wie?!

Die Opposition gegen Nationalismus und Rassismus hier, in Deutschland ist mehr als gering und bedeutungslos. Es gibt keine machtvolle Opposition in den verschiedenen Balkan-Staaten, dem

nationalistischen Wahn, unter welcher Fahne auch immer, politische und gesellschaftliche Vorstellungen entgegenzusetzen. Ist es trotzdem richtig, gegen diesem Nato-Krieg zu sein?

Die Nato-Mitgliedsländer geben vor, zumindest im Bundesrepublik Jugoslawien einen "Völkermord" zu verhindern, für dessen Zustandekommen sie selbst die Grundlagen geschaffen haben. Sie geben vor, einen "Diktator" an den Verhandlungstisch bomben zu wollen- einen "Diktator", der immerhin, im Gegensatz zu vielen anderen Diktatoren, die in der Gunst vieler Nato-Staaten stehen, gewählt wurde.

Ich weiß nicht, wann man von einem "Völkermord" reden kann oder soll. Ich weiß nur, daß kein Krieg, an dem sich Nato-Mitgliedstaaten beteiligten, die Zivilbevölkerung verschont hat. In Vietnam wurde ganze Landstriche entvölkert, die dort lebenden Menschen "umgesiedelt", in strategischen Wehrdörfern konzentriert und/oder ermordet (wie in My lai), weil sie im Verdacht standen, den (kommunistischen) Feind zu unterstützen. Ich kann mich nicht erinnern, daß in diesem Zusammenhang von "ethnischen Säuberungen" die Rede war. In der Türkei wurden über 4000 Dörfer zerstört, über 5 Millionen KurdInnen vertrieben, in mehreren kurdischen Gebieten der Ausnahmezustand verhängt, jede legale Opposition verboten, SchriftstellerInnen, MenschenrechtlerInnen und JournalistInnen gefoltert und ermordet. Für all das reichte der Verdacht, den bewaffneten Kampf der PKK, bzw, separatistische Bestrebungen unterstützt zu haben. Auf den US-Alliierten Krieg gegen den Irak 1991 komme ich später noch zu sprechen. Von einer "humanitären Katastrophe" habe ich in diesem Zusammenhang nichts gehört.

Wenn dieselben Nato-Saaten nun von reden, eine "humanitäre Katastrophe" oder gar einen "Völkermord" zu verhindern, dann geht es ihnen am allerwenigsten um das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, sondern um eine gute Begründung, die genug Legitimation abwirft, alle internationalen Rechtsgarantien, alle völkerrechtlichen Verpflichtungen über den Haufen zu schießen, für deren Einhaltung sie anderenorts Krieg führ(t)en. So im Golfkrieg 91 z.B., wo der Einmarsch irakischer Truppen in den Kuwait als nicht hinnehmbare Verletzung nationaler Souveränitätsrechte bezeichnet wurde.

Der Versuch, auch innerhalb der Linken, Fakten für einen Völkermord zu sammeln oder Gründe dagegenzuhalten, die für einen ganz "normalen" Krieg sprechen, wird dem tatsächlichen Leid vom Krieg betroffener Menschen nicht gerecht. Ich weiß nur eines: die Nato führt weder im Restjugoslawien, noch sonst wo auf dieser Welt einen Krieg für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte.

All dies wissen mehr Menschen als hier auf die Straße gehen bzw. ihre Stimme gegen diesen Nato-Krieg erhoben haben. Die eigene Ohnmacht und die Kluft zwischen diesem Wissen und den tagtäglichen Bildern, verschafft diesem Nato-Krieg eine moralische Legitimation, die verwirrt und sprachlos macht. Die Anti-Kriegsbewegung gegen den Krieg der USA in Vietnam hatte ein klares Ziel: USA raus aus Vietnam. Damit war der Krieg dort auch tatsächlich beendet. Mit der Parole: "Nato raus aus Jugoslawien" würde

hingegen der Krieg dort, im inneren, aller Wahrscheinlichkeit weitergehen. Über diesen Unterschied hinwegzugehen, wäre töricht. Genau so wichtig ist der Umstand, daß wir in diesem Krieg zwar gegen die Nato sein können, aber kein -für uns erkennbares- Gegenüber haben, mit dem wir uns solidarisieren können. Es existiert -scheinbar- keine gesellschaftliche oder politische Alternative, weder zur Nato, noch zum Krieg zwischen der UCK und der jugoslawischen Armee.

Ist der Nato-Angriff auf Restjugoslawien tatsächlich das 'kleinere Übel'?

Es hat keinen Sinn, sich als besserer Militär oder bessere/r PolitikerIn auszugeben. Nicht die Frage ist falsch: was können 'wir' tun, um eine Politik der ethnischen Säuberung zu verhindern? Heuchlerisch wird die Frage, wenn sie von jenen kommt, die hier jeden anti-nationalistischen Widerstand, jede anti-nationale Politik verfolgen. Warum werden wir jetzt gefragt und nicht anläßlich brennender Flüchtlingsheime oder anläßlich der Abschaffung des Asylrechts? Die von den KriegsbefürworterInnen aufgestellte Alternative: zuschauen oder eingreifen, stellt die realen Verhältnisse nicht nur auf den Kopf, sie ist schamlos.

Wenn deutsche Staatspolitik zugeschaut hat, dann hier, als rassistische Pogrome und Angriffe Alltag wurden. Ganz im Gegensatz zur deutschen Balkan-Politik: gerade dort hat deutsche Außenpolitik nicht jahrelang zugeschaut, sondern die Grundlagen mitgeschaffen, deren Folgen sie heute militärisch zu bekämpfen vorgibt.

Ich weiß nur eines: jeder entschiedene Kampf gegen Nationalismus hätte nicht nur der Nato den erwünschten Interventionsgrund entzogen, sondern auch das angegriffen, was die Nato tatsächlich schützt: die Globalisierung von Hunger und Ausbeutung.

Dieser anti-nationalistische Kampf war und ist in Ex-Jugoslawien minoritär geblieben- dank massiver Unterstützung nationalistischer Machteliten durch verschiedene europäische Staaten.

Nicht viel anders sieht es hier in der BRD und in all den Nato-Ländern aus, die gegen den "groß-serbischen Chauvinismus" Krieg führen und sich selbst die Option eines atomaren Erstschlages offen lassen, wenn sie ihre "nationale Souveränität" bedroht sehen.

Stellen wir uns für einige Augenblicke dumm, vergessen wir für Augenblicke Geschichte und Zusammenhänge: Dann gab und gibt keine "realistische" Alternative zum Nato-Krieg gegen Bundesrepublik Jugoslawien, um eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern.

* Ganz real ist mit diesem Natoangriff das eingetreten, was die NATO zu verhindern vorgab. Der Flüchtlingsstrom schwillt ins Unermeßliche an. Vor dem Nato-Angriffskrieg zählten internationale Flüchtlingsorganisationen ca. 200.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo. Nach 14 Tagen Krieg zur Verhinderung einer "humanitären Katastrophe" sind es ca.900.000 Flüchtlinge (8) geworden. Grund zu fliehen, haben nun viele: Nicht nur Kosovo-AlbanerInnen, sondern auch Menschen aus Restjugoslawien und all jene, die im Kosovo die UCK zu fürchten haben. Seit über 10 Tagen wird über dieses Flüchtlingselend berichtet. Die Nachbarstaaten sind gänzlich überfordert und die Nato-

Mitgliedsstaaten haben vor nichts mehr Angst, als diese Menschen aufzunehmen. Ich erinnere nur daran, wie schnell eines der reichsten Staates dieser Erde, Deutschland, angesichts ein paar Hunderttausend Flüchtlingen "überfordert" war, mit Verständnis, Beihilfe zu rassistischen Morden leistete und zur Untermauerung prompt das Asylrecht abschaffte.

Man stelle sich nur vor, Mazedonien, Albanien und Montenegro würden nur annähernd so reagieren, wie Deutschland!

Es gibt keine medizinische Versorgung der Flüchtlinge, keine Unterkünfte, keine ausreichende Nahrung. Unter den aufmerksamen Augen der internationalen Presse verhungern Flüchtlinge, sterben an Unterernährung, obwohl die Vertreibung von Kosovo- AlbanerInnen, laut Nato-Hauptquartier, "von langer Hand" vorbereitet wurde, also allen Nato-Kriegsbeteiligten bekannt ist.

* Zu Beginn der Nato-Angriffe war das offizielle politische Ziel, die jugoslawische Regierung an den Verhandlungstisch 'zurückzubomben'. Es ging darum, sie zu zwingen, das Abkommen von Rambouillet zu unterschreiben. Daß ein solches Abkommen, selbst wenn es von "beiden" Seiten unterschrieben wurde, völkerrechtswidrig ist, weil es unter militärischen Androhungen zustande gekommen ist, wissen vorallem jene, die ansonsten gerne auf das Völkerrecht und die Einhaltung internationaler Rechtsgarantien bestehen. Schon einmal ist ein Abkommen dieser Art widerrufen worden: das "Münchener Abkommen"(1938), das den "freiwilligen" Anschluß des Sudetenlandes an's 1000 jährige Reich besiegeln sollte.

Woran scheiterte das vielzitierte Rambouillet-Abkommen? Warum liest man in den hiesigen Zeitungen dazu so gut wie nichts? Warum wurde "der Text des Abkommens dem Bundestag erst am Donnerstag (8.4.1999) zugeleitet"?(9). Worum haben die Bundestagsabgeordneten also tatsächlich abgestimmt, als sie der deutschen Beteiligung am Nato-Luftkrieg zustimmten?

Die jugoslawische Regierung hat den politischen Teil dieses Abkommens , den dort verankerten Autonomiestatus für den Kosovo, anerkannt. Was sie i.w. abgelehnte, war die Stationierung von Nato-Truppen. Das Ziel, die Verhandlungen zum scheitern zu bringen, war einprogrammiert. Es ging nicht eine Minute darum, eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern, sondern die Stationierung von Nato-Truppen zu erzwingen. Für diese Schlußfolgerung muß man kein Anhänger jugoslawischer Politik sein:" Die Juso-Vorsitzende kam nach der Lektüre des Textes zu dem Schluß, den Serben sei "quasi ein Nato-Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien diktiert" worden."(10). Man muß nicht spekulieren, was damit gemeint ist. Ein Blick nach Bosnien-Herzegovina genügt.

Wenn es tatsächlich um die Verhinderung einer "humanitären Katastrophe" ginge, wäre die Stationierung von UN-Soldaten kein Hindernis, sondern geradezu Voraussetzung für die viebeschworene friedliche Lösung des 'Kosovo-Konfliktes'. Doch so wenig es um die Flüchtlinge geht, so wenig geht es um ein Abkommen, das die Souveränitätsrechte Restjugoslawiens und den Autonomiestatus für den Kosovo anerkennt.

Das Nicht-Wissen des genauen Inhaltes des Rambouillet-Abkommens, die gezielte Desinformationspolitik der Nato und rot-grünen Kriegskoalition, das bewußte Schweigen darüber, woran das Rambouillet-Abkommen genau scheiterte, scheitern mußte, hatte nicht ein Friedensabkommen, sondern den Kriegseintritt der Nato zum Ziel.

Bereits 5 Tage nach den Angriffen der Nato werden all die Stimmen lautgestellt, die das Rambouillet-Abkommen für überholt und einen unabhängigen Staat Kosovo als einzige Lösung ansehen. Damit nähert sich die seit über 10 Jahren betriebene Zerschlagung und Aufteilung Jugoslawiens der letzten Phase.

Nach 14 Tagen Bomben-Krieg erklären die Nato-Spitzen genau das, wofür sie politisch Krieg führen, für null und nichtig. Es geht nicht mehr um einen Autonomiestatus Kosovos, sondern um einen eigenen Staat. Das Wort vom "Nato-Protectorat" macht die Runde.

Und das, was - laut Nachrichtensprecherin der Tagesschau- die Nato am meisten "befürchtete", trat am 6.4.99 ein: die jugoslawische Regierung verkündete einen einseitigen Waffenstillstand, mit dem Angebot, alle militärischen Einheiten aus dem Kosovo zurückzuziehen, verbunden mit der Zusicherung, daß die Flüchtlinge in den Kosovo zurückkehren können. Worum es der Nato wirklich geht, machten Nato-Sprecher und Bundeskanzler Schröder noch am selben Tag deutlich: Um die vollständige Zerschlagung der jugoslawischen Armee und der anschließenden Stationierung von Nato-Streitkräften- koste, was es wolle.

Diese 'Verhandlungsstrategie' ist nicht neu. Sie ist Teil einer Inzenierung, die das Ringen um eine friedliche Lösung choreographieren soll. Es geht um die Produktion politischer und moralischer Legitimation für den geplanten Krieg. Um keinen Deut anders verliefen die 'Verhandlungen' mit dem Irak, nach dessen militärischem Einmarsch in den Kuweit. Irak machte unmißverständliche Angebote, sich aus dem Kuweit zurückzuziehen. Darum ging es nicht, genau so wenig - das müßte die Zerschlagung Jugoslawien wohl eindeutig demonstrieren- um die Wiederherstellung nationaler Souveränität. "Es wird keine Verhandlungen geben." (Georg Bush). Über die eigentliche Ziele der USA oder der Nato wurde und wird nicht verhandelt- weder im Golf-Krieg, noch im Krieg gegen Bundesrepublik Jugoslawien.

* Mit dem Bombenkrieg der Nato werden immer mehr Menschen zu Flüchtlingen, nicht nur im Kosovo. Die Ausweitung der "militärischen Ziele" der Nato, die Bombenangriffe auf Belgrad, zielen eindeutig und unmißverständlich auf eine Bevölkerung, die sich nicht nach Nato-Plan gegen das serbische Regime erhoben hat, sondern zu Hundertausenden gegen die Nato-Angriffe auf die Straße geht. Der Fernseh-Kommentator der Bombenangriffe auf Ziele mitten in Belgrad, am 3.4.99, zollte nicht nur seine Bewunderung für die Präzision dieser Bombenanschläge, sondern erging sich zugleich in Andeutungen, daß sich von nunan auch die Zivilbevölkerung nicht mehr sicher sein kann.

Spätestens seit dem Golf-Krieg kann man wissen, was unter "militärischen Zielen" und deren "Ausweitung" gemeint ist. Bekannt geworden sind bisher:

Tabakfabriken, Ölraffinerien, Treibstofflager, Umspannwerke, Sendeanlagen, Automobilwerke, (Eisenbahn-) Brücken, Kliniken, Trinkwasseranlagen, Telefonzentralen, bishin zu "fehlgeleiteten" Marschflugkörpern mitten in Wohngebiete. Von all diesen gezielten Zerstörungen konnten sich die KriegsbefürworterInnen ein "Bild" machen, und nicht ein Kommentator oder Moderator kam wenigstens auf die Idee, auf einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht hinzuweisen.

Clark, ehemaliger US-Justizminister, kommt nach dem Golf-Krieg 1991 zu folgendem Ergebnis: "Die massiven Einsätze waren in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung gerichtet." (11). Professor Noam Chomsky kommt zu selben Schlußfolgerungen: "Es war ein Angriff auf die Wasser- und Energieversorgungssystem und andere Infrastruktureinrichtungen, der genau den Effekt biologischer Kriegsführung hatte.. Der Zweck der biologischen Kriegsführung ...bestand darin, die Bevölkerung für die Zeit **nach** dem Krieg als Geißel zu nehmen." (12)

Im Golfkrieg hatten die US-Alliierten nichts gegen das "irakische Volk". Auch der Bundeskanzler Schröder hat nichts gegen das "serbische Volk". Wie ersteres gemeint war, steht fest: **Nach** dem US-alliierten Krieg gegen den Irak starben mehr Menschen, als während des gesamten Krieges. Was Bundeskanzler Schröder damit gemeint hat, läßt sich heute nur erraten.

Egal wie dieser Nato-Krieg ausgeht, egal wer nach diesem Krieg die Regierung dieses Restjugoslawiens bilden darf. Jede noch so gewählte Regierung wird zur Farce. Denn keine Wahl wird die Politik dieser Regierung bestimmen, sondern all die Nato-Länder, die die Bedingungen für die Kredite zum Wiederaufbau diktieren werden. Damit ist das eigentliche Kriegsziel der Nato bereits heute erreicht.

In Bosnien-Herzegowina kann man sich davon bereits ein Bild machen: Die bosnische Regierung schätzt, daß der Wiederaufbau 47 Milliarden US-Dollar kosten wird. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der kredit-gebenden (Nato-)Länder sind bereits in die Verfassung eingeschrieben: "Der Hochkommissar hat volle Exekutivrechte in allen zivilen Angelegenheiten. Er kann sogar Regierungsentscheidungen sowohl der bosnischen Föderation als auch der bosnisch-serbischen Republik Srpska außer Kraft setzen." (13) Genug Demokratie für ein Land, das nicht von einem demokratischen WählerInnenvotum gelenkt wird, sondern einzig und alleine von den Diktaten, die die europäischen Kredit-Geber mit jedem Kredit verknüpfen.

Übrigens ein Vorgeschmack auf das "Protectorat Kovovo", in dem die Menschen- und Freiheitsrechte unter Nato-Aufsicht verwirklicht und geschützt werden sollen.

* Zu einem 'gerechten' Krieg gehört immer ein Diktator. Das wissen wir spätestens seit dem Golfkrieg, als aus einem 'Hundesohn des Westens' ein Diktator wurde, ein passend-gemachter Nachgänger Hitlers, den man dann im antifaschistischen Kampf zurück an die Leine führen wollte. Auch der Präsident von Jugoslawien, Slobodan Milosevic, kann nur ein Diktator

sein, im Gegensatz zu seinen europäischen Amtskollegen, die wie er, in ihr Amt gewählt wurden. Und da bekanntlich ein Diktator alleine regiert, erfahren wir so gut wie nichts über die Opposition im und außerhalb des jugoslawischen Parlamentes. Nichts wäre schädlicher, als von dieser Opposition zu erfahren, daß es tatsächlich auch andere Vorstellungen zu dem Nato-Luftkrieg gibt.

In den ersten 3 Nato-Kriegstagen kam noch der jugoslawische Oppositionsführer Zoran Djindjic, zu Wort. Als er sich gegen die Nato-Bombardements wandte, schaltete man ihn ab. Einer jener Oppositionsführer, die man noch vor dem Nato-Krieg als Gegenspieler zum jugoslawischen "Diktator" präsentierte.

Das auch in Deutschland bekanntgemachte freie Belgrader Radio B 92, Forum für viele oppositionelle Bewegungen, nahm kurz vor seiner Schließung durch serbische Behörden, Stellung:" Mit jeder Bombe, die einschlägt, vergrößert sich die humanitäre Katastrophe, die die Nato eigentlich verhindern sollte. Das Kind wird mit dem Bad weggebombt."

Auch das Belgrader Zentrum für Menschenrechte wurde gerne zitiert, solange sie für die Kriegsvorbereitungen der Nato nützlich waren. Heute zählt es nicht mehr, stört bestenfalls:" Die Bomben nur einer Nacht haben all das zunichte gemacht, wofür sich mutige Menschen in serbischen Nichtregierungs-Organisationen und demokratischen Gruppen in zehn harten Jahren eingesetzt haben.."(14)

Auch Ibrahim Rugova, als politischer Führer der Kosovo-Albaner vom Westen auserkoren, verlor für einige Tage im Zuge der "Informationsüberlegenheit" sein Leben. Nicht tot, nicht -wie von der Nato lanciert- von der jugoslawischen Armee ermordet, taucht er wieder auf, im jugoslawischen Fernsehen, in einem Gespräch mit dem jugoslawischen Präsidenten. Er wiederholt, daß sich beide Seiten in politischen Fragen einig sind. "Bereits am Mittwoch (31.3.99) hatte der Gründer der Albanerpartei LDK.. ein Ende der Luftangriffe gefordert."(15).

Damit ist er so gut wie -politisch- tot. "Denn wie sollte die Nato die Fortsetzung der Aggression gegen Jugoslawien rechtfertigen, wenn sich derjenige, für den sie es tut, dagegen ausspricht."(16). Die Exilregierung der LDK übernimmt diese Aufgabe prompt und erklärt, "sie habe die Führung der Partei übernommen."(17). Was damit gemeint ist erklärt die UCK: sie droht mit der Bestrafung von Rugova wegen "Hochverrat gegen seine Nation."(18). Mittlerweile propagiert die UCK ihr politisches Ziel 'Groß-Albanien' ungeschminkt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser nationalistische Chauvinismus ausreichend bewaffnet und instruiert ist, um als "Bodentruppen" für eine weitere "humanitäre Katastrophe" zu sorgen.

Der erste Angriffskrieg Deutschlands seit der militärischen Niederlage des Nazi-Deutschlands

Egal wie dieser Krieg ausgeht, in Deutschland feiern die VertreterInnen eines 'gesunden' und völlig 'normalen' Nationalismus schon heute ihren Sieg:" Könnte es sein, daß sich Deutschland seit wenigen Tagen definitiv im **Zustand der Normalität** befindet?... Bundesluftwaffe...an vorderster Front...seit Frühjahr 1945 stehen wir wieder mittendrin...der längst fällige

Durchbruch zur kompletten Normalität...Auf dem Sektor der Ökonomie hat die Bundesrepublik die Normalisierungsprozesse bereits seit Jahrzehnten abgeschlossen. Jetzt ist auch die ganze Palette der Außenpolitik erfaßt." Diese Worte stammen nicht aus Belgrad. Diese Kommentierung ist nicht der "Bild-Zeitung" entnommen. Es ist der Kommentar einer liberalen Zeitung, der FR vom 25.3.99, ein Tag nach den ersten Bombardements auf Bundesrepublik Jugoslawien.

Der Weg dorthin wurde lange und umfassend vorbereitet. Ideologisch wurde bereits vor 1989 daran gearbeitet, das Nachkriegsdeutschland von der "ewigen Schuld" zu befreien. Man erklärte sich für 'normal' und 'grundlegend zivilisiert'. Mit der Wiedervereinigung wurden die letzten, erkennbaren Folgen des verlorenen Weltkrieges beseitigt. Höchste Zeit, in die Zukunft zu schauen:" Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten." (Ex-Bundeskanzler Kohl, 30.1.1991). Während mit der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, wie z.B. der Gleichsetzung Nazi-Deutschlands mit der SED-Regierung, die bis dato anerkannte "besondere" Verantwortung Deutschlands auf das europäisch übliche Maß zusammengeschliffen wurde, näherte sich die deutsche Bundeswehr ihrem ersten 'direkten' Kampfeinsatz von allen Seiten: Mal mit deutschen Kriegsschiffen im Mittelmeer und Minensuchbooten vor der Küste Kuweits während des US-alliierten Angriffes auf den Irak (1991), mal mit Bundeswehr-Sanitätern und Verbandsmaterial in Kambodscha (1992/93), ein anderes Mal als Soldaten eines Nachschublagers in Somalia (1993/94). Die Produktpalette reichte von den "Engeln von Phnom Penh" (Verteidigungsminister Rühe), bishin zur friedenssichernden Militärtruppe in Bosnien (1996).

Der lange Weg zur "außenpolitischen "Normalität""(19) hatte nicht die territoriale Verteidigung im Auge. Als es noch einen militärisch-relevanten und system-ideologischen Feind gab, den kommunistischen Ostblock, war man bereits bei der Vorne-Verteidigung. Nach dessen Zusammenbruch kennt Deutschland keine Grenzverteidigung mehr, sondern viele Interessen auf der Welt, die es nicht nur wirtschaftlich und politisch durchzusetzen gilt.

Damit war und ist die BRD auf Nato-Höhe. "(Auch) die Allianz wurde ausschließlich als Bündnis zur Verteidigung des Territoriums der Mitgliedsstaaten gegründet (Art. 5). Hat sich diese Verteidigungsaufgabe überholt, weil der Feind abhandengekommen ist, so ist es legitim, sich nach neuen Aufgaben und einer neuen Legitimation umzuschauen- was man spätestens seit 1989 intensiv tut."(20)

Eine kind-gerechte Umschreibung für einen Imperialismus, der andere Staaten mithilfe des Völkerrechts in Grund und Boden bombt und selbst milde-lächelnd dran vorbeizieht. Erklärtermaßen soll auf der 50. Jahrestagung der Nato diesen Jahres die Neudefinition der Nato beschlossen werden: Weg von der territorialen Verteidigung, hin zur Verteidigung von globalen Interessen. Kurzum die Etablierung einer "Weltinnenpolitik", die sich selbst das Mandat erteilt, wo die Interessen der imperialistischen Staatengemeinschaft verletzt sind und militärisch

verteidigt werden müssen. Damit ist das völkerrechtliche Dogma nationaler Souveränität im Umgang mit "inneren Angelegenheiten" **anderer** Staaten endgültig Schnee von gestern. Diese militärische Interventionspraxis ist alles andere als neu. Doch es macht einen Unterschied, ob sie sich dabei über eigene Gesetze hinwegsetzen muß oder diese ihrer Praxis anpassen kann- ohne auf massiven Widerstand zu stoßen.

Schon einmal - im Zuge des US-alliierten Krieges gegen den Irak (1991)- wurden die Lehren aus dem deutschen Nationalsozialismus exportiert und zur antifaschistischen Kulisse eines ganz gewöhnlichen imperialistischen Krieges. Was sich hier in Europa im Bombenhagel wiederholt, hat Methode und Zukunft: Allererstes Ziel ist die politische und wirtschaftliche Destabilisierung eines Staates, einer ganzen Region, um sie dem "Weltmarkt" gefügig zu machen. Als nächster Schritt die Ethnifizierung sozialer Konflikte, die mit der Zerstörung von Lebensgrundlagen häufig einhergehen. Am Ende steht gegebenen Falles die direkte militärische Intervention, mit der moralischen Legitimation, das zu verhindern, worauf jahrelang zuvor hingearbeitet wurde. Wenn die US-Außenministerin Albright erklärt, daß die "Eindämmung von ethnischen Konflikten" als neues Nato-Kriegsterrain erschlossen werden muß- möglicherweise 2 oder 3 solcher Kriege gleichzeitig- dann ist genau davon die Rede.

Langfristige Perspektiven und ein historischer Augenblick

Die vielen kleinen politischen und militärischen Schritte zur Beteiligung der deutschen Bundeswehr an Angriffskriegen sind abgeschlossen. Gegen die 50.Nato-Tagung zu demonstrieren, ist bereits zu spät. Der blutigen Wirklichkeit jener "Weltinnenpolitik" etwas entgegen zu setzen, kann nur ein langfristiges Ziel sein. Die Heuchelei derer, die hier zum 'gesunden' Nationalismus aufrufen und deren barbarischer Konsequenz in Ex-Jugoslawien scheinbar den Krieg erklären, wird uns noch lange begleiten.

Um dagegen einen wirkungsvollen Widerstand zu entwickeln, existieren hier weder die Voraussetzungen, noch ein gemeinsames Selbstverständnis. Es wird einen langen Atem brauchen- und weit mehr als die tagtäglichen Bilder vom Nato-Krieg gegen Bundesrepublik Jugoslawien.

Worauf es jetzt ankommt, ist die politische und moralische Legitimation für diesen Nato- Angriffskrieg zu stören, vielleicht sogar zu kippen.

Ich kann mich an kein (Wahl-)Versprechen erinnern, das die rot-grüne Regierung nicht (bereits) gebrochen hat. Mit einer einzigen Ausnahme: das über alle Parteigrenzen hinweg weisende Versprechen, "außenpolitische Kontinuität" zu wahren. Vor der rassistischen CDU/CSU-Kampagne gegen die Reform des doppelten Staatsbürgerschaftsrechtes knickte sie kläglich ein. Für die einzig machtvolle außerparlamentarische Opposition, der Wirtschaft, machte sie die angekündigte Öko-Steuerreform und den angekündigten Ausstieg aus der Atomenergie zur Farce.- Mit dem dritten Balkankrieg Deutschlands lösten die Koalitionspartner nicht nur ihr Versprechen ein, sie gaben dem bis dahin nebulös gebliebenen

Wahlkampflogan der SPD ein klares und unmißverständliches Ziel: "Wir sind bereit."

Dieser dritte Balkankrieg Deutschlands steht nicht nur in außenpolitischer Kontinuität, er ist zugleich ein Novum in der deutschen Geschichte: Mußte sich die SPD noch 1914 damit begnügen, Kriegskredite als parlamentarische Opposition mitzubewilligen, hatte die SPD 1939 keine Gelegenheit mehr, ihre nationale, vaterländische Gesinnung unter Beweis zu stellen, so kann sie nun zum ersten Mal in ihrer langen Parteigeschichte selbst Krieg führen.

Die SPD brauchte dafür über 100 Jahre, die Grünen/Bündnis 90 schafften es in knapp 20 Jahren. Auch wenn der Verrat an den eigenen Prinzipien (Gewaltfreiheit, Natoaustritt, Rotation, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie) in einem rasenden Tempo vonstatten ging- es gibt noch einen beachtenswerten Teil grüner Parteimitglieder, die diesen Angriffskrieg ablehnen. Wenn es eine Chance gibt, die deutsche Beteiligung an diesem Krieg zu kippen, dann an diesem Punkt. Ein Ende der rot-grünen Kriegskoalition wäre dafür ein wichtiger Schritt.

Am 13.5.1999 findet ein Sonderparteitag der Grünen statt.

Wenn es dort gelänge, eine Mehrheit dafür zu gewinnen, der grünen Regierungsfraktion das Vertrauen zu entziehen, wäre der Bruch der rot-grünen Regierungskoalition möglich.

Ganz real-politisch gesprochen: das ist zu schaffen. Nicht nur mit Besetzungen von grünen Partei- und Fraktionsbüros, sondern gerade auch, indem wir -bis dahin- jede Gelegenheit dazu nutzen, die grünen KriegsbefürworterInnen, mit ihrem "erweiterten Pazifismusbegriff"(Rezzo Schlauch, grüner Fraktionsvorsitzender), mit unseren Argumenten und unserer Gegnerschaft zu konfrontieren.

Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf. Wir wollen die Grünen - völlig illusionslos- weder vom Antiimperialismus, noch vom Antikapitalismus überzeugen. Um die grüne Regierungsfraktion an der Fortsetzung dieses Angriffskrieges zu hindern, reicht der Verweis auf das grüne Wahlkampfprogramm 1998: "Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab." Was für die grüne KriegstreiberInnenfraktion Geschwätz von gestern ist, muß auf diesem Sonderparteitag zum Ende rot-grüner Kriegspolitik beitragen.

- (1) Frankfurter Rundschau(FR) vom 1.4.1999
- (2) Krieg im Cyberspace, FR v.1.4.99
- (3) FR vom 6.3.1991
- (4) vgl. dazu ein längeren Text zum US-alliierten Krieg gegen den Irak (1991) in "Geschichte, Rassismus und das Boot", S.57-84, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe
- (5) Michael Chossudovsky, "Wie Jugoslawien zerstört wurde, S.2
- (6) Die Weltbank, Bericht über die Entwicklung der Weltwirtschaft 1991, zitiert nach M.Chossudovski
- (7) Snezana Bogavac, Korrespondentin der unabhängigen jugoslawischen Nachrichtenagentur Beta, FR v. 1.4.99
- (8) Tagesschau vom 6.4.99
- (9) FR vom 10.4.99
- (10) FR v. 10.4.99

- (11) FR v. 16.9.93
(12) FR vom 30.1.1992
(13) Michael Chossudovsky, "Wie Jugoslawien zerstört wurde"
(14) FR vom 6.4.99
(15) Taz Ostern 99

- (16) Taz, Ostern 99
(17) FR , Ostern 99
(18) Taz, Ostern 99
(19) FR v.25.3.99
(20) Norman Paech, Völker-und Verfassungsrechtler, FR vom 26.3.99

18. Nato-Kriegstag 1999
autonome l.u.p.u.s. gruppe

Bundesweiter Aufruf zu Aktionen vor und auf dem Sonderparteitag von Bündnis 90/ Die Grünen am 13.5.1999

Für ein sofortiges Ende rot-grüner Kriegspolitik

Die vielen kleinen politischen und militärischen Schritte zur Beteiligung der deutschen Bundeswehr an Angriffskriegen sind abgeschlossen. Gegen die 50.Nato-Tagung zu demonstrieren, ist bereits zu spät. Der blutigen Wirklichkeit jener "Weltinnenpolitik" etwas entgegen zu setzen, kann nur ein langfristiges Ziel sein. Die Heuchelei derer, die hier zum 'gesunden' Nationalismus aufrufen und deren barbarische Konsequenz im Ex-Jugoslawien scheinbar den Krieg erklären, wird uns noch lange begleiten.

Um dagegen einen wirkungsvollen Widerstand zu entwickeln, wird es einen langen Atem brauchen- und weit mehr als die tagtäglichen Bilder vom Nato-Krieg gegen Rest-Jugoslawien.

Worauf es jetzt ankommt, ist die politische und moralische Legitimation für diesen Nato- Angriffskrieg zu stören, vielleicht sogar zu kippen.

Es gibt kein (Wahl-)Versprechen, das die rot-grüne Regierung nicht (bereits) gebrochen hat. Mit einer einzigen Ausnahme: das über alle Parteigrenzen hinwegweisende Versprechen, "außenpolitische Kontinuität" zu wahren.

Vor der rassistischen CDU/CSU-Kampagne gegen die Reform des doppelten Staatsbürgerschaftsrechtes knickte sie kläglich ein. Für die einzig machtvolle außerparlamentarische Opposition, der Wirtschaft, machte sie die angekündigte Öko-Steuerreform und den angekündigten Ausstieg aus der Atomenergie zur Farce.

Mit dem dritten Balkankrieg Deutschlands beendete die SPD alle Spekulationen darüber, was mit ihrem Wahlkampfslogan gemeint war:"Wir sind bereit."

Dieser dritte Balkankrieg Deutschlands steht nicht nur in außenpolitischer Kontinuität, er ist zugleich ein Novum in der deutschen Geschichte: Mußte sich die SPD noch 1914 damit begnügen, Kriegskredite als parlamentarische Opposition mitzubewilligen, hatte die SPD 1939 keine Gelegenheit mehr, ihre nationale, vaterländische Gesinnung unter Beweis stellen, so kann sie nun zum ersten Mal in ihrer langen Parteigeschichte selbst Krieg führen.

Dafür brauchte die SPD über 100 Jahre. Bündnis 90/ Die Grünen schafften es in knapp 20 Jahren. Auch wenn der Verrat an den eigenen Prinzipien (Gewaltfreiheit, Natoaustritt, Rotation, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie) in einem rasenden Tempo vorstatten ging- es gibt noch einen beachtenswerten Teil grüner Parteimitglieder, die diesen Angriffskrieg ablehnen. Wenn es eine Chance gibt, die deutsche Beteiligung an diesem Krieg zu kippen, dann an diesem Punkt. Ein

Ende der rot-grünen Kriegskoalition wäre dafür ein wichtiger Schritt.

Am 13.5.1999 findet ein Sonderparteitag der Grünen statt. Als Ort wurde nun Hagen genannt, unter Vorbehalt, aus durchsichtigen Gründen.

Wenn es dort gelänge, eine Mehrheit dafür zu gewinnen, der grünen Regierungsfraktion das Vertrauen zu entziehen, wäre der Bruch der rot-grünen Regierungskoalition möglich.

Wir sind bescheiden, ganz real-politisch: das ist zu schaffen.

Wir rufen dazu auf, jede nur erdenkliche Chance zu nutzen, die grünen KriegsbefürworterInnen mit ihrem "erweiterten Pazifismusbegriff"(Rezzo Schlauch, grüner Fraktionsvorsitzender), mit unseren Argumenten und unserer Gegnerschaft zu konfrontieren:

- * Deutschland schaute alles andere als jahrelang zu: Seit Jahren trug es mit wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Mitteln zu jener "humanitären Katastrophe" bei, die es heute zu verhindern vorgibt.

- * Das Rambouillet-Abkommen hatte alles andere als eine friedliche Beilegung des "Kosovo"-Konfliktes zum Ziel, sondern die Erzwingung der Stationierung von Nato-Soldaten, ein Nato-Protectorat.

- * In einem Land, wo die Erfinder der "Asylantenflut" in hohen Regierungsposten sitzen, in einem Land, wo das Asylrecht in fiktive, sichere Drittländer exportiert wurde, ist die Sorge um Flüchtlinge im Kosovo nur heuchlerisch.

- * Ein Angriffskrieg, der vorgibt, eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern und damit die gesamte zivile Infrastruktur eines Landes zerbombt, macht damit nicht nur im Krieg, sondern vorallem nach dem Krieg die dort noch lebenden Menschen zur Geißeln ihrer kriegsverbrecherischen Politik.

- * In einem Land, wo die systematische Menschenrechtsverletzungen 'befreundeter' Staaten Teil des politischen und militärischen Geschäfts sind, verbreitet ein Krieg, der mit der Verteidigung von Menschenrechten begründet wird, einen faulen, widerwärtigen Gestank.

Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf. Wir wollen die Grünen - völlig illusionslos- weder vom Antiimperialismus, noch vom Antikapitalismus überzeugen. Um die grüne Regierungsfraktion an der Fortsetzung dieses Angriffskrieges zu hindern, reicht der Verweis auf das grüne Wahlkampfprogramm 1998:" Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab." Was für die grüne

KriegstreiberInnenfraktion Geschwätz von gestern ist, muß auf diesem Sonderparteitag zum Ende rot-grüner Kriegspolitik beitragen.

In Frankfurt, gibt es mehrere Termine, die die grüne Basis auf den Sonderparteitag einstimmen und auf Kriegslinie einschwören soll.

autonome l.u.p.u.s. gruppe:

Carpe Bellum! (lat. Nutze den Krieg!)

„Let us hope it will be a better juster and more viable world. The old century has not ended well.“

Der weise Kommunist Eric Hobsbawn, von dem diese Worte stammen, hatte in seiner brillanten Geschichtsabhandlung über das „kurze 20. Jahrhundert“ ganz recht, wenn er sagt, daß es wirklich kein gutes Ende nimmt. Auf dem bisherigen Höhepunkt der weltweiten Machtentfaltung der NATO stürzt sich das Militärbündnis mit seinem Angriff gegen das seinen Interessen gegenüber renitente serbisch dominierte Rest-Jugoslawien in einen Krieg, der an diesem Ort – und das wußte selbst Stalin und lehrt uns schon ein kurzer Blick in die Geschichtsbücher – niemals einen äußeren Sieger zurücklassen wird.

Für die USA ist das aktuell ein wirklich sehr nützlicher Krieg: Zum einen führen sie nun in einer multipolar gewordenen Welt diesmal ihren Existenznachweis als einzige aus der Epoche des Kalten Krieges übrig gebliebene Supermacht darüber, daß nun anstatt dem Sudan, oder dem Irak nun Rest-Jugoslawien bombardiert wird. Zugleich findet der Krieg implizit gegen einen potentiellen Konkurrenten auf dem Weltmarkt statt, die europäische Einigung und gegen den Euro. In der Empörung über den nun schon über einen Monat währenden Angriffskrieg der NATO gegen Rest-Jugoslawien ist zurecht auf den Bruch des Völkerrechtes und des formal-diplomatisch allein dem Sicherheitsrates der UNO zustehenden Gewaltmonopols hingewiesen worden. Übersehen wurde dabei aber der für uns hier viel brisantere Tatbestand, daß die NATO nun so ganz im nebenbei auch die Bestimmungen ihrer eigenen Gründungscharta selbst über den Haufen geworfen hat. Vor noch kurzer Zeit wurde der Passus, daß dieses Bündnis ausschließlich zur Verteidigung des Territoriums eines seiner Mitgliedsstaaten dienen soll, noch von Polen, Ungarn und Tschechien unterzeichnet. Von Interventionen in anderen Staaten, und das ausgerechnet wegen „Menschenrechten“, ist dort nirgendwo die Rede. Nun degradiert eben dieser Angriffskrieg zugleich auch die NATO-Charta zu einem Fetzen Papier und macht ihn zur Makulatur. So ist die NATO nun in einem ganz unpolemischen und sehr, sehr sachlichen Sinn nichts weiter als eine gewöhnliche Bande, die vom stärkste Bandenmitglied, den USA, nicht aufgrund von Übereinkommen und Verträgen, sondern lediglich aufgrund deren Stärke und einer Ad-hoc-Deutung von als aktuell verstandenen Situationen geführt wird. So beginnt nun die Zukunft der neuen NATO unter Führung der USA mit einem Krieg, der zugleich die ganze Staatenwelt in ein einziges großes Bandenwesen überführt.

Zur Vorbereitung der Aktionen vor dem grünen Sonderparteitag, zur gemeinsamen Absprache der Aktionen rund um den Sonderparteitag, schlagen wir ein gemeinsames Treffen vor. Eingeladen sind alle, die diesen Minimalkonsens tragen.

Mit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien werden wir nun Zeugen eines beschleunigten Prozesses von Auflösungs- und Verfallstendenzen auf der Welt. Nachdem der reale Sozialismus mit dem Ende der Sowjetunion, und damit eine wie auch immer von der konkreten Sowjetpolitik in der Praxis deformierte Idee von Gerechtigkeit und Sozialismus abgedankt hat, existieren zwei dominante Kräfte auf der Welt, die in der Regel miteinander kooperieren, sich aber nun in diesem eigentümlichen Krieg gegenüberstehen: Auf der einen Seite ein globalisierter, unwirklicher totalitär-demokratischer Hi-Tech-Kapitalismus gegen die Kräfte eines archaisch anmutenden völkischen Nationalismus. Dabei existieren zwischen diesen beiden Strömungen auch im Zerfallsprozeß Jugoslawiens immer wieder auch zynische Abkommen und Agreements, in denen nicht zuletzt die Staatsregierung der BRD mit einer großraummachtpolitisch motivierten und völkisch unterlegten Außenpolitik kräftig mitgemischt hat: Und in diesem Zusammenhang werden seit knapp zehn Jahren auf dem Balkan im wahnsinnigen Bemühen um „ethnische Säuberungen“ wechselseitig Hunderttausende von Menschen vertrieben, ohne daß das immer von der westlichen Medienindustrie durch im nennenswerten Umfang aufgestellte Fernsehkameras oder TV-Sondersendungen begleitet worden wäre. Diese ganze bedrohliche Situation, in der wir in den Fernsehnachrichten Werbefilme der Waffenindustrie gezeigt bekommen, und in den immer mal wieder „einfach so“ von der Möglichkeit eines Dritten Weltkrieges gesprochen wird, wird auch noch durch die nur als herablassend und abfertigend zu bezeichnende Behandlung von russischen Friedensinitiativen durch die Schröder-/Fischer-Bande verschärft. Diese Politik ist nur aus einer Haltung zu verstehen, die meint davon ausgehen zu können, daß militärische Sicherheit und zwischenstaatlicher Frieden in Europa ohne oder sogar gegen die Russen zu haben sind. Da braucht man noch nicht einmal besonders links oder sonstwie kritisch zu sein, um wissen zu können, daß das nicht nur weltfremd, sondern sich schon sehr bald als ein mehr als gefährlicher Irrweg in den Abgrund nicht nur auf dem Balkan erweisen wird.

Die Geräusche von den „Menschenrechten“ und dieser Krieg als eine eigentümliche Anordnung

Was uns derzeit von der politischen Klasse in der BRD mit dem Begriff „Schutz und Verteidigung der Menschenrechte der Kosovaren“ als offizielle „Begründung“ für diesen „keinen Krieg“ (Schröder)-

Angriffskrieg zugemutet wird, ist so abscheulich dumm und verlogen wie nur was, so daß es an diese Adresse der Widerrede nicht lohnt. Das wissen auch die NATO-Militärs, die schon seit geraumer Zeit alles mögliche intern vorbereiten, planen, manipulieren und durchführen und sich mit diesem für sie wirklich merkwürdigen Begriff auch gar nicht weiter aufhalten (können) – weil sie sonst eben keinen Krieg führen können. In genau diesem Zusammenhang erweist sich jedes Sprechen und Denken in den Kategorien der Menschenrechte nicht nur als zutiefst irrational, das nicht nur alle Schamanen und sonstige Jasager zu Veitstänzen auf der Schleimspur der Macht lockt, sondern sogar die Möglichkeit von Erkenntnis und Analyse über den durch Mächte bestimmten Lauf dessen, was eigentlich in diesem Krieg vor sich geht, gezielt zerstört.

Bislang wurden wir Zeugen einer wirklich nur eigentümlich zu nennenden Kriegsordnung: Ohne nennenswerte Gegenwehr bombardieren NATO-Militärjets beliebige Ziele in allen Teilen Rest-Jugoslawiens, bei denen sich die davon unmittelbar betroffene Bevölkerung zunächst einmal nur verkriechen kann. Sind die Angriffe für's erste beendet, kehren auch serbische Soldaten aus ihren Löchern wieder ans Tageslicht zurück und gehen einfach weiter gegen ihre Nachbarn vor und bringen sie, wenn sie sie nicht einfach nur vertreiben, zum Teil um. Danach setzt sich auf dem Territorium Rest-Jugoslawiens die muntere, und im Grunde nicht eigentlich direkt aufeinander bezogene Kette von Bombenangriffen, Zerstörung, Mord und Vertreibung in bunter Folge fort. Noch ist diese Gesellschaft inklusive ihrer Führungseliten in der Kriegsfrage völlig in sich gespalten, und von einem geifernden Militarismus im Sinne eines Massenphänomens kann mit Ausnahme von ein paar Pro-Rambo-Hetzausgaben der Bild-Zeitung in der Öffentlichkeit glücklicherweise noch nicht gesprochen werden. Dennoch ist es völlig klar, daß bei einem Anhalten des Krieges bei vielen Leuten hier nach und nach die pure Mordlust hervorgekitzelt werden wird. In gewisser Weise kennen wir das selber aus einigen lang andauernden Konflikten mit Leuten, mit denen wir in Fehde liegen, und was im Falle eines Krieges wirklich auf Leben und Tod geht: Der eine Biß speist sofort den nächsten.

Deutsche Grüne, deutsches Geld morden mit in aller Welt und nun ... ?

Wir rufen dazu auf, sich am Verlauf, den Diskussionen und dem Geschehen während des Sonderparteitages der Grünen am 13. Mai in Hagen / NRW ab 9 Uhr morgens zu beteiligen. Das heißt: Wir rufen nicht dazu auf, diesen Parteitag zu verhindern, wie z.B. einen Nazi-Parteitag. Daß wir von Beteiligung und nicht von Verhinderung sprechen hat mehrere Gründe: Zunächst einmal müssen wir in Rechnung stellen, daß dieser Sonderparteitag von KriegsgegnerInnen, wie auch immer sie ihre Positionen begründen, aus eben dieser merkwürdig und in jeder Weise überflüssig gewordenen Partei eingefordert und dann von der Parteilite gewährt worden ist. Soweit wir von bislang vereinzelt Grünen Parteimitgliedern Gründe gegen den auch grundgesetzwidrigen NATO-Angriffskrieg kennen, wie z.B. von Christian Ströbele – „Ich schäme mich“ –

teilen wir sie nicht in geringster Weise. Auf der anderen Seite haben wir zunächst einmal keinen Einwand dagegen, wenn KriegsgegnerInnen aus den Grünen ihren Sonderparteitag dafür nutzen wollen, ihre eigenen, von ihnen ja gewählten Bandenchefs, wie z.B. Josef Fischer, Ludger Vollmer, Angelika Beer und Rezzo Schlauch das mitzuteilen, was sie nun hoffentlich von ihnen zu halten haben: Dumme, widerwärtige Schweine. Das ist das eine, weswegen wir kein Interesse daran besitzen, zumindest in diese Richtung Kommunikation zu verhindern. Ein anderes nicht ganz unwichtiges Argument, einen Parteitag von der Grünen Parteilite gerade nicht zu verhindern, besteht darin, daß, obwohl sie alle in ähnlicher und aktuell wirklich sehr bedrohlicher Weise wie die Nazis moralisch, d.h. ohne irgendwie noch reflektierte Grenzen argumentieren, sie eben doch keine Faschisten sind.

Aber keine Mißverständnisse: Der Respekt den wir einzelnen Grünen als Individuen für deren zuweilen couragierte politische Haltung in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen entgegenzubringen, – ähnlich findet man couragierte Bürger und Bürgerinnen in allen im Bundestag vertretenen Parteien bis in die Reihen der CDU – hat nicht mehr das geringste mit dieser Partei zu tun. Im Gegenteil: Es existieren in unserem Kopf zwei Szenarios, wie dieser grüne Sonderparteitag zumindest in der in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Zuspitzung ablaufen kann.

Vom Parteitag geht eine „Friedensinitiative“ aus, ... damit der Krieg weitergehen kann ...

Das erste stellt sich aus der Sicht der Grünen Parteilite dar, die ein unmittelbares Interesse daran besitzt, die Parteitagsdelegierten im Sinne des Parteierhalts manipulieren zu müssen. Und da wird es evident, daß sich in diesem Szenario alle Grünen als „schrecklich zerrissene, tragische Gestalten“ gerieren werden, die es doch „gut“ meinen. Dabei wird durch die Form einer Abstimmung zwischen dem Pro- und Contra-Kriegslager ein neuer Konsens gestiftet, der elementar wichtig für den Erhalt dieser Partei ist. So oder so werden aber auf jeden Fall beide Lager von diesem Parteitag eine „Friedensinitiative“ ausgehen lassen, schon allein um die Partei zusammenzuhalten, und damit auch so der Krieg „ganz normal“ weitergehen kann.

Der Grüne Parteitag wird zu der ersten größeren Anti-Kriegs-Vollversammlung in der BRD umgewandelt !

Das zweite Szenario stellt sich aus der Sicht der KriegsgegnerInnen dar, die ein unmittelbares Interesse daran besitzen, die Kette der Kontinuität, das reibungslose Ineinandergreifen und Funktionieren einer, die kriegsrische Bundesregierung tragenden Partei zu unterbrechen. Und das könnte dann so aussehen, daß hunderte von GenossInnen im Parteitagsrund die „Fahne der Menschenrechte“, d.h. die NATO-Fahne schwenken und dabei laut „Auschwitz, Auschwitz, Auschwitz“ skandieren. Von entscheidender Bedeutung wird in diesem Zusammenhang, und dann im ganz konkreten Sinne in eben dieser Situation der unvermeidlichen Konfrontation, sein, sowohl praktisch als auch argumentativ, insbesondere gegenüber der nicht

unbeträchtlichen Anzahl von erklärten grünen KriegsgegnerInnen, beweglich zu sein und zu bleiben. Wir haben mit unserer engagierten Teilnahme an dem unmittelbaren Diskussionsgeschehen auf dem Grünen Sonderparteitag zwar nicht die Aussicht darauf, unmittelbar den NATO-Angriffskrieg zu stoppen und das hunderttausendfache Leid der unter Führung von Milosevic in einem groß-serbisch-rassistischen Krieg vertriebenen Kosovo-Albaner und anderer zu lindern. Wir können aber mit der Unterbrechung des für die Weiterexistenz der Grünen in Form einer Partei lebensnotwendigen Kommunikationsprozesses ein objektiv irrational gewordenen Element aus der deutschen Politik herausbefördern. Und das wird – so oder so – unsere weiteren Kampf- und Widerstandsbedingungen nicht nur gegen diese Vorstufe des Dritten Weltkrieges, sondern für ein Leben, das niemals darauf verzichten wird, Befreiung und Glück schon heute einzufordern, verbessern. Die Unterbrechung des für den Erhalt und die Erneuerung der Grünen in Form einer Partei so notwendigen Kommunikationsprozesses liegt auf dem Weg zu einer vollständigen Neubegründung einer wirksamen Anti-Kriegsbewegung hier in diesem Land!

In genau diesem Zusammenhang verstehen wir unsere politische Aktion auf keinen Fall als einen Appell an Grüne Parteitagsdelegierte, die KriegsgegnerInnen sind. Statt dessen fordern wir durch unsere Teilnahme die dort anwesenden Kriegsgegner auf, nicht mehr ihre Stimme an wen auch immer, und schon gar nicht mehr an ihre überflüssig gewordene Partei abzugeben: Über Kriege stimmt man nicht ab. In so einer Situation hält man sich nicht mehr an die Form oder gar eine Redeliste, dazu muß man direkt ein donnerndes 'Nein', und das zuweilen auch ohne Saalmikrofon,

(Nicht viele, aber doch) ein paar Autonome aus Bärلين

sagen/rufen/schreien/was auch immer! Die Gründe für alles, nur für eines nicht, d.h.: Nie wieder Krieg!, sind evident, liegen auf der Hand, und sind für jeden sehr einfach zu verstehen.

Machen wir den Grünen Sonderparteitag zu einem ersten öffentlichkeitswirksamen Tribunal gegen die an diesem Ort anwesenden Verantwortlichen für den NATO-Angriffskrieg! Begründen wir auch dort ein neues Moment einer Anti-Kriegs-Militanz, die sich doch in jeder Weise der Perspektive des Krieges verweigert! Niemandem in Europa oder auf der ganzen Welt wird es besser gehen, wenn es uns hier durch den ersten Bundeswehrkriegseinsatz schon bald schlechter gehen wird.

Nutzen wir auf dem Grünen Sonderparteitag die Gelegenheit, den direkten Kontakt zu den für den NATO-Angriffskrieg verantwortlichen und namentlich bekannten Funktionären dieser Partei zu suchen, um ihnen „unsere Meinung zu geigen“!

Bislang zugelassene Parolen

- Wir demonstrieren nicht für Milosevic, nicht für die von der rechtsradikalen Tudjmann-Regierung unter logistischer Beihilfe der BRD vertriebenen sog. Krajina-Serben, auch nicht für die Kosovo-Albaner, sondern gegen die NATO und ihren Versuch, die Ordnung der Welt in ein globales Bandenwesen zu überführen!

- Wir fordern den sofortigen Stop des NATO-Angriffskrieges und ihr sofortiges Verbot als eine gegen den Menschheitsfrieden gerichtete „verbrecherische Organisation“!

- Bundesdeutsche Truppen raus aus dem Balkan!

- Grenzen auf für alle Flüchtlinge und Deserteure!

- Kommunismus gegen Barbarei!

Grüne Himmelfahrt

Thesen zum Kriegsparteitag der Grünen in Hagen

Die Entwicklung der sogenannten "Realo" - Fraktion innerhalb der Grünen und ihres außerparteilichen Milieus wurde von der radikalen Linken unterschätzt. Ihre Kennzeichnung als reformistisch ist zu kurz gegriffen. Jenseits von polemischen Zuschreibungen gibt es noch keine grundsätzliche und verallgemeinerte Analyse der langjährigen politischen Veränderung dieser dominanten Fraktion der ehemaligen "neuen Linken" zu einer bürgerlichen, militant antisubversiven, elitären und autoritären "radikalen Mitte". Die Auswirkungen dieser Transformation, die von zahlreichen Medien protegiert wurde, sind seit dem Beginn der rot - grünen Koalition in Bonn gänzlich sichtbar geworden.

Ein großer Teil der Grünen und ihrer WählerInnenbasis vollzieht diese Entwicklung mit und profitiert von ihr. Sie trug und akzeptierte die "Realpolitik" mit ihrer Zielrichtung programmatischer und struktureller Anpassung und Hinarbeitung zur Regierungsfähigkeit. Phasen der Verunsicherung und Sanktionsangst (vor Wahlverlusten, Umfrageergebnissen und Medienkampagnen) innerhalb der Grünen führen zur immer engeren Gruppierung um den existentiellen

Regierungspartei - Konsens: keinesfalls die Spielregeln und Normen des herrschenden politischen Systems verletzen oder verändern. Selbst wenn diese Grünen den brutalen Machiavellismus eines Fischer nicht mögen, brauchen sie diesen jedoch, um "Politik Zu machen", in Konfrontationen und Extremsituationen zu bestehen.

Die Regierungsparteiführung wird beim Kriegsparteitag alle Kunst aufbieten, um gleichzeitig Regierung und Opposition, für Krieg und Pazifismus zu sein. Neben der Kriegsfähigkeit wird Friedenswillen demonstriert, die ultima ratio und die überschäumende Moral ins Feld geführt, die innere Geschlossenheit und die pluralistische Debatte jubelt. Das Ziel ist die Dethematisierung der politischen Konflikte. Und am Ende wären nach dem Willen der Parteitagsregie die Verluste begrenzt und die Partei als Instrument der Machtverteilung und Kontrolle gerettet.

Der Bruch des Bundestagswahlprogramms, des Koalitionsvertrags, der Verfassung, des 2+4-Vertrages und der UN-Charta mit diesem Angriffskrieg - diese nackte Gleichgültigkeit der Regierungs - und Parlamentsoligarchie gegenüber der Legalität ist erfreulich desillusionierend und erschreckend zugleich:

Parteien, Parlamente und internationale Institutionen haben die Funktion, den Schein von Kontrolle, Öffentlichkeit und Legitimität aufrechtzuerhalten. Allein die Sichtbarkeit, die Repräsentanz der Eliten und Entscheidungsträger und ihre Tätigkeit im Parlament bürgen scheinbar für demokratische Verhältnisse. Mit dem Kriegsbeginn schlug sichtbar die Stunde der Exekutive und des Militärs, deren Entscheidungen Parteien und Parlamentsfraktionen nur hinterher trafen konnten. Der "harte Führungskern" hat sich demonstrativ von Legalitätsschranken emanzipiert. "Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben." So sprach Adolf Hitler im November 1939 vor Wehrmachtsgenerälen; er hat die allgemeinen Regeln und Prinzipien der Macht begriffen und realpolitisch angewandt. Was macht die rot - grüne Koalition anders ?

Der Befehl zu töten und bereit zu sein zu sterben - verlangt nicht nur von den Soldaten, sondern auch von der Gesellschaft eine Entscheidung: sich entweder der Befehlsgewalt der NATO zu unterwerfen und sich den Inhalt des Befehls zu eigen zu machen, oder sich zu verweigern und den Befehl abzulehnen. Jede "dritte" Position, die entweder nur die Gerechtigkeit des Zwecks der Gewalt oder die Legitimität der angewandten Mittel bezweifelt, ignoriert die Herrschaftsförmigkeit der Befehlsgewalt an sich.

Ein Teil der Grünen und SozialdemokratInnen will alles tun, um dieser Entscheidung und ihren Folgen auszuweichen und zu vergessen: so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch zurückkehren, den Kriegseinsatz beenden, den moralischen und politischen Kollaps begrenzen, dann erleichtert zur Debatte um die Ökosteuer übergehen. Paternalistisch nimmt die Bundesregierung diesen unsicheren Teil der Gesellschaft in Schutz mit der Ablehnung des Einsatzes von deutschen Bodentruppen, und erspart sich selbst weitere Konflikte. Beim Beginn des zweiten Weltkrieges gab es in der deutschen Bevölkerung Verunsicherung, aber keine Kriegsbegeisterung. Erst nach den Blitzkriegen und schnellen Siegen gegen Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Frankreich und die Niederlande 1939/40 überspülte eine Welle nationalistischer Begeisterung das Land: Man ging mit den unbesiegbaren Mächtigen, das versprach Beute, Macht und Anerkennung, die genialen Unternehmen brachten Erfolg und geringere Kosten als erwartet. Dieser häßliche Opportunismus, der Angst vor Rache und Niederlage hat, lebt zum Teil in der Ängstlichkeit weiter, die heute die Schwankenden der einstigen Opposition zeigen.

"Die Kampfbereitschaft dürfe kein Gefälle nach abwärts erfahren; stattdessen fortgesetzte Steigerung mit immer bewußterer und zäherer Erfassung des politischen Kampfzieles..., die Propaganda müsse die Ausgangssituation verdeutlichen, negative Einflüsse ausschalten und das positive Kriegsziel klar herausstellen." So Josef Goebbels in einer Gedenkschrift 1939 zum Kriegsbeginn. Die innere Front ist eine Problematik, die sich jeder kriegführenden Partei stellt, so auch Josef Fischer: "In der Entschlossenheit nicht nachlassen, der Gewalt nicht beugen, die Extremsituation durchstehen und handlungsfähig zeigen." Die Betonung der

Kriegsbereitschaft von Fischer ist konsequent: der Krieg wird länger und härter als erwartet, so die neue Parole. Die Militärmaschinerie läuft, und nichts wird sie aufhalten. Eine entschlossene Kriegspartei braucht eine begradigte innere Front und keine Deserteure: langsam greift die Disziplinierung. Die Staatssekretärin im Umweltministerium Gila Altmann wird der Regierungsdisziplin unterworfen (warum trat Lafontaine wirklich zurück ?), Christian Ströbele sollte der Parteiräson gehorchen, Gregor Gysi wird im Parlament des Landesverrats verdächtigt (die 5.Kolonnen der Adenauer-Ära taucht wieder auf), und FlugblattverteilerInnen der DFG/VK werden kriminalisiert, weil sie Soldaten zur Desertion auffordern würden (daß die Strafanzeigen gegen die Bundesregierung in der Sicht des Generalbundesanwalts gegenstandslos sind, wer hätte anderes erwartet). Falls sich die KriegsbefürworterInnen mit ihrer Kompromißstrategie auf dem Grünen Parteitag durchsetzen, wird sich die Exekutive ermächtigt sehen, gegen KritikerInnen und eine radikale Opposition aggressiver vorzugehen.

"Ja, das Wort "Friede" bezeichnet in seiner Bedeutung, in welcher es Korrelat zur Bedeutung "Krieg" ist (es gibt nämlich noch eine ganz andere, ebenfalls unmetaphorische und politische, diejenige, in welcher Kant vom "Ewigen Frieden" spricht), geradezu eine solche a priori und von allen Rechtsverhältnissen unabhängige notwendige Sanktionierung eines jeden Sieges. Diese besteht eben darin, daß die neuen Verhältnisse als neues "Recht" anerkannt werden, ganz unabhängig davon, ob sie de facto irgendeiner Garantie für ihren Fortbestand bedürfen oder nicht." Walter Benjamin, Zur Kritik der Gewalt.

Der Frieden anerkennt und bestätigt die rechtsetzende Macht des Krieges; das neue Recht eines Friedensvertrages vereinbart "gleiches Recht" für Sieger und Besiegte. "Es verbietet Armen und Reichen unter Brückenbögen zu nächtigen"(Anatole France). Ein Vertragsbruch löst konsequent den jetzt rechtmäßigen Anspruch neuer Gewalt aus, was die ursprüngliche Gewaltsamkeit des Friedens exhumiert.

Die Regierungslinken in den Grünen, die vor dem Kriegskurs längst kapituliert haben, indem sie "irgendeinen Frieden" akzeptieren wollen, nur um nicht weiter in die Doppeldeutigkeit der eigenen Moral und Ideologie getrieben zu werden, sind keine KriegsgegnerInnen. Sie lehnen weder die imperialistischen Kriegsgründe ab, noch die ökonomische und politische Unterwerfung und Neuordnung der "Krisenregion" im Interesse der westlichen Großmächte und des nationalen wie transnationalen Kapitals. Die Folgen der nationalen Befreiung aus dem "Völkergefängnis Jugoslawien" und des Friedens in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina werden von diesen "Friedenstauben" nicht reflektiert, weil sie die eigene Phraseologie von nationaler Selbstbestimmung, antiserbischem Vorurteil und ziviler internationaler Gemeinschaft ad absurdum führen würde.

Der Krieg demontiert die "Friedenstauben" der Grünen rasanter und radikaler, als es beim Regierungsantritt zu erwarten war. Kein Frieden sondern Feinde: nie stand die jugoslawische Bevölkerung geschlossener hinter Milosevic, immens der Verlust politischer und

moralischer Autorität der westlichen Demokratien, groß die Empörung und der Haß auf "die NATO" in vielen Ländern Osteuropas. Wenn Grüne jetzt als Peacemaker auftreten, der Diplomatie eine Chance geben wollen, ignorieren sie, daß sie gründlich diskreditiert sind, und nur unter Zwang Als Verhandlungspartner akzeptiert werden.

Eine Region destabilisieren, zerbomben, und danach einen Stabilitätspakt und einen Marshallplan fordern, gehört zu den Zynismen der Grünen, die ihnen selbst nicht bewußt sind. Nachdem sie die Beine gebrochen haben, bieten sie den Opfern Krücken an.

Mit aufgeblasener Empörung verteidigen Fischer und Scharping stellvertretend für viele ihr quasi "antifaschistisches" Engagement. Von dieser Verpflichtung war vorher in der politischen Auseinandersetzung um Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen durch die deutsche Industrie und Banken, in der sogenannten Walser-Debatte oder dem alltäglichen Kampf gegen NS-Organisationen, rechte deutsche Jugend und Rassismus nichts zu spüren, und wird nachher nichts übrig sein. In diesem Krieg, der Hitler, die Nazis und Auschwitz exterritorialisiert, können der Ex-Jungsozialist und der Ex-Autonome frei von Angst vor Diskriminierung, Ausschluß aus der Gemeinschaft und Repression militante Antifaschisten sein. Die aggressiven Impulse sind erstaunlich "authentisch". Die "antifaschistische" Argumentation vom "Völkermord" ist ehrlich überzeugt, links zu sein. Die Judenvernichtung, deren Synonym Auschwitz ist, war in den Augen des Nationalsozialismus die Vernichtung des "Anti-Volks", der Volksfeinde. Die deutsche Vernichtungsmaschinerie selektierte die Juden von "den Deutschen", obwohl sie Deutsche waren. Die Nazis taten dies in ihrem Selbstverständnis um einen "Völkermord" an der arischen Rasse durch die Juden abzuwenden. Das Gerede vom "Völkermord" kann nur völkisch sein, und es kann faschistisch werden: der Einmarsch der Wehrmacht in der Tschechoslowakei und in Polen 1938/39, nach eskalierter antitschechischer und antipolnischer Hysterie im deutschen Reich, legitimierte sich als Schutz bedrohter deutscher Volksgruppen vor dem "Völkermord". Vergleiche mit dem Nationalsozialismus sind nur bedingt tauglich, die Auschwitzanalogie verbietet sich ganz. Der großserbische Nationalismus, der jedoch immer mehr Gebiete seit 1991 aufgeben mußte, kann nur mit diesen Vorbehalten mit der NS-Volkstumspolitik inhaltlich verglichen werden ("alle Serben zusammen"). Der völkische Terror im Kosovo und die antialbanische Stimmung in Jugoslawien sind schematisch mit der Praxis im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren gegen die Tschechen und zugunsten der Deutschen vergleichbar. Da Jugoslawien jedoch nicht nur überlegen agiert, sondern in diesem Sezessionskrieg defensiv reagiert, sind zum Beispiel die faschistischen Paramilitärs eher mit den nationalistischen Freicorps 1919 zu vergleichen, die eine Abtrennung "kommunistischer Gebiete" wie die bayrische Räterepublik verhinderten.

Der Krieg der jugoslawischen Führung geht strategisch um die Erhalt eines Staatsgebietes, nicht um die imperialistische Ausdehnung desselben. Der Form nach ist dies aber noch ein Anti-Guerillakrieg (der counterinsurgency), den britische und französische

Militärs ursprünglich im Krieg gegen antikoloniale Befreiungsbewegungen entwickelten, und insbesondere die USA weltweit im Trikont anwendeten und unterstützten: Die Zerstörung der sozialen und ökonomischen Strukturen, Basis jeder Guerilla, durch Vertreibung, Umsiedlung, Plünderung und abschreckenden Terror.

Die falschen historischen Analogien sind Erzählungen, die zur moralischen Legitimation der eigenen Entscheidungen dienen, obwohl diese Demonstrationen historischer Erkenntnis und finaler Vernunft rein gar nichts mit den Beweggründen zum Krieg zu tun haben. Aber die gegenwärtige Unwahrheit wird durch die unwahren Vergleiche der Vergangenheit verdoppelt. Sie beruft sich auf das schwache historische Gedächtnis, und die Unfähigkeit etwas anderes als den eigenen Standpunkt wahrzunehmen. Auschwitz hätte durch die Alliierten nicht durch einen vorzeitigen Krieg verhindert werden können, weil 1936 noch niemand etwas von Auschwitz wissen konnte, kein Vergleich in der Geschichte existierte. Die unterstellte "Weichherzigkeit" der Appeasementpolitik Frankreichs und Englands gegenüber Hitler hat ganz banale machtpolitische Gründe: Kompromißpolitik gehört zum Inventar imperialistischer Außenpolitik, solange gemeinsame Interessen (Handelsbeziehungen, Bollwerk gegen den Bolschewismus) im Vordergrund stehen und ein Ausgleich der Interessensphären möglich erscheint. Und dies besonders, wenn ein Staat dem anderen militärisch, ökonomisch und in Bevölkerungszahlen nicht gewachsen ist.

In Anbetracht der erdrückenden technologischen, militärischen und ökonomischen Überlegenheit der NATO-Staaten ist es geradezu eine wahre Freude nicht weichherzig zu sein, und gegen die Hitlers dieser Welt Kriege zu führen. Der zur Schau gestellte Mut der Antifaschisten in Bonn, die allen zeigen, wie man Antifaschismus richtig macht, ist die Selbstgerechtigkeit nationaler Maulhelden, und ein Tritt ins Gesicht derjenigen, die wirklich gegen die nationalsozialistische deutsche Bestie gekämpft haben, ob in Madrid, Paris, an der Drina oder in Stalingrad, im Warschauer Ghetto oder als PartisanIn in Griechenland.

Der Angelpunkt dieses "antifaschistischen" Diskurses ist die Selbstrepräsentation als charakterfester, prinzipientreuer Mensch. Er war gutmütig und wohlwollend, idealistisch und großzügig, ist aber durch seine Erfahrungen und Erkenntnisse ein anderer geworden. Die brutale Realität zwingt ihn, unbarmherzig, kompromißlos und gewalttätig zu sein. Dieselbe Diskursfigur benutzt der Rassist, der sein Gewordensein und Vorurteil als Erfahrung – und Erkenntnisprozeß darstellt, ursprünglich ein Menschenfreund, der jetzt aber zu jeder notwendigen Maßnahme bereit ist. Sie sind natürlich betrogene und enttäuschte Opfer, wie abgewiesene Liebhaber, die in ihrer Eifersucht der Angebeteten nur jede Bösartigkeit unterstellen können, niemals aber einen rationalen, selbstverständlichen Grund.

Die Alltäglichkeit dieses Opferdiskurses der potentiellen TäterInnen bewirkt die Eingängigkeit und leichte Übernahme der Argumentationen der KriegsbefürworterInnen. Sie ermächtigt zu dominanten Handlungsstrategien und Definitionsmacht, sobald die Rede öffentlich legitimiert wird. Die Herstellung

"verlorener" Macht, Dominanz, Kontrolle und Verfügungsgewalt, die in der möglichen Autonomie und Individualität des Gegners sich bedroht sieht, ist das Ziel. Und nicht etwa Gerechtigkeit oder andere Prinzipien. Jugoslawien war Fischer und Scharping schon immer gleichgültig.

Wenn die Grünen 1999 einen Bruch des antifaschistischen Prinzips "Nie wieder Krieg" befürworten, um das Prinzip "Nie wieder Auschwitz" einzuhalten, wäre es dann nicht logisch, wenn sie 2002 bereit sind "Auschwitz" zu befürworten, um einen Bürgerkrieg zu verhindern? Die felsenfeste Prinzipientreue entpuppt sich als restlose Prinzipienlosigkeit im Konkreten. Das Fallenlassen von Prinzipien ist nur ein Euphemismus derjenigen, die nie welche hatten. Die Sozialdemokratie hatte beim Ausbruch des 1. Weltkriegs ähnlich prinzipielle Probleme, mit der Neuauslegung der Lehrsätze ihre eigene Kapitulation zu kaschieren. Kautsky, der Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, versuchte es, und zog sich den Spott Rosa Luxemburgs zu: "Im Frieden gelten im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität; im Kriege gelten im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: "Proletariat aller Länder, vereinigt euch im Frieden, und schneidet euch die Gurgel ab im Kriege!"

Für die Grünen ist der erste Angriffskrieg, an dem Deutschland seit 1945 direkt mit Soldaten beteiligt ist, so einschneidend, wie es der 4. August 1914 für die Sozialdemokratie war. In ihrem ersten Artikel sprach Rosa Luxemburg davon, daß die Sozialdemokratie abgedankt habe, weil sie nur noch die nationalen und

imperialistischen Interessen ihrer jeweiligen Bourgeoisie vertreten könne. Trotzdem hat die SPD diese ideologische und politische Krise überstehen können, die KriegsgegnerInnen waren eine kleine Minderheit. Daß sich die Grünen mit der Kriegsbeteiligung ihre eigene Todesurkunde ausgestellt hätten, die Partei überflüssig geworden sei, diese unter Linksradiكالen verbreitete These ist verfrüht. Der kulturelle und soziale Rückhalt der Grünen ist zwar nicht mit der Basis der SPD in Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung 1914 vergleichbar, für die Grünen kann es bei Wahlen knapper werden. "Rot-grün" ist die Legierung einer Strömungsideologie, die ihre Protagonisten als Erben von 1968, modernes Weltbürgertum und durch Selbstbewußtsein geadelte Generation an der Macht auszeichnet. Ob diese Strömung ausreicht, um die Grünen als Partei zu erhalten, ist tatsächlich offen. Was wäre wenn sich eine Mehrheit auf dem Hagener Parteitag mit einem "Nein" zum Kriegskurs querstellt, die rot-grüne Koalition riskiert, in der sie nur demütigende Niederlagen (Atomausstieg, Staatsbürgerschaftsrecht) erlitten hat? Was wäre, wenn eine Mehrheit Programmdisziplin üben würde statt der geforderten Regierungsparteidisziplin?

Autonome und radikale Linke vor einem Bundesparteitag der Grünen, wer hätte das vor einem Jahr vermutet? Selbst für großzügige Linke ist diese Partei seit zehn Jahren kein emanzipatorisches Projekt mehr, gibt es keine einflußreiche linke, feministische oder internationalistische Opposition innerhalb der Grünen. 1999 am Himmelfahrtstag in Hagen zu demonstrieren, kann nur einen Sinn haben: radikal die rot-grüne Kriegs- und Friedenspolitik zu demontieren. Ob die "Kritik der Straße" den Parteitag beeinflusst, ist ungewiß. Denn die Wirklichkeit ist manchmal spannender als erwartet, oder schlimmer als befürchtet.

Viktor Stein, April 99

Der Krieg, die Grünen und die Autonomen

In der letzten Interim (475, steht aber 474 auf dem Titel) gab es eine Reihe von Beiträgen, die sich dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien widmen. Mir geht es mit diesem Text insbesondere um die Rolle, die die Grünen in diesem Krieg spielen und was sich daraus für autonome Politik schließen läßt. Andere Themen wie die die Positionsfindung zur serbischen Führung usw. lasse ich mal außen vor.

Schon das Interim-Editorial widmet sich den Grünen und dem möglichen Vorgehen unsererseits: „Entweder durch die gezielte Stärkung der letzten Linken in den Grünen oder notfalls auch in der SPD beispielsweise mittels großer Demos diesen die benötigte Unterstützung zu geben, damit ihre Positionen in ihrer Partei wieder mehrheitsfähig werden. Das läuft darauf hinaus, daß die Grünen und Joschka irgendeine Verhandlungslösung finden, die alle Nato-Staaten ihr Gesicht wahren läßt. (...) Oder sorgen wir dafür, daß die beiden Regierungsparteien in diesem Krieg immer weiter an Legitimation verlieren, sie auf Jahre hinaus so diskreditiert sind, daß eine Linke neben ihnen stark werden kann.“ (Interim, S. 3) Mal abgesehen davon, daß mir diese Perspektiven deutlich zu optimistisch sind,

was unsere Möglichkeiten betrifft („...mittels großer Demos...“, „...sorgen wir dafür...“), zeigt mir dieses Entweder-Oder, wie indifferent das Verhältnis zu den Grünen zur Zeit aussieht und es also diskutiert werden muß.

Auch andere Texte kommen auf die Grünen zu sprechen. In den „Überlegungen zum Krieg im Kosovo“ heißt es unter anderem: „Unser Vorschlag, schnell und kurzfristig sich einzumischen wäre, die verbliebenen KriegsgegnerInnen, insbesondere bei den Grünen und der SPD, durch Aktionen vor und in den Parteibüros zu unterstützen. Die Grünen sind womöglich die schwächste Stelle in der Formation der Kriegstreiber, hier könnte am ehesten in kurzer Zeit ein Einbruch stattfinden.“ (Interim, S.11) Auch hier sind die Grünen also Bezugspunkt autonomer Politik in dem Sinne, daß auf sie eingewirkt werden soll. Der mit „Anmerkungen zur autonomen Politik angesichts des Kosovo-Krieges“ überschriebene Beitrag von Hans Rosentahl formuliert es so: „Ziel unserer Aktionen sollte sein die Widersprüche in den kriegsbefürwortenden Parteien zu verstärken und die KriegsgegnerInnen in den Parteien nicht in eine Solidarität mit ihren Apparaten zu treiben.

Dies gilt meiner Meinung nach sowohl für die Grünen, die taz als auch die SPD. In dieser Perspektive war die vordergründige Radikalität, bei der Besetzung der Berliner Grünen-Zentrale keinen Kompromiss zu suchen, fasch.“ Weiter empfiehlt der Text: „Zu den sich für die KriegsgegnerInnen innerhalb der Grünen stellende Alternative, wie Christian Ströbele in der Partei gegen den Krieg zu agieren oder wie Judith Demba aus den Grünen auszutreten, sollten wir schnell eine Position finden.“ (Interim, S.19) Zu diesem Prozeß der Positionsfindung will ich beitragen.

Jenseits einer allgemeinen Abrechnung mit der Politik der Grünen seit Regierungsantritt und unter Verzicht auf eine Analyse der Entwicklung / Geschichte der Grünen beschränke ich mich auf drei Aspekte aktueller grüner (Anti-) Kriegspolitik.

Grüne Innere Zerissenheit

Herausragendes Merkmal der Grünen dieser Tage ist ihre öffentlich zur Schau gestellte „innere Zerissenheit“: Dies gilt vor allem für die Pro-Kriegs-Fraktion, deren SprecherInnen sich angesichts der Kritik aus den eigenen Reihen geradezu rühmen, einen inneren Konflikt aushalten zu müssen, aber auch für jene, die die Parteilinie zum Krieg mittragen. Bei der Besetzung des Grünen-Büros in der Oranienstraße war genau diese Rechtfertigung immer wieder von den anwesenden Grünen zu hören. Selbst angesichts des von den Berliner Grünen mobilisierten Bulleneinsatzes gegen die BesetzerInnen des Büros heuchelten eben diese Grüne ihre Bauchschmerzen, ihr rhetorisches „Was tut ihr gegen Milosevic?“, ihre jegliches politische Selbstverständnis früherer Tage karikierende „Verantwortungsethik“. Die Grünen haben dieses Hin- und Hergerissensein zwischen humanitären Ansprüchen und mörderischem Krieg - die „Zwickmühle“ Bomben für Menschenrechte - perfekt inszeniert: die ihnen ohnehin nur noch als guter Ruf anhaftenden Klassifizierungen als PazifistInnen, NATO-GegnerInnen usw. haben sie in der eleganten Form eines Skrupels neutralisiert. In klassischer Vorwärtsverteidigung wird aus dem Skrupel ein weiteres, vielleicht das schlagende Pro-Kriegs-Argument. Diese Umbuchung vom Pathoskonto beschert den Grünen sogar einen Glaubwürdigkeitsgewinn. Denn wer es sich so schwer macht, verdient Respekt (an der Person Joseph Fischer läßt sich dieser Gedanke besonders plausibel zeigen).

In der öffentlichen Wahrnehmung wirken die freizügig ausgestellten Gewissensbisse wie ihr Gegenteil: Je schwerer das Herz, desto leichter fällt die Bombe. Nichts anderes bedeutet es, wenn die Grünen nicht müde werden zu betonen, bei ihnen werde immerhin über den Sinn des Krieges gestritten. Gerne arbeiten die Grünen hier auch arbeitsteilig: Sie führen Krieg, andere kritisieren sie dafür. Während der Räumung des Grünen-Büros hat eine Grüne das etwa so ausgedrückt: „Wenn ihr (=die BesetzerInnen) nicht genug Druck auf der Straße macht, dann können wir auch nicht anders.“ In dieser Logik ist nicht die Grüne Regierungspartei für den Krieg verantwortlich, sondern es sind - wer auch sonst - die Autonomen.

Grüne relativieren Auschwitz

Seit Kriegsbeginn überschlagen sich insbesondere grüne SpitzenpolitikerInnen, wenn es darum geht, den Nationalsozialismus und die Judenvernichtung anhand der angeblichen Politik des serbischen Regimes zu relativieren. Kein Vergleich ist Joseph Fischer und Ludger Vollmer zu geschmacklos und zynisch, um nicht bemüht zu werden. Die permanente Rede vom „Völkermord“, von „Konzentrationslagern“, Vollmers „Milosevic handelt wie Hitler“ und vor allem Fischers „Nie wieder Auschwitz“ sollen die Bombardements gegen Jugoslawien als antifaschistischen Akt, als den Alliierten gegen Nazi-Deutschland verwandte Aktionen festschreiben. Tatsächlich festgeschrieben wird eine gnadenlose Verharmlosung der deutschen Verbrechen, deren Singularität in 50 Jahren BRD nicht so vehement angegriffen wurde wie in diesen Tagen. Nicht mehr (wie noch unter Kohl) der Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit soll gezogen werden. Gerade diese Vergangenheit gerät den grünen Deutschen zur Legitimation ihrer aktuellen Kriegspolitik. Diese Form der Vergangenheitsbewältigung ist selbst gegenüber dem Historikersreit oder der Walser-Debatte ein qualitativer Sprung hin zu einer offensiven Einebnung des Holocaust, Die Judenvernichtung und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht werden in grüne Hände AgitProp- Gegenstände, werden vernutzbar für die unglaublichsten Vergleiche, rechtfertigen die Bombe auf Belgrad nicht gegen die deutschen Verbrechen des zweiten Weltkrieges, sondern mit ihnen. Die Diktion der Verharmlosung und Relativierung geht den Grünen auch deswegen so leicht von den Lippen, weil sie als vermeintliche Linke sich nicht in dem Verdacht sehen, als Geschichtsfälscherinnen aufzufallen. Das ist auch gar nicht notwendig. Im Prozeß der Normalisierung Deutschlands spielen die Grünen die Rolle des Erlösers: endlich ist Deutschland auf der richtigen Seite, darf sozusagen ein anderes Auschwitz verhindern. Die Grünen treten für diesen Krieg ein nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Das ist eine Zäsur, an der Autonome nicht vorbei können.

Das grüne, gute Deutschland

Auch bei Autonomen immer beliebt war und ist der Kreuzberger Ober-Grüne Christian Ströbele. Sein Konterfei zierte den Kreuzberger Bundeswahlkampf und auf einer amüsanten Wahlkampfveranstaltung der KPD/RZ durfte er mit Gregor Gysi und Ovo Maltine das linke Aushängeschild der Grünen mimen. Sein Ruf als Partei-Rebell und Widersacher der Realos nötigt uns immer wieder Respekt ab.

Seit den Tagen des Kriegsbeginns werden er und einige andere Grüne (u.a. Annelie Buntenbach, Christian Simmert und die übrigen UnterzeichnerInnen einer Erklärung von sieben Bundestagsabgeordneten der Grünen) mit Antikriegspositionen identifiziert und gelten als diejenigen, die in den Grünen gestärkt werden sollen/ können (vergl. Einleitung). Auch wenn sich die Austrittsforderungen an ihnen häufen: Ströbele selbst sieht seinen Platz nach wie vor als innerparteilicher Streiter gegen die grüne Regierungslinie. Beschwörend apellierte er an Austrittswillige, die den Kriegskurs satt haben, doch in der Partei zu bleiben und den Kampf um eine andere Position zu führen. Wie diese Position denn aussehen soll, illustriert das Wort Ströbeles zu

Kriegsbeginn: „Ich schäme mich für mein Land“. In dieser Bemerkung scheint auf, worum es Ströbele neben anderem auch gehen könnte: um Deutschland- sein Land-, und zwar ein friedliches, ein gutes Deutschland, für das er sich nicht schämen muß. Daß aber gerade dieses Deutschland mit den Grünen nichts zu haben ist, beschämt ihn. Die Zivilgesellschaft BRD klappt trotz aller Versuche, sich mit grüner Identität in sie einzufädeln, nicht. Eine späte Erkenntnis für eine „Symbolfigur der Linken“, wie Till Meyer Ströbele nennt. In seinem offenen Brief an Ströbele stellt er fest: „Nur solange Bündnis 90/Die Grünen Menschen wie Dich in ihren Reihen hat, kann diese Partei diesen verbrecherischen Kurs fahren. Du bist dort ein Feigenblatt. Du bindest die wenigen Linken und aufrechten Pazifisten, die es in Deiner Partei noch gibt, genau wegen Deines Verhaltens weiter an die Partei.“ Till Meyer hat den Brief überschrieben mit „Was willst du noch bei den Grünen?“. Vermutlich ungewollt antwortet Ströbele ihm, wenn es ihm bei seinem Verbleib in den Grünen eben auch ums gute, grüne Deutschland geht oder zumindest darum, zu retten, was schon längst nicht mehr zu retten ist. Keine Frage, daß sich diese Idee nicht so richtig mit einem autonomen Demo - Schlager wie „Nie wieder Deutschland“ verträgt.

Abschied von den Grünen

Diese drei Argumentationsfiguren - „innerer Zerissenheit“, „kein zweites Auschwitz“ und „das gute Deutschland“ - umreißen die Rolle der Grünen im Prozeß der politischen Mobilmachung Deutschlands für diesen Krieg und für die künftige Großmachtrolle Deutschlands in der Weltpolitik. Die Integrationkraft der Grünen ist durch diesen Krieg nicht gebrochen, im Gegenteil: die spezifisch grüne Weise, mit der sie sich zu Deutschlands neuer Rolle und zu deutscher Geschichte äußern, hat diese Integrationwirkung erst besorgt. Die Grünen haben ihr politisches Projekt, das vor zwanzig Jahren begann, mit Deutschland wiedervereignet - der „humanitäre“ Angriffskrieg gegen Jugoslawien ist gewissermaßen ihr Feuerwerk. Und auf den Spendenkonten der Hilfsorganisationen geht seit Kriegsbeginn das Begrüßungsgeld der grünen Klientel ein. Schärfer und deutlicher als in allen seit der Regierungsübernahme erbrachten Anpassungsleistungen der Grünen („Ausländer“politik, Atomenergie...) drückt sich in diesen Kriegstagen das neue Bild der Grünen aus: Nicht nur Deutschland ist wieder wer, auch die Grünen sind endlich jemand, und zwar Souverän im deutschen Haus.

Wirkungsvoller und überzeugender als die offen deutschnationalen Kampagnen eines Schäuble und die volkstribunenhaften Reden eines Schröders re-integrieren die Grünen eine zu Deutschlands neuer Rolle skeptisch bis ablehnend positionierte Gruppe: Alt-68er, Friedensbewegte, GolfkriegsgegnerInnen, Multi-

Kulti-ProtagonistInnen, Ökos und MenschenrechtlerInnen und vermutlich auch manche Ex-Autonomen. Dabei spielen alle grünen Fraktionen eine Rolle: die Indifferenten, Zerissenen ebenso wie die „Völkermord-Verhinderer“ und ihnen gegenüber die KriegsgegnerInnen mit ihren Glauben an das gute Deutschland. Der Krieg ist für die Grünen ein Vehikel zur Normalisierung, ihnen und ihrer Klientel kommt im neuen Deutschland jene Rolle zu, die sie sich haben niemals erträumen lassen, und mit jedem Statement, sei es nun zerissen, pro oder contra, vergewissern sie sich dieser neuen Rolle. Die Aufgaben ihrer essentiellsten politischen Forderung nehmen die Grünen deshalb so wenig Leute übel, weil sie ihren eigenen Gewissenskonflikt wirksam arrangieren, den innerparteilichen Streit kultivieren und sich konsequent ihrer Verantwortung für Deutschland stellen - eine Vorgehensweise, zu der die CDU/FDP- Koalition nicht in der Lage gewesen wäre. Hier hätte sich im Kriegsfall ein (grüner) Sturm der Entrüstung entfaltet, das belegen die meisten grünen Äußerungen vor der Regierungsübernahme.

„Die politische Aufgabe der Grünen ist erledigt“ (Tilman Heller). Sich mit ihnen politisch weiter einzulassen und als Bezugspunkte emanzipatorischer Politik nicht aufgeben zu wollen, heißt, ihnen weiterhin den Anschein linker, fortschrittlicher Absichten zuzubilligen. Ein politischer Ansatz wie der der Grünen, der in der weitgehenden Affirmation des deutschen Projekts aufgegangen ist und sich in der Identifikation mit diesem Staat nicht mehr von dem anderer Systemparteien unterscheidet, gehört als das diffamiert was er ist: eine Steilvorlage zur Modernisierung Deutschlands zu einer selbstbewußten, gewissenhaften, kriegstauglichen Nation, die ihre Täter- Vergangenheit in der aktuellen Außen- und Innenpolitik nachhaltig relativiert.

Anders als die eingangs zitierten Beiträge möchte ich also für einen Bruch mit den Grünen werben, der genau an diesen Punkten den Grünen kritisch gegenüber Position bezieht: Der Relativierung der deutschen Nazi-Verbrechen gegenüber, der Inneren Zerrissenheits-Nummer gegenüber und nicht zuletzt gegenüber dem guten, anständigen Deutschland. Mag sein, daß daraus noch einmal eine linke Bewegungsdynamik entsteht, die sich der Berliner Republik wirksam verweigert. Mit den Grünen ist das nicht zu machen.

Die Infrastruktur der grünen Kriegs- und Deutschland-Partei mit sogenannten Kollateralschäden vertraut zu machen, könnte das Verhältnis zwischen Grünen und Autonomen für die nächste Zeit klären. In diesem Sinne sollten wir den Grünen-Parteitag am 13. Mai – nächste Station auf dem Prozeß der Selbstvergewisserung der Grünen – tatsächlich, wie auf der Autonomen-VV vorgeschlagen, zum Anlaß nehmen, dieser Partei den Rest zu geben.

Fred vom Jupiter

Kein Kriegsparteitag - Antikriegsversammlung !

Am Himmelfahrtstag findet in Bielefeld der Sonderparteitag der Regierungspartei Bündnis 90 / Die Grünen statt, der zum medial erwarteten und aufgewerteten Show-down zwischen neuem und altem "Pazifismus", zwischen den BefürworterInnen des "gerechten Krieges" und den prinzipiellen KriegsgegnerInnen werden soll.

Die Grünen sind Kriegspartei !

Die Entscheidung für diesen Angriffskrieg wurde vor zwei Monaten getroffen, ebenso der Entschluß, diesen Schritt unter allen Umständen zu legitimieren und gegen jegliche Widerstände und Bedenken durchzusetzen. Seitdem läuft die NATO-Militärmaschinerie, werden die schon vor einem Jahr in den Kommandozentralen definierten Ziele - Krankenhäuser, Brücken, Eisenbahnen, Chemiefabriken und Raffinerien - durchbombardiert. Die Folge des dritten Angriffskrieges in diesem Jahrhundert gegen Jugoslawien, beziehungsweise Serbien ist der Tod unzähliger ZivilistInnen und die ökonomische, infrastrukturelle und kulturelle Zerstörung des Landes. Beiläufig werden Serbien und ein schon längst vorgesehenes Protektorat Kosovo durch den Krieg völlig abhängig von westlichen Kreditgebern und Investoren. Der Krieg auf dem Balkan ist Teil einer Geschichte der Neuordnung Osteuropas nach der Auflösung der SU mit dem Ziel, den Macht- und Einflußbereich der NATO-Staaten bis nach Asien zu erweitern. Die verheerenden sozialen Folgen tragen die Bevölkerungen der neuentstandenen Staaten.

In der Darstellung der "humanitären Katastrophe" verschwindet die Geschichte der polit-ökonomischen Strategien und Zusammenhänge. Die BRD war federführend an der Zerschlagung und ethnischen Neugliederung Jugoslawiens beteiligt. Kosovo-AlbanerInnen, die hierzulande bisher "Kriminelle" oder "Drogendealer" hießen und nicht "Opfer ethnischer Säuberungen" kann es noch immer geschehen, daß sie in den Kosovo abgeschoben werden sollen. Die europäischen Grenzen sind so gut wie dicht für die vielbedauerten Flüchtlinge, deren mitleiderregende Bilder in den Lagern zudem benötigt werden, um täglich neu die Legitimation für diesen imperialistischen Krieg zu konstruieren.

In der Konkurrenz der westlichen Staaten darum, wer internationales Recht schreibt und durchsetzt, erscheinen die Opfer der feindlichen Macht im Licht der überlegenen Definition: gemeint sind nicht die 200.000 SerbInnen, welche unter Tudjman vertrieben wurden, auch nicht die Menschen in Guatemala, Kurdistan oder Ost-Timor, sondern die vertriebenen Kosovo-AlbanerInnen, deren "Menschenrechte" nun geschützt werden sollen.

Der Realismus der Humanität trennt nicht zwischen den Opfern weltweiter Machtpolitik und den Strategen der Weltordnung im Namen von Demokratie und Freiheit, sondern vereint beide im Bild der "humanitären Katastrophe" gegen die letzten Tyrannen dieser Welt. In dieser Logik erklären die selbsternannten Retter der

Humanität den Krieg zum leider unausweichlichen Mittel, nachdem die BR Jugoslawien die Aufforderung zur vollständigen Kapitulation in Rambouillet und Appendix B verweigert hat. Eigentlich haben sie "große Probleme mit dem Wort Krieg" (Scharping FR 27.03.1999), wissen aber gleichzeitig, daß es nun um gerechte Gewalt und "Entschlossenheit" (Fischer) geht, auch "bedauernswerte Nebenfolgen" möglich sind und Deutschland nun wieder mit "dabei" ist. Nicht nur die Grünen sind "erwachsen" geworden, auch die breite Öffentlichkeit beweist, wie lautlos und einfach Krieg und Machtpolitik praktiziert und gleichzeitig über Humanität und Menschenrechte diskutiert werden kann. Die Menschen, um die es dabei angeblich geht, werden so lange auch geduldet, zumindest in kleinen "Kontingenten" und jederzeit abschiebbar.

Eine neue Qualität von Auschwitz-Leugnung

Rot-grüne RegierungspolitikerInnen nutzen den Krieg um endgültig und von "links" mit der deutschen Geschichte abzuschließen und überbrücken dabei eigene Legitimationsnot mit einer neuen Qualität der Auschwitz-Leugnung. Sie bezeichnen die aus dem Kosovo außer Landes Flüchtenden oder Vertriebenen als Deportierte und setzen sie so mit den systematisch in den Gaskammern ermordeten Juden, Sinti und Roma in eins. "Selektion" als Kennzeichnung der gewaltsamen Trennung von kosovo-albanischen Familien durch die jugoslawische Armee verharmlost die millionenfache Selektion in den Tod in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. In einem Krieg, der Hitler, die Nazis und Auschwitz exterritorialisiert, können der Ex-Juso Rudolf Scharping und der Ex-Autonome Joschka Fischer frei von Angst vor Repression militante Antifaschisten sein. Die enttäuschten Menschenfreunde, die wohlmeinend waren und betrogen wurden, können nun nicht anders, als zuzuschlagen. Die Selbststilisierung als Opfer - Angelika Beer von den Grünen, verfügt über ein leidendes Gewissen, das ihr des Nachts den Schlaf raubt - ist für deutsche TäterInnen ein Essential.

Für die Grünen geht es bei diesem Parteitag um den eigenen Fortbestand. Integrationsbereit soll versucht werden, den KriegskritikerInnen weiterhin ein Plätzchen im großen Herzen der Partei einzuräumen. Es ist erlaubt, gegen den Krieg und grün zu sein, solange diese Position minoritär ist. So will sich die kriegsführende Partei weiterhin als Regierung wie als Opposition entwerfen. Dies gilt es zu verhindern. 1999 am Himmelfahrtstag in Bielefeld zu demonstrieren hat das Ziel, radikal die rot-grüne Kriegs- und Friedenspolitik zu demontieren.

Wir rufen zur Besetzung der Seidensticker Halle in Bielefeld und zur Verhinderung des Grünen Kriegsparteitags auf. Es gibt keine Legitimation für eine Debatte über das Für und Wider eines NATO-Angriffskrieges. An die Stelle der von den Grünen beabsichtigten Machtabsicherung wird eine Antikriegs-Versammlung mit allen KriegsgegnerInnen treten, die

die militärischen ebenso wie die zivilen Methoden neoliberaler Politik zum Thema machen.

Treffpunkt 7.00 Uhr, Seidensticker Halle, Werner-Bock-Str.35, Bielefeld.

Sollte es uns aufgrund widriger Umstände nicht gelingen, in die Halle zu gelangen, rufen wir zur

bundesweites autonomes Antikriegsplenum

Zerschlagen wir die NATO! Fangen wir mit den Grünen an!

Seit dem 24. März führt die NATO mit Unterstützung der Grünen einen »humanitären« Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Seitdem werden Krankenhäuser, Brücken, Eisenbahnen, Chemiefabriken, Raffinerien und sogar Flüchtlingskonvois in Serbien, Montenegro und dem Kosovo bombardiert. Die zivilen Toten gehen in die Tausende, über Novi Sad, Pristina und Belgrad stehen riesige Rauchsäulen. Werden diese Angriffe – wie von der NATO geplant – fortgesetzt, wird es für die von serbischen Paramilitärs vertriebenen oder vor NATO-Angriffen geflüchteten Menschen nicht mehr möglich sein, in ihre Herkunftsorte zurückzukehren. Straßen und Infrastruktur sind zerstört, und mit dem Einsatz von uranumhaltiger Munition wird das Kriegsgebiet zudem in eine radioaktive Sondermülldeponie verwandelt.

Die Grünen als Mitglied der Bundesregierung haben entscheidend zu dem NATO-Angriff beigetragen. Ohne die aktive Kriegspropaganda von Fischer, Beer, Schlauch etc. wäre der Krieg innenpolitisch nur schwer durchzusetzen gewesen – immerhin handelt es sich um eine offene Verletzung internationalen Rechts. Nur das bürgerbewegte und pazifistische Image, das den Grünen leider immer noch anhaftet, konnte den NATO-Angriffskrieg derartig legitimieren, wie dies zuletzt geschehen ist. Auf einmal werden ZivilistInnen zur Verteidigung von Menschenrechten massakriert, Landstriche im Namen des Linkoliberalismus verseucht, und der deutsche Hegemonialanspruch auf dem Balkan in die Tradition des »Antifaschismus« gesetzt.

Fischer behauptet, er wolle die »Wiederholung von Auschwitz« verhindern. Die Wahrheit ist: Die Grünen sind die deutsche Panzerhaubitze im NATO-Krieg um die öffentliche Meinung. Und selbst diejenigen, die in der Partei Kritik äußern, unterstützen ihren Außenminister dabei. Sie sind das fortschrittliche Aushängeschild einer Partei, die den dritten deutschen Angriffskrieg in diesem Jahrhundert miteröffnet hat.

Für uns existiert die Alternative Serbischer Nationalismus oder NATO-Krieg nicht

Die NATO rechtfertigt ihre Angriffe mit Diskriminierung und Vertreibung der Kosovo-AlbanerInnen in Jugoslawien. Doch die Regierungen Großbritanniens, Deutschlands und der USA haben nicht das geringste Interesse an den Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Region. Der NATO ging es nie um das friedliche Zusammenleben auf dem Balkan.

Blockade der Seidensticker Halle auf. Die Antikriegs-Versammlung wird in diesem Fall ab 11.00 Uhr unter freiem Himmel stattfinden. Sollten trotz all unserer Bemühungen die Grünen DelegiertInnen in der Halle ankommen, ermuntern wir euch, den ganzen Tag zu Belagerungsaktionen zu nutzen.

Bei dem diplomatischen Schmierentheater von Rambouillet forderten die Außenminister Albright, Cook und Fischer in einem geheim gehaltenen Annex die Besetzung Jugoslawiens durch NATO-Truppen. Ihnen war völlig klar, daß eine souveräne Regierung keine fremde Besatzungsarmee und schon gar keine der NATO im Land dulden kann. Nicht eine Vertragsunterzeichnung, sondern die Legitimation des Erstschlags war das Ziel von Rambouillet.

Wenn man die Diskriminierung der albanischen Bevölkerungsgruppe Jugoslawiens wirklich hätte bekämpfen und ein friedliches Zusammenleben ermöglichen wollen, hätte zunächst der Einfluß der nationalistischen serbischen und albanischen Organisationen in Frage gestellt werden müssen. Stattdessen schürt die NATO und vor allem die BRD schon lange die ethnischen Konflikte im alten Jugoslawien massiv. In den 70ern unterstützte man rechte kroatische Gruppen, die den Zerfall Jugoslawiens herbeibomben wollten. Anfang der 90er förderte das deutsche Außenministerium die Konstruktion ethnischer Identitäten, indem man slowenische und kroatische Regionalregierungen zur Unabhängigkeitserklärung ermunterte. Folgerichtig wurde die größte ethnische Säuberung während des ersten jugoslawischen Bürgerkriegs durch die NATO 1995 stillschweigend hingenommen, sondern sogar das dafür verantwortliche kroatische Regime offen unterstützt: die Vertreibung von mehreren Hunderttausend kroatischen StaatsbürgerInnen mit angeblich serbischer Nationalität aus Kroatien. Und nun wird mit der Unterstützung und Ausbildung der UCK, u. a. durch den Bundesnachrichtendienst seit 1996, eine Eskalation des Kosovo-Kriegs vorangetrieben.

Eine politische Lösung für den Kosovo im Rahmen des bestehenden Jugoslawien war und ist nicht vorgesehen.

Nicht einmal die Behauptung, die NATO-Angriffe richteten sich gegen das autoritäre Regime in Belgrad, ist haltbar. Nach allen Verlautbarungen der jugoslawischen Opposition ist Milošević durch die Angriffe innenpolitisch gestärkt und die Opposition handlungsunfähig gemacht worden.

In Jugoslawien wird die NATO-Weltordnung durchgebombt

Das ganze humanitäre Herumgeheuchle ist Kriegspropaganda!

Wenn die NATO-Regierungen an Menschenrechten irgendein Interesse hätten, würden sie die Regime in der Türkei, Kolumbien, Indonesien usw. nicht mit Militärhilfe und Waffenlieferungen unterstützen. Das Schicksal der Kosovo-AlbanerInnen interessiert sie nicht. Die deutsche Regierung gibt Milliarden für die Zerstörung Jugoslawiens aus, aber hält die Aufnahme von 10 000 Flüchtlingen schon für eine zu große Belastung. Wer da die Behauptungen Schröders und Fischers glaubt, ist selber Schuld.

Das wesentliche Interesse der NATO-Strategen an dem Militäreinsatz in Jugoslawien war und ist die Durchsetzung einer Weltordnung, in der die drei oder vier führenden Regierungen allein entscheiden können, was legitim ist und was nicht. Obwohl der Blockkonflikt längst vorbei ist, möchte man keine Rücksichten mehr auf die Befindlichkeiten Rußlands oder Chinas nehmen müssen, die im un-Sicherheitsrat mit ihrem Veto-Recht alles blockieren können. Von nun an werden die westlichen Supermächte USA, Deutschland und Großbritannien (im Notfall auch ohne Beteiligung der EU oder NATO-Partner) Maßstäbe setzen. Sie können dann entscheiden, wie strategische Rohstoffvorkommen gesichert, welche Regierungen gestürzt und welche Unabhängigkeitsbewegungen unterstützt werden.

Das ist das vielzitierte neue Aufgabenfeld der NATO, das zur Zeit – egal ob aus Überzeugung oder Dummheit – mit tatkräftiger Unterstützung Schröders und Fischers für die nächsten Jahrzehnte festgeschrieben wird.

Ein weiterer beabsichtigter Nebeneffekt ist die Ankurbelung der Rüstungsindustrie. Lockheed, Boeing, Heckler & Koch, Siemens – sie alle haben Milliardengewinne zu erwarten, die mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden sollen – eine Steuer, die vor allem die Unterschichten belastet.

Und für Deutschland bedeutet der Krieg schließlich eine Rückkehr in den erlauchten Kreis der Supermächte. Was man der Bundesregierung in der UNO verweigerte – einen Platz unter den fünf mächtigsten Staaten der Welt –, wird nun in der NATO zur Wirklichkeit. Unter Kohl war es nicht durchsetzbar, doch Fischer macht's möglich: Deutschland entsendet wieder Kampftruppen in die ganze Welt.

Die Grünen sind damit nicht nur für die einschneidendste Rechtswende der letzten 50 Jahre (nämlich das Ende der »Nachkriegszeit«) zur Verantwortung zu ziehen, sie haben auch bewiesen, daß jedes von Regierungen getragene Reformprojekt zum Scheitern verurteilt ist. Veränderungen müssen von Bewegungen erobert werden oder es gibt sie nicht. Rot-grüne Regierungen, ob mit »linker« Beteiligung (wie in Frankreich) oder ohne (wie in Deutschland oder Großbritannien) unterscheiden sich nicht von ihren rechten Vorgängerregierungen. Sie machen das gleiche – nur mit noch weniger Opposition.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in ganz Jugoslawien, die von Nationalisten vertrieben oder deren Lebensgrundlagen durch den NATO-Krieg zerstört werden.

Wir fordern die unbegrenzte Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, egal ob »serbischer«, »albanischer« oder sonst irgendeiner Nationalität, in die BRD.

Ein Ende der NATO-Bombardierungen ist die Voraussetzung für eine politische Lösung auf dem Balkan jenseits der Zuschreibung ethnischer Identitäten. NATO-»Humanitarismus«, albanischer Nationalismus und pan-slawisches Pro-Milosevic-Geschwätz folgen alle der gleichen Logik.

Krieg den KriegstreiberInnen! Sprengen wir den GRÜNEN-Parteitag!

FelS im April 1999

Aufruf der Initiative Kein Frieden mit der NATO

Für die Endlagerung der Grünen und die Neuformulierung einer kämpferischen linksradikalen Bewegung!

Am 13. Mai 1999 findet der Kriegsparteitag der Grünen in Bielefeld statt. Ursprünglich sollte Hagen der Ort dieses vielleicht historisch werdenden Ereignisses werden. Doch auf Grund des "öffentlichen Interesses" ist der Parteitag der Grünen nach Bielefeld verlegt worden. Die 'Initiative Kein Frieden mit der NATO' beteiligt sich an der auf dem bundesweiten autonomen Antikriegsplenum beschlossenen Mobilisierung nach Bielefeld und stellt sich in den politischen Kontext des Aufrufes, der auf dem bundesweiten Treffen verabschiedet wurde.

Mit der rot-grünen Kriegskoalition ist das politische Projekt Die Grünen zur Kenntlichkeit gekommen. Jegliche Vorstellung von dieser Partei als ein emanzipatorisches Projekt hat keinen Gegenstand mehr: die Grünen sind nicht links, sondern grün und in Kriegszeiten zuerst oliv-grün. Die Grünen haben die historische Leistung vollbracht, die Reste der Friedensbewegung unter Verwendung humanistischer

Phrasen mit der militaristischen Außenpolitik zu versöhnen, während die Partei selbst mit Forderungen bis hin zu Bodentruppen eine treibende Kraft eben jener deutschen Außenpolitik ist. Die ideologische Herstellung der Kriegsfähigkeit war die Aufgabe der Grünen in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Das Pazifismusverständnis der Grünen wandelte sich mit der fortschreitenden Teilhabe an der Macht, welche von Beginn an die zentrale Orientierung war. In der Zeit kämpferischer Bewegung kam dem ausgrenzenden Pazifismusverständnis der Grünen die Aufgabe zu, die Militanten zu isolieren und damit das staatliche Gewaltmonopol zu verteidigen. Mit der Teilhabe der Grünen am staatlichen Gewaltmonopol geht ganz selbstverständlich dessen Anwendung nach Innen und Außen einher. Dies drückt sich aus in dem Ausbau polizeistaatlicher Herrschaftstechniken, der polizeilichen Absicherung von Herrschaftsprojekten, wie die Organisierung von Atomtransporten und eben

auch in der militärischen Absicherung deutscher Interessen in aller Welt, wie sie in den verteidigungspolitischen Richtlinien vorgesehen sind.

Wir respektieren die Grünen als Kriegstreiber und werden entsprechend unserer Möglichkeiten den politischen Konflikt mit ihnen organisieren.

Vom Protest zum Widerstand?

In Deutschland gibt es weit verbreitete Vorbehalte und Proteste auf der Straße gegen die Neuorganisation des bewaffneten deutschen Imperialismus, der maßgeblich diesen Krieg durch großraummachtpolitisch motivierte und völkisch unterlegte Außenpolitik angezettelt hat. Vom Protest zur Entwicklung von Widerstand ist es offensichtlich kein kurzer Weg. Widerstandsfähigkeit stellt sich nicht über zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungsformen der pluralistischen Dissenzvielfalt her, sondern über die militante Positionierung dagegen.

Grüne Kriegs- und Friedenspolitik bekämpfen

In Bielefeld bemühen sich Parteilite und Fußvolk, einen Klärungs- und Rechtfertigungsversuch zu unternehmen. Rezzo Schlauch auf der einen Seite wird versuchen der Basis seinen "erweiterten Pazifismusbegriff" nahezubringen, der orwellischer Frieden ist und manchmal eben auch Krieg heißt. Andere werden versuchen an die Grundsätze der 80er Jahre-Grünen zu appellieren und darüber möglichst viel von ihrer moralischen Glaubwürdigkeit zu retten. Die pure Fratze der Macht ist ihnen noch zu häßlich. Der Klärungsprozeß soll in Form einer Abstimmung zu einem politikfähigen Kompromiß führen: Friedenspolitik ist Kriegspolitik; Kriegspolitik ist Friedenspolitik.

Die Hamburger Grünen mobilisieren symptomatischerweise diese Tage zu einer Veranstaltung mit dem Titel "Wie können wir Ex-Jugoslawien jetzt helfen?". Zynischer kann es nicht formuliert werden: Erst wird militärisch ein ganzes Land in Schutt und Asche gelegt, die ökonomischen Grundlagen komplett vernichtet und Armut auf Jahre hinweg zementiert und dann über eine rot-grüne "Friedenspolitik" debattiert, die konsequenterweise die

Möglichkeiten auslotet, sich in der Region als zukünftige Ordnungs- und Wirtschaftsmacht zu installieren. Dies ist unter der grünen Forderung nach Rückkehr an den Verhandlungstisch zu verstehen.

Vom Protest zum Widerstand - die Parole der antimilitaristischen Bewegung zu ihrer Aufgabe machen

Wir wollen eine Antikriegskonferenz abhalten, für den Fall, daß uns die Besetzung der Seidenstickerhalle in Bielefeld gelingt. Diese Konferenz kann politisch nur gelingen auf der Grundlage eines antinationalen Verständnisses von Antiimperialismus und Antimilitarismus. Die Schwäche der linksradikalen Bewegungen in der BRD ist die ideologische Nähe zum Herrschaftsdiskurs. Dies ist unter anderem an den materiellen Verflechtungen mit grünen Parteistrukturen abzulesen. Von diesem Ausgangspunkt betrachtet kann Widerstand zur Zeit nur heißen, soviel Herrschaftswahrheiten wie möglich zu zerstören und Anbindungsprozesse zu kappen. Die Mähr von der basisdemokratischen Verankerung und Verortung der Grünen in der Linken ist mit dem politischen und praktischen Angriff auf den Parteitag für uns endgültig beendet. Wir wollen in Bielefeld zum Ausdruck bringen, daß jede Diskussion über die Beziehung zu den Grünen beendet ist und nicht mehr geführt wird. "Massenwiderstand", der versucht, materiell anzugreifen, ohne vorher die notwendigen Brüche in der gesellschaftlichen Formierung zu entwickeln und zu vertiefen, steht in der Gefahr, komplett isoliert und ohne größeren Widerspruch zerschlagen zu werden. Opposition, die keinen Widerstand organisiert, rekonstruiert die demokratische Fassade des Kriegsregimes.

Wir fordern nicht die Rückkehr an den Verhandlungstisch, sondern das Ende des imperialistischen Krieges, der völkisch arbeitenden rassistisch und nationalistisch aufhetzenden Geheimdiplomatie, Grenzen auf für alle Flüchtlinge und Deserteure. Und natürlich 200 Milliarden DM Reparationszahlungen durch die Konzernzentralen, am Machtapparat vorbei direkt an die Bevölkerung!

Initiative Kein Frieden mit der NATO

Die NATO-Kriegsmaschine angreifen - fangen wir bei den Grünen an...

Nachdem bereits seit 7 Wochen Krieg herrscht und unter rot-grüner Regierung auch deutsche Tornados tonnenweise Bomben auf Jugoslawien abwerfen, will die grüne Partei am Himmelfahrtstag einen Kriegsparteitag abhalten, dessen wichtigste Funktion es sein wird, den Fortbestand der Grünen zu sichern. Die Parteiführung will sich von der Parteibasis den Kriegskurs legitimieren lassen und diese - inklusive der KritikerInnen - geschlossen hinter sich bringen. Die Grünen standen bereits Gewehr bei Fuß, als es im Oktober letzten Jahres hieß, den Finger an den Abzug zu legen und der jugoslawischen Regierung per Bundestagsbeschluß mit militärischer Gewalt zu drohen.

Für uns geht es darum, eindeutig gegen den Krieg Stellung zu beziehen. Nur aus einem klaren antikapitalistischen Standpunkt heraus läßt sich Widerstand gegen den imperialistischen Krieg und gegen die herrschenden Verhältnisse entwickeln und organisieren. Es gibt keine Legitimation für einen NATO-Angriffskrieg, genausowenig wie für eine Debatte über das Für und Wider dieses Verbrechens.

Die Grünen auf Kriegskurs

Der Bruch von Völkerrecht, Grundgesetz und sämtlichen internationalen Vereinbarungen bereitet auch den Grünen keine Probleme. Das einzige, was "ihre

Seele brennen" läßt, sind die Fragen, wie dieser Krieg glaubhaft zu legitimieren und ihre Partei über den Krieg hinaus zu retten sind. Die Wandlung von einer die Kapital- und Verwertungsinteressen der Imperialisten nie in Frage stellenden Friedens- zu einer Kriegspartei ist keine Entwicklung, die vom Himmel gefallen, sondern dem grünen Reformprojekt immanent ist. Proklamierte grüne "Grundsätze" - wie garantiertes Mindesteinkommen, Mindestrenten, Entmilitarisierung durch Abschaffung der Bundeswehr, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie, Reform des Staatsbürgerrechts und politische Lösungen von internationalen Konflikten - haben sich auf dem Weg zur Macht Schritt für Schritt in ihr Gegenteil verkehrt. Die einst als wirtschaftsfeindlich geltenden Grünen, haben sich endgültig eingereiht: Wirtschaftswachstum mit pseudo-ökologischem Antlitz; Liberalisierung der Märkte bei weitgehend entgarantierter Arbeit; Marginalisierung der vom Kapital nicht mehr verwertbaren Menschen durch soziale Ausgrenzung; Zementierung von rassistischer Ausländergesetzgebung, um Migrantinnen von den deutschen Wohlstandstöpfen fernzuhalten; und nicht zuletzt Krieg als Mittel zur Durchsetzung geopolitischer und ökonomischer Interessen. Sie sind logische Schlußfolgerungen einer Partei, die in ihrer kurzen und erbärmlichen Geschichte nur eines wollte: an die Macht und Verantwortung übernehmen. Eine linke Opposition innerhalb der Grünen gibt es schon lange nicht mehr, spätestens mit dem Austritt der Ökosozialisten 1990, hat sich Grün als Mittelstandspartei etabliert und ihr Klientel mit entsprechenden Programmen bedient. Das nunmehr vereinte Parteivolk trägt die volle Verantwortung für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Nun soll am 13. Mai der Kriegsparteitag der grünen Partei in Bielefeld abgehalten werden. Abgesehen davon, daß dieser Sonderparteitag bewußt auf einen so späten Zeitpunkt nach Kriegsbeginn gelegt wurde - wohl in der Hoffnung darauf, daß die jugoslawische Regierung bis dahin zur Kapitulation gebombt würde - ist die angestrebte Debatte über das Für und Wider dieses Krieges an Zynismus kaum zu übertreffen: Im Gewand des Pluralismus und der Toleranz wird es weiterhin für alle - auch die KriegsgegnerInnen und -kritikerInnen - einen Platz in der Partei geben. Denn solange diese in der Minderheit sind, werden sie zu dem Zweck gebraucht, der Partei auch in Zukunft zu ermöglichen, sich moralisch glaubwürdig an allen Regierungsschweinereien ohne drohenden Machtverlust zu beteiligen. Die Grünen werden sich durch Spaltung nicht selbst um die Macht bringen. Das stellte selbst der als Parteilinke ausgewiesene Ströbele klar: "Wir wollen weder aus der Koalition raus, noch unseren Außenminister in Frage stellen." Derweil fliegen ihre deutschen Tornados und werfen weiter Bomben auf das gesamte Staatsgebiet Jugoslawiens.

Die Propaganda vom humanitären Krieg

Angeichts des eingesetzten Waffenarsenals der NATO-Kriegsmaschine braucht mensch sich nicht an solchen Begriffen wie "Luftschläge", militärische "Operationen" und "Implantierung" von Schutztruppen aufzuhalten, sie sind Teil der Kriegspropaganda. Die Realität spricht Bände: Die gezielte Bombardierung - unter Einsatz uranummantelter Granaten - von Wasserkraftwerken,

Wohnvierteln, Chemiefabriken, mit absehbaren Folgen für die dort lebenden Menschen, Getreidesilos, Autofabriken, Fernseh- und Rundfunkanstalten sind eindeutiger Ausdruck ihrer Militärstrategie. Die vollkommene Zerstörung der gesamten Infrastruktur unter bewußter Einbeziehung massenhaft toter Jugoslawinnen - die perverserweise in Begleitschäden ("Kollateralschäden") umbenannt werden - bedeutet die Zerstörung der Lebensgrundlagen in der gesamten Region. Die rot-grüne Regierung brauchte den Luftkampf am deutschen Medienhimmel nicht erst für sich zu entscheiden. Die weitgehende Konformität der bürgerlichen deutschen Presse ist ein Treuegelöbnis auf die westlich-zivilisatorische "Wertegemeinschaft". Es besteht ein hohes Maß an Übereinstimmung mit den hier herrschenden Verhältnissen, und die verbliebene kritische Berichterstattung ist nur Begleitmusik einer pluralistischen Gesellschaft, die sich, wenn es darauf ankommt, völkisch-national formiert. Menschenrechte und Humanität werden erneut zu politischen Kampfbegriffen, in deren Namen die westliche Staatengemeinschaft bis zum äußersten geht. Die Definitionsmacht darüber, wer, wann und ob überhaupt jemand Menschenrechte und Humanität erfahren darf, liegt in ihrer Hand. Deswegen ist es auch nur scheinbar ein Widerspruch, wenn während dieses Krieges weiterhin Waffen an die türkische Regierung geliefert werden, mit denen das Militär Kurdinnen vertreibt, verfolgt und ermordet. Im Vordergrund stehen nicht sogenannte Menschenrechte, sondern geostrategische und ökonomische Interessen.

Geschichtsrevisionismus - der deutsche Sonderweg auf rot-grün

Besonders perfide aber ist es, die Legitimation dieses Angriffskrieges als Konsequenz aus Auschwitz abzuleiten. Im Gegensatz zu den Bemühungen der Kohl-Regierung, deutsche Großmachtgelüste endlich wieder als normal darstellen zu können, benutzen die Grünen das Verbrechen des deutschen Faschismus, um die "besondere Verantwortung Deutschlands", die Notwendigkeit, Krieg zu führen, daraus abzuleiten. Zum ersten Mal - so Fischer - stehe Deutschland "in diesem Jahrhundert auf der richtigen Seite". Kampfhandlungen deutscher Soldaten gegen Serben wären demnach nichts anderes als die Fortsetzung des Antifaschismus mit anderen Mitteln. Die deutsche Geschichte ist zwar bereits weitestgehend entsorgt worden, zusätzlich wird sie jetzt jedoch von den Grünen für die letzten Schritte Deutschlands zur führenden Großmacht in Europa instrumentalisiert. Aber nur wer die millionenfache Selektion in die tödlichen KZs, die Vernichtung durch Arbeit und die systematische industrielle Ermordung von Jüdinnen, Sinti und Roma, Slawinnen, Behinderten, Oppositionellen, sogenannten "asozialen und gemeinschaftsunfähigen Elementen" und Homosexuellen in den Gaskammern verharmlost, kann Auschwitz nach Belieben in alle Welt verlegen. Mit dieser Rhetorik trifft die rot-grüne Regierung den richtigen Ton. Sie ist zudem in der Lage, auf diese Weise weitere Teile der bisherigen KriegsgegnerInnen staatstragend in den Kriegsprozeß einzubinden.

Grüne Heuchelei

Die Doppelmoral dieses Geschichtsrevisionismus zeigt sich in der heuchlerischen Bezugnahme auf den Antifaschismus bei gleichzeitiger Verhöhnung der Opfer des deutschen Faschismus. Die noch immer ausstehenden Entschädigungszahlungen an die Opfer des Nationalsozialismus werden auch unter Rot-Grün mit einer Schlußstrichmentalität geführt (wie die "Verhandlungen" von Deutscher Bank und VW zeigen), wegdiskutiert, verschwiegen oder verzögert. Mit einem Griff in die Portokassen der Kriegsgewinnler sollen Entschädigungsansprüche pauschal abgegolten werden und den Opfern ganz offen mit dem Verweis, daß sie nach 54 Jahren nicht mehr viel Zeit haben, Ansprüche anzumelden, ein Verzicht auf weitere Klagen abgepreßt werden. Das materiell sichtbare Schuldeingeständnis des deutschen Kapitals für Verbrechen, von denen es bis in die Vernichtungslager hinein profitiert hat, soll im Interesse der deutschen Wirtschaft möglichst kostengünstig abgewickelt werden.

"...daß dieses Europa mit Horrido auseinanderfliegt, wenn unser Land die europäische Führungsaufgabe nicht wahrnimmt." Außenminister Fischer

Kurz nach der Einverleibung der DDR in die BRD und der damit verbundenen staatlichen Souveränität, veränderte sich die Tonart des deutschen Expansionismus deutlich. So sollte laut dem ehemaligen Verteidigungsminister der CDU, Rupert Scholz, der "widernatürliche Kunststaat", das "Völkergefängnis" Jugoslawien von der Landkarte verschwinden, und jeder Schuß, so Genscher, würde die Anerkennung Kroatiens vorantreiben. Gegen den anfänglichen Widerstand der meisten EU-Staaten und der USA erklärten sich, ermutigt durch diese Art deutscher Diplomatie und dem gleichzeitigen Versprechen einer schnellen Anbindung an die EU, Slowenien und Kroatien - die im übrigen reichsten Teilrepubliken - einseitig für unabhängig, und die Zerstückelung Jugoslawiens wurde faktisch vollzogen. Die Unterschriften unter dem Dayton-Abkommen waren noch nicht trocken, da visierte der damalige Außenminister Kinkel schon das nächste Ziel an: "Jetzt müssen wir das Scheinwerferlicht auf den Kosovo wenden". Doch auch dabei wird es nicht bleiben: Auffällig penetrant wird seit einiger Zeit über die serbische Unterdrückung Montenegros geklagt. Immer hat deutsche Politik die ökonomischen und gesellschaftlichen Erosionen im Inneren der jugoslawischen Regionen, die daraus resultierende und von den jeweiligen Nationalisten und künftigen Herrschern aufgepeitschte Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte aktiv mit vorbereitet und zum Anlaß genommen, jede andere Lösung als die ethnisch-staatliche zu torpedieren. Nicht einmal 10 Jahre nach Erlangen der staatlichen Souveränität gibt das deutsche

Großmachtstreben im Rahmen der EU wieder den Ton bei der Neuordnung Europas an und bestimmt wesentlich, wer wann und zu welchen Bedingungen ins europäische Haus geholt wird. Daß Deutschland gerade in Europa militärisch ganz vorne mitmisch, ist kein Zufall. Denn in Europa werden deutsche Großmachtträume verwirklicht, auch wenn das militärische Potential der BRD gegenüber den USA als Weltmarktkonkurrenten geradezu lächerlich wirkt. Die politische und ökonomische Macht der BRD ist immens, der Anfang ist gemacht und Europa will gestaltet werden.

Divide et impera - teile und herrsche!

Die NATO-Kriegstreiber verdienen am Krieg und am sogenannten Wiederaufbau Jugoslawiens. Investiert wird allemal nur in ökonomisch interessante Gebiete, die Profite werden ganz "natürlich" von den Kapitalfraktionen der Imperialisten abgezockt. Nicht die breite Masse der Bevölkerung wird davon profitieren, sondern einzelne Herrschercliquen. Und wie diese sich politisch konstituieren, war den imperialistischen Großmächten schon immer egal: Hauptsache die politischen Verhältnisse sind stabil und ihre geopolitischen und ökonomischen Interessen werden durch deren Regierung garantiert.

Trotz aller Widersprüche innerhalb der NATO: Das angeblich neue Gesicht der NATO ist das alte - weder ist sie heute der verlängerte Arm von amnesty international, noch war sie jemals ein Verteidigungsbündnis. Sie ist das militärische Instrument, um den freien Zugang zu den Rohstoffen und Märkten dieser Welt notfalls herbeizubomben. Dieses offene Bekenntnis ist nicht etwa eine neue Strategie, sondern trägt lediglich der Veränderung der politischen Weltkarte durch den Zerfall des ehemaligen Warschauer-Pakts Rechnung.

Die Grünen sind für die deutsche Kriegspolitik verantwortlich. Als Regierungspartei vertreten sie deutsche Kapitalinteressen. Das Gerede von Menschenrechten und Humanität dient nur der Verarschung der Bevölkerung. Es kommt darauf an, die politische und moralische Legitimation für diesen NATO-Angriffskrieg zu kippen. Neben der Entwicklung einer grundlegenden Systemkritik gegen die kapitalistische und imperialistische Politik sehen wir die Aufgabe, in den reibungslosen Alltag des kriegführenden Deutschlands einzugreifen.

Stoppt den NATO-Angriffskrieg!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Verhindern wir den Kriegsparteitag der Grünen am Donnerstag, den 13. Mai 1999, in Bielefeld (Seidensticker Halle)!

Eröffnungsredebeitrag, gehalten am 13. Mai 1999 in Bielefeld um 8.00 Uhr morgens anlässlich des Versuchs, die Seidenstickerhalle zu besetzen und den Kriegsparteitag der Grünen zu verhindern:

Wir stehen hier, weil wir den Grünen Kriegsparteitag verhindern und an seine Stelle eine Antikriegsversammlung setzen wollen.

Wir stehen hier, um die Entscheidung darüber, welche Fragen in diesem Krieg gestellt und welche verhindert werden, selbst in die Hand zu nehmen. Wir stehen hier, um dafür zu sorgen, daß Positionen formuliert werden können, die von den rotgrünen KriegerInnen und einem Großteil der Medien unterdrückt und diffamiert wurden, wo immer sie sich artikulierten. Wir stehen hier, um einige wichtige, in der medialen Verdunkelung dieses Krieges bislang unsichtbare Bilder hervorzuholen und sie sozusagen im Widerschein des Bombenfeuers über Jugoslawien ins rechte Licht zu rücken. Und wir stehen hier, vor diesem Grünen Kriegsparteitag, um dafür zu sorgen, daß einige ebenso zynische wie verbrecherische Fragen nicht mehr weiter gestellt werden. Allen voran die Frage nach dem Für- und Wider eines Nato-Angriffskrieges. Wir stehen hier, weil wir die pseudo-demokratische Debatte über das Pro- und Contra eines Krieges, der vor Monaten beschlossen und vorbereitet und seit Wochen von der rotgrünen Bundesregierung mit geführt wird, verhindern wollen. Es gibt keinerlei Legitimation dafür, über Vor- und Nachteile des dritten Angriffskrieges gegen Serbien/Jugoslawien in diesem Jahrhundert zu debattieren. Die einzig richtige Antwort auf diesen Krieg ist NEIN!

Wir stehen hier mit einer maßlosen Wut angesichts der Übermächtigkeit der kriegerischen Verhältnisse, in denen wir leben und in denen zahllose Menschen in ganz Jugoslawien derzeit sterben. Die bislang über 50 Kriegstage der Nato gegen die BR Jugoslawien sind nicht einzigster, aber aktuellster Ausdruck dieser Verhältnisse. Wir wissen, wie leicht es der mehr oder minder subtilen Macht der Medien fällt, durch falsch gestellte Fragen, selektive Berichterstattung, die Auswahl bestimmter Bilder und das Zurückhalten anderer, Krieg mit zu betreiben und eine Realität zu konstruieren, die dann letztlich als Anlaß zum Handeln genommen werden kann. Und so wissen wir weder, was in Jugoslawien, in Serbien wie im Kosovo genau geschieht, noch können wir voraussagen, was von unserer Aktion hier medial vermittelt zur sogenannten Wahrheit werden wird.

Denn dieser Krieg ist auch ein Krieg der Bilder. Bilder, die unter die Haut gehen sollen und das auch tun, zeigen das Elend der von serbischer Armee und Milizen vertriebenen oder vor den Natobomben geflüchteten kosovo-albanischen Bevölkerung in Flüchtlingslagern. Es sind Bilder von Hilflosen, zu Tode Erschöpften, von Weinenden, von eindeutigen Opfern, die seit nunmehr bald zwei Monaten über die Fernsehschirme irren und uns aus den Tageszeitungen entgegen schauen. Diese Art von Bildern macht es der internationalen Mediengemeinschaft leicht, diese Flüchtlinge zu mögen, denn sie wirken nicht bedrohlich. Was wäre, wenn diese Menschen an der bayerischen Grenze stehen würden?

Die zweckreichen Bilder aus den Flüchtlingslagern sollen weiter dazu dienen, KriegsgegnerInnen, die den Interessen der kriegsführenden Parteien, wie hier den Grünen und sei es auch nur vor einer Halle, im Wege stehen, als "antihumanitär", als "Wegbereiter des Faschismus" zu diffamieren. Die Bilder dienen den kriegsführenden Natostaaten als endlos verlängerbares Argument dafür, Jugoslawien immer tiefer in eine Finsternis hinein zu bomben, die sich hier niemand auch nur annähernd ausmalen kann, denn es gibt davon - ähnlich, wie vom Irak während und nach dem zweiten Golfkrieg - keine Bilder. Es gab keine auch nur annähernd so eingängigen Bilder der Kosovo-Flüchtlinge des Sommers 1998, die damals zu hunderten auf der Flucht waren. Es gibt keine entsprechenden Bilder aus Kurdistan, dem Sudan, aus Osttimor. Ist das nicht seltsam? Auch gab und gibt es, um in Jugoslawien zu bleiben, keine Bilder von durch die UCK mit den Waffen der westlichen Rüstungskonzerne ermordeten serbischen KosovarInnen. Es gibt keine Bilder frierender und weinender Kinder aus den Luftschutzkellern von Belgrad. Es gibt keine Bilder verzweifelter SerbInnen, die vor der Zerstörung flüchten. Und es wird auch nicht viele Bilder von Jugoslawien nach dem Krieg geben, denn kaum jemand wird Interesse daran haben, sie zu sehen. Es könnten unangenehme Fragen daran geknüpft werden. So könnte die befürchtete Frage der nachfolgenden Generation, die Joschka Fischer gerne selbst und heute schon stellt, und die er der Einfachheit halber auch gleich selber beantwortet dann ganz anders gestellt werden. Sie würde nicht etwa lauten: "Warum habt ihr das nicht verhindert?", sondern "Warum habt ihr das getan?" Auf diese Frage würde es keine ausreichende Antwort geben und also gibt es die Bilder nicht. Und also gibt es die Menschen nicht. Und da es sie nicht gibt, gibt es, anders als zum Schicksal der Flüchtlinge aus dem Kosovo auch keine Frage: "Was kann man denn dagegen tun?"

Wir sind unter anderem hier, um diese Frage dennoch und trotz fehlender Bilder zu stellen und nach Antworten zu suchen.

Denn allerdings, sie stellt sich, diese Frage: Was können wir gegen diesen Krieg tun? Wir können diesen Tag zum Anfang einer starken Antikriegsbewegung werden lassen. Einer Bewegung, die auf vielerlei Weise nicht nur Fragen nach den Natobomben stellt und nicht nur Fragen stellt, solange die Nato bombt. Der Krieg in Jugoslawien ist nach dem Ende der Bombardements lange nicht vorbei. Nach dem Krieg der Militärs folgt der Wirtschaftskrieg. Die Waffen sind die altbekannten Mittel der westlichen Kreditgeber. Die schweren Geschosse von Weltbank und IWF werden dafür sorgen, daß das, was von der BR Jugoslawien dann noch übrig sein wird, nicht mehr auf den Gedanken kommt, Fragen

der eigenen nationalen Souveränität auch nur zu bedenken. Wie die dann entstehenden territorialen Gebilde benannt werden, ist dabei nebensächlich. Ein Widerstand gegen militärische wie auch gegen zivile Kriege ist, wie es weltweite Beispiele zeigen, möglich.

Die Voraussetzung für die Menschen in Jugoslawien ist dafür zur Zeit das reine physische Überleben und so fordern wir hier als allererstes ein bedingungsloses und sofortiges Ende der Nato-Bombardements auf die BR Jugoslawien.

51. Kriegstag, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe:

Rede vor der dem grünen Sonderparteitag in Bielefeld am 13.5.1999 (im Rahmen des bundesweiten Aufrufs autonomer Gruppen)

Wir sind hier hergekommen, um Ihren grünen Sonderparteitag für den Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu verhindern. Wir sind weder Ihr Spielbein, noch Ihr Standbein. Wir werden uns nicht daran beteiligen, als KriegsgegnerInnen zur Begründung Ihres Parteitags beizutragen. Wir wollen Ihnen mit aller Bescheidenheit und Wut-Steine in den Weg legen.

Sie wollen Verantwortung übernehmen. Die sollen Sie zu spüren bekommen.

Sie werden uns vielleicht fragen: warum gerade wir? Die, die sich mit dieser Kriegsentscheidung so schwer getan haben, so gerungen haben, so viele schlaflose Nächte damit verbracht haben. Zu einem "gerechten" Krieg gehören schlaflose Nächte, übermüdete Gesichter, Menschen, denen man die Schwere der politischen Entscheidung ansieht. Genauso wie ein Herr Scharping, der jahrelang als getretener Hund in der SPD sein erklägliches Dasein fristete und nun, als erster Kriegsminister der SPD stolz und über sich hinauswachsend durch seine selbst aufgebaute Nazi-Kulisse in Jugoslawien - versteht sich - wandert.

Es vergeht kein Tag, wo Sie als grüne, deutsche PolitikerInnen Jugoslawien in eine Kulisse des Nazi-Deutschlands verwandeln. Von Deportationen, von KZ, von Vertriebenen, vom Diktator ist die Rede - während hier Nazi-Größen, vor jeder Verfolgung geschützt, ihre Karrieren in Politik und Wirtschaft fortsetzen konnten. Nazi-Größen, die jene deutsche Außenpolitik mitprägten, für deren Kontinuität sich Joschka Fischer ausdrücklich verbürgt. Während hier ZwangsarbeiterInnen vergeblich um Entschädigung ringen, braune "befreite Zonen" existieren, in denen alle, die nicht "deutsch" genug aussehen um ihr Leben fürchten müssen, werden in Jugoslawien die Lehren aus der deutschen Geschichte exekutiert. Im Gestus derer, die ihre Eltern gefragt haben, warum sie nicht Auschwitz verhindert haben, wird die nationalsozialistische Vergangenheit nachgestellt, um diesmal auf der Seite der Sieger deutsche Kriegspolitik zu betreiben. Selbst für die Zeit nach dem Krieg drohen Sie mit Ihrer Erinnerung an die NS-Diktatur: Ein "Marshall-Plan" ist bereits aufgestellt. Den Bombenlegern sollen unverzüglich die Kreditoren folgen.

Nein, meine Damen und Herren, Sie leugnen nicht die Einzigartigkeit von "Auschwitz". Um Deutschland wieder kriegstüchtig und angriffsfähig zu machen, brauchen Sie "Auschwitz". Um endlich wieder Krieg zu führen, verweisen Sie gerade auf "Auschwitz", um mit rechten "Auschwitz-Lügen" und linken "Auschwitz"-Relativierungen an ein gemeinsames Ziel anzukommen: Krieg als Ausdruck voller außenpolitischer Normalität. Sie haben es geschafft, aus der Einzigartigkeit von

"Auschwitz" eine einzigartige Kriegsdrohung zu machen. Ihr grüner Kriegsbeitrag kann widerlicher kaum sein.

Nicht wir, Sie lassen keine passende Gelegenheit aus, auf das Grundgesetz, das UN-Völkerrecht und die große Bedeutung internationaler Rechtsgarantien zu verweisen, wenn es darum geht, ihr Phantasma von der "Zivilgesellschaft" einzukleiden. Sie wissen genau, daß dieser Krieg - ganz verfassungspatriotisch gesprochen - eklatant gegen das Grundgesetz und gegen das UN-Völkerrecht verstößt. Statt sich als Kriegsverbrecher freiwillig dem internationalen Gerichtshof in Den Haag zu überstellen, fordern sie ein neues UN-Recht, das zukünftig das für "straffrei" erklären soll, was heute schlichtweg Kriegsverbrechen sind.

Sie wissen seit mindestens 50 Tagen Nato-Krieg, was in Ihrem Krieg "militärische" Ziele sind: Brücken, Krankenhäuser, Raffinerien, Heiz- und Stromkraftwerke, Telefonverbindungen, Fernseh- und Hörfunkstationen, Getreidesilos, Autofabriken.. Sie wissen, daß die gesamte zivile Infrastruktur dieses Landes zerstört werden soll. Sagen Sie bloß nicht, davon haben Sie nichts gewußt, das sei der Dynamik eines Kriegs geschuldet, den Sie so nicht wollten. Wie, z. B. Herr Trittin. Herr Trittin, Sie sind ein Heuchler. Sie wissen noch mehr als wir, daß es sich dabei nicht um "fehlgeleitete" Bomben handelt, sondern um biologische Kriegsführung, die die Bevölkerung, nicht nur im Krieg, sondern vor allem nach diesem Krieg, zur Geißel dieser Nato-Politik machen soll. Fragen Sie Ihren Kampfgenossen Joska Fischer. Der weiß, daß genau diese Ziele Abend für Abend abgestimmt und Tag für Tag durchgebombt werden.

Sie rechtfertigen diese Kriegsverbrechen damit, daß Sie einem "Diktator", einem "Schlächter" das Handwerk legen wollen, daß sie dort, Bombe für Bombe, Demokratie und Menschenrechte herstellen wollen. Wir müssen Ihnen heute nicht die vielen Diktaturen und Militärregimes aufzählen, die im Namen und in Obhut der Nato tagtäglich morden, Menschen vertreiben und ausplündern. Lassen wir das.

Sie hatten in diesem Land genug Gelegenheit gehabt, gegen Rassismus und Nationalismus Position zu beziehen. Wie lächerlich Ihre Kriegssparolen sind, beweist sich im Frieden. Statt jedem Nationalismus den Kampf anzusagen, haben sie den "natürlichen" und "gesunden" Nationalismus entdeckt. Statt der rassistischen Kampagne der CDU gegen das doppelte Staatsbürgerschaftsrecht entschieden entgegenzutreten, haben Sie windelweich den Schwanz eingezogen. Statt der SPD, die das Asylrecht mit abgeschafft hat, den Kampf anzusagen, überbieten sie sich gegenseitig mit Betroffenheitsriten, wenn es um das Schicksal von

Flüchtlingen aus dem Kosovo geht, die vor Ihrem Nato-Krieg, landauf, landab, als 'kriminelle Hütchenspieler' gehandelt und als 'Scheinasylanten' abgeschoben wurden. Lassen wir das.

Ihr Gerede von Menschenrechten und Demokratie ist nackter Zynismus, wenn man sich vorstellt, was nach diesem Krieg- egal wie er militärisch endet- passieren wird. Egal, welche Regierung danach kommt, jede demokratische Wahl wird zur Farce, wenn man sich nur eine Sekunde vergegenwärtigt, was es heißt, Kredite für den Wiederaufbau eines zerstörten Landes von denselben Herren in Empfang zu nehmen, die zuvor das Land in Schutt und Asche gelegt haben. Das Nato-Protectorat Bosnien- Herzegowina ist dafür ein Beispiel- die demokratische Verfassung dieses Landes ein Kinderparlament.

Zu diesem "gerechten" Krieg passen nicht nur Ihre übermüdeten Gesichter, der herzerreißende, anstrengende Weg vom "Prinzip der Gewaltfreiheit", hin zum erweiterten Pazifismusbegriff, sprich Krieg. Zu Ihrem "gerechten" Krieg gehört auch, die zur Schau gestellte Ohnmacht. Das lange zuschauen, die Inszenierung der Tatenlosigkeit, die ein Ende haben muß. Nicht einmal Ihr Therapeut würde Ihnen das glauben.

Müssen wir Ihnen wirklich erklären, daß lange vor dem Nato-Angriffskrieg Deutschland und viele Nato-Mitgliedsländer an der Zerstörung der Bundesrepublik Jugoslawien mitgewirkt haben? Wollen Sie uns wirklich weißmachen, daß Sie nicht wissen, daß mit sogenannten Strukturanpassungskrediten vom IWF u.s.w. der wirtschaftliche und soziale Ruin Jugoslawiens eingeleitet und vorangetrieben wurde? Müssen wir Ihnen wirklich die Strategiepapiere des "Westens" um die Ohren schlagen, in denen von Menschenrechten nicht die Rede ist,- dafür umso mehr von geo-politischen Interessen, den "Balkan" für den kapitalistischen Weltmarkt reif zu schießen? Weder Sie, noch Deutschland haben dabei zugeschaut- Sie haben diesen Prozeß wirtschaftlicher und sozialer Destabilisierung aktiv mitbetrieben.

Es gehört zu Ihrem Liebungswort, in Jugoslawien von "ethnischen Säuberungen" zu reden- und in die Türkei Waffen zu schicken- im Kampf gegen den kurdischen Widerstand.

Keine Frage: die Ethnifizierung Jugoslawiens wäre ohne die entsprechenden intellektuellen und nationalen Eliten vor Ort nicht möglich gewesen. Doch genauso zweifelsfrei steht fest, daß der blutige Erfolg dieser Ethnifizierung ohne die aktive Rolle der Bundesrepublik nicht möglich gewesen wäre. Es war gerade die vorangegangene Bundesregierung, in deren außenpolitische Kontinuität Sie sich ausdrücklich stellen, die als erstes europäisches Land, Kroatien anerkannt hat. Die Verbrechen, die in diese Staatsgründung mündeten, brauchen hier nicht aufgeführt werden. Die über 1 Millionen Flüchtlinge, die diesem Nationalwahn zum Opfer fielen, sind bekanntermaßen für Sie nicht der Rede wert.

Wir wissen -aus Funk und Fernsehen- daß Sie sich schwer getan haben, für diesen Nato-Angriffskrieg zu stimmen. Sie haben uns wissen lassen, daß alles versucht wurde. Sie haben verhandelt, in Rambouillet, wochenlang. Sie nannten uns ehrenwerte, völlig selbstlose Ziele. Dem Scheitern gaben sie einen Namen:

Milosevic. Sie haben sich schweren Herzens für das letzte Mittel der Politik entschieden, entscheiden müssen- gegen Ihren eigenen Pazifismus, gegen das Grundgesetz, auf das Sie vereidigt wurden, gegen das 'reine' Gewissen.

Sie haben uns nach Strich und Faden belogen.

Sie und all die anderen BT-KollegInnen haben für diesen Angriffskrieg gestimmt- ohne den Vertragstext zu kennen- einschließlich des danach bekanntgewordenen Anhangs. Nicht einmal das schert Sie- zu Recht. Denn so konnten Sie -unbelastet- die Rolle spielen, die in einem 'gerechten Krieg' nicht fehlen darf: PazifistInnen, die im äußersten Fall auch Krieg führen.

Wir wissen, spätestens seit Bekanntwerden des geheim gehaltenen Vertragstextes, daß diese Verhandlungen den Nato-Krieg gegen Jugoslawien nicht verhindern, sondern vorbereiten sollten. Es ging darum, dem 'gerechter Krieg' authentische Bilder vom Ringen um eine friedliche Beilegung des Konfliktes vorwegzuschicken. Für die Öffentlichkeit posieren Sie mit Menschenrechten, hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt, als hätte der Nato-Krieg längst stattgefunden. Der Sieger stand fest, für den Verlierer lag die Pistole auf dem Tisch, die Kapitulation nur noch eine Frage für's Protokoll.

Die Verhandlungen in Rambouillet sind weder am Autonomiestatus des Kosovo gescheitert, noch an der Frage der Flüchtlinge und Vertriebenen. Dem politischen Teil dieses Abkommens stimmte Jugoslawien zu. Gescheitert sind die Verhandlungen an dem Teil des Abkommens, der ganz Jugoslawien zu einem Nato-Protectorat machen sollte und den Kosovo zu einem neuen "unabhängigen" Staat. Dieser Teil des gescheiterten Abkommens hat nichts, aber auch gar nichts mit dem Kosovo-Konflikt zu tun. Dafür um so mehr mit geo-strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Nato-Länder, die mit der völligen Zerschlagung Jugoslawiens durchgesetzt werden sollen. Aber warum sollen wir Sie mit Grundsatz- und Strategiepapieren aus dem Verteidigungs- und Außenministerium langweilen.

Vom Wiedereinstieg in Verhandlungen soll heute viel die Rede sein, von Fischer's Friedensplan, von einer Politik hin zur Deeskalation. Während die Nato zeitgleich ihre nächsten Ziele durchbombt, soll hier und heute der gegenseitige Respekt geübt werden. Hier, in Bielefeld, die Inszenierung einer lebendigen, streitbaren Demokratie, dort in Jugoslawien die Politik der verbrannten Erde. Man wird die KriegsgegnerInnen in Ihren Reihen in den Arm nehmen, man wird Ihnen in Formulierungen und Gesten entgegenkommen. Man wird einen Leitantrag vorlegen und abstimmen, indem Platz für alle ist: genug Platz für KriegsgegnerInnen und noch mehr Platz für Interpretationen und Auslegungsmöglichkeiten. Die KriegsgegnerInnen in Ihren Reihen werden versöhnt sein, die Partei-für alle-gerettet und der Krieg ,in Gestalt von Bomben und Marshall-Plan kann ungestrört weitergehen. Bei allem Respekt für diese Parteitagschoreographie: wir werden Ihnen diesen Gefallen nicht tun, wir werden Ihr Spiel nicht mitspielen, allen Ernstes. Wir werden Ihren Sonderparteitag als das behandeln, was er ist: ein integraler Bestandteil eines verbrecherischen Krieges.

Stellungnahme der Initiative Kein Frieden mit der Nato zur ersten Vollversammlung der Antikriegsbewegung in Bielefeld am 13.5.99:

Unruhige Zeiten!

Wir können ihn nicht verhindern, wir können seinen Verlauf (noch) nicht verändern, wir können seine Folgen nicht rückgängig machen: Scheiß Krieg!

Die Hauptursache dieses Krieges hat zwei Namen: Deutschland und Nato

Das gesamte Konzept der militaristischen Zerschlagung Jugoslawiens, das seit der Neuorganisation des Projektes Deutschland (es gibt heute noch Menschen, die so etwas Wiedervereinigung nennen) 1989 voll trägt, ist von hier aus machtpolitisch organisiert worden. Wo immer auch während dieser 10 Jahre bis heute völkisch-rassistisch argumentierende politische Strukturen in Südosteuropa aufgetaucht sind, stand der Machtapparat Deutschlands anschiebend im Rücken. Für jede politische Struktur, die auch nur ansatzweise über eine soziale Basis verfügt, bedeutet die Verbindung mit einer politisch-ökonomischen Weltmacht wie Deutschland enorme Möglichkeiten - bis hin zur Machtfrage. In der Regel entspannt sich der Kampf um die Anbindung an die Freßtöpfe der Reichtumsinseln an völkischen Kriterien.

Die Ethnisierung des Sozialen

Das Muster der völkischen Rassisten ist immer gleich, sehr einfach und überaus brutal: Sie beginnen mit einer propagandistischen Materialschlacht, die sämtliche soziale Probleme durch die völkische Brille preßt: Da sind Bäuerinnen und Bauern nicht deswegen arme Schlucker, weil die kapitalistische Weltmacht nur noch da relativen Wohlstand zuläßt, wo sich seine Produktionsstätten und seine Organisationsstrukturen sammeln, sondern weil sie "KroatInnen", "Muslime" oder auch "AlbanerInnen" sind. Da sind Bullen und Soldaten nicht mehr Teile des nationalen Machtapparates der bürgerlichen Klasse, sondern Serben, die nationale Minderheiten unterdrücken. Banalitäten werden so lange und so massiv verzerrt, bis das, was die völkischen Rassisten im sozialen Raum plazieren, allein durch die Masse von Meldungen für wahr gehalten wird. Als wenn nicht jeder Polizei- und Militärapparat zur Unterdrückung allen sozialen Widerstandes da ist, also bei Bedarf auch zur Unterdrückung nationaler Minderheiten.

Als nächster Schritt werden die gesellschaftlichen Gruppen, die sich nicht auf der Grundlage rassistischer Kriterien organisieren, als "Handlanger des serbischen Terrors" denunziert oder als Schwärmer und TraumtänzerInnen psychiatrisiert. Demnach bleibt nach den Vorstellungen des völkischen Rassismus (auf Grün: Ethnizität) nur noch die patriarchal-militaristische Variante der "Völkertrennung" als "Lösung" des Problems. In dieser "Lösung" verschwinden die gesellschaftlichen Widersprüche der bürgerlichen Klassengesellschaft zunehmend, wodurch unter anderem der politische Raum für eine neue Herrschaftselite geöffnet wird - ein idealer Nährboden für faschistische Männerbünde! Nicht ganz zufällig regiert in Kroatien bis heute die Tudjman-Clique mit ihren Bezügen auf den historischen Ustascha-Faschismus!

Der eigentliche Angriff auf den "Multikulti-Staat", wie er hierzulande denunziatorisch genannt wird, beginnt, sobald die völkische Bewegung in der Lage ist, aus ihren Reihen heraus Guerilla-Aktionen zur Feindbestimmung zu tragen. Gezielt wird versucht, den Repressionsapparat des "Gegners" zu provozieren. Die gewünschte Reaktion ist die personelle und ideologische Umstrukturierung des Repressionsapparates entlang rassistischer Kriterien. Es entsteht ein wechselseitiger Prozeß, der auf der Grundlage patriarchaler Vernichtungslogik alle sozialen Strukturen angreift, sprengt und als Bestandteil militaristischer Kriegsstrukturen neu organisiert. Spätestens wenn die Repressionsorgane zu Maßnahmen greifen, die den Charakter einer Vertreibung der Bevölkerung annehmen oder tatsächlich haben, um ein Gebiet guerillafrei zu machen, schlägt die Stunde der Weltmachtdiplomatie. Aus den politischen Strukturen der völkischen Rassisten werden die kooperationsfähigsten Teile auf die diplomatische Bühne gehieft, als die einzig legitimen Vertreter des unterdrückten "Volkes" anerkannt. Ab diesen Zeitpunkt zählt nicht mehr die Qualität der Guerilla, d.h. die Frage, wie hoch die Verankerung der völkischen Bewegung in der Bevölkerung ist, sondern die ökonomische und politische Durchsetzungsfähigkeit der kooperierenden Weltmacht. Seit 1989 hat das imperialistische Projekt Deutschland mehrfach bewiesen, daß es in der Lage ist, die nationalstaatlichen Strukturen jeder Region in Südosteuropa auseinanderzunehmen, in denen es soziale Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen gibt. Selbst gegen den Widerstand der größten Militärmacht der Welt, den USA. Im Kosovo allerdings war die soziale Basis der UCK so schmal und der Widerstand des rest-jugoslawischen Unterdrückungsapparates so stark, daß ein offener Angriffskrieg nötig war, um die völkisch-rassistischen Teilungspläne durchzusetzen.

Das eigentliche Ziel der deutschen Diplomatie ist erreicht.

Das politische und soziale Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen im Kosovo ist auf mittlere Sicht unmöglich gemacht worden. Bei der Fortsetzung des Nato-Angriffskrieges über jetzt schon fast zwei Monate geht es um die enormen Schwierigkeiten der Aggressorenbande bei der Aufteilung des Kuchens, der bald keiner mehr ist. Das Kalkül: Je zerstörter die Verhandlungsmasse, desto leichter ist die Einigung.

Soviel erstmal als Umriss der Einschätzung unserer Initiative, die wir als Ausgangsposition für die Diskussion auf dieser ersten bundesweiten Anti-Kriegs-Vollversammlung einbringen.

Der von Deutschland aus organisierte Nato-Angriffskrieg auf Rest-Jugoslawien hat logischerweise unmittelbar auf die Innenpolitik zurückgeschlagen. Die grüne Führungsspitze hat für den Preis ihrer Weiterbeschäftigung im Projekt Deutschland jedes Stück Papier zerrissen, daß - die Beziehungen der verschiedenen Staaten zueinander

regelt (Völkerrecht, UNO-Charta)

- die speziellen Beziehungen zwischen den Staaten der Anti-Hitler Koalition und Deutschland regelt (2+4 Verhandlungen)
- die Beziehungen der sozialen Gruppen in Deutschland regelt (Verfassung)
- die Beschlußlage der politischen Basis der Grünen ausdrückt (Parteiprogramm)

Die einzig noch existierende glaubhaft überprüfbare Stellung der Grünen ist die Beteiligung an einem Angriffskrieg. Dies ist seit dem 24.3.99 so und es ist bitter mitzuerleben, daß KriegsgegnerInnen immer noch, nach 7 Wochen grüner Kriegspraxis mit all ihrer Zerstörungswut, glauben, es gäbe etwas mit oder gar in den Grünen zu diskutieren. Wir werden alle diejenigen Männer und Frauen, die erst anläßlich des grünen Befriedungsparteitages die faktische Unterstützung der grünen Kriegspartei eingestellt haben, sehr kritisch hinterfragen. Ihre Glaubwürdigkeit als KriegsgegnerInnen geht für uns gegen Null. Weil einige von ihnen Teil der Anti-Kriegs-Vollversammlung sein werden, ein paar spezielle Worte in diese Richtung: Jeden Versuch von euch, repräsentative Funktionen in der Antikriegsbewegung zu übernehmen, werden wir als opportunistischen Karrierismus werten, als Angriff auf antirassistische und antimilitaristische Positionen innerhalb der Antikriegsbewegung. Geht in die antimilitaristischen Basisgruppen zurück und stellt euch der Kritik!

Mag sein, daß einige von euch diese Position als zu stark polarisierend begreifen. Immerhin könnten ja einige der bekannteren grünen Gesichter für mehr Präsenz von Antikriegspositionen in der Öffentlichkeit sorgen. Diese ohne Zweifel richtige taktische Betrachtung würde aber die Positionierung der Antikriegsbewegung gegen den dritten von Deutschland aus organisierten Angriffskrieg gegen Jugoslawien verwässern. Nichts halten wir im Moment für wichtiger als die konsequente Verurteilung des Nato-Angriffskrieges.

Wir halten die Organisation eines Angriffskrieges in zweiter Linie auch für einen Angriff auf die antimilitaristische Bewegung. Der Übergang einer Partei in das Kriegslager, die bis weit in die linksradikalen Strukturen hinein ihre Bindungen und gegenseitigen Abhängigkeiten hatte, bringt für viele von uns mehr oder weniger große Brüche in der politischen Praxis. So mußten wir unsere Haltung zu diesem Krieg bei einigen Aktionen über die Ausgrenzung grüner Parteistrukturen klarstellen.

Klar ist, daß mit den Grünen in irgendeiner Form verbundene Gruppen versuchen, ihre Position im gesellschaftlichen Raum zu verteidigen, von den ganzen Einzelpersonen zu schweigen, die aus einer wie auch immer gearteten Laune heraus Rot-Grün gewählt haben: "Wir werden wenig anders - aber vieles besser machen!" Was für eine prophetische Ankündigung.

Die gesellschaftliche Position all dieser Gruppen und Einzelpersonen wird in kürzester Zeit unhaltbar werden - spätestens wenn die Propagandablase, die über diesen Krieg gestülpt wird, platzt. Es stehen Entscheidungen mit großer Tragweite an.

Die Tatsache, daß Deutschland gegen die gesamte EG- und US-Diplomatie ein sich auf den mörderischen

Ustascha-Faschismus beziehendes kroatisches Regime diplomatisch anerkannt hat, ist in ihrer Bedeutung nicht wegzudiskutieren. Die deutsche Politik hat die völkisch-rassistischen Bürgerkriege in Jugoslawien bis heute immer gewollt und politisch-militärisch mitorganisiert. Wer oder welche die überragende Rolle der USA in den Nato-Militärstrukturen oder die bislang eher noch zurückhaltende militärische Beteiligung Deutschlands als Argument für die Relativierung der deutschen Verantwortung in der Entstehung des Nato-Krieges betrachtet, schwimmt in sehr gefährlichen Gewässern. Allein die politische Unterstützung der Ustascha-Faschisten sollte eigentlich in aller Deutlichkeit klarmachen, wie es um die Moral der deutschen Außenpolitik bestellt ist. Sie reitet offen auf den strategischen Vorgaben ihrer VorgängerInnen, dem Kaiserreich und dem Nazi-Faschismus. Um nicht falsch verstanden zu werden: Das politische und gesellschaftliche Umfeld dieser Regierung ist ein komplett anderes, es gibt keinen ideologischen Hauptfeind, der im Moment von überragendem Interesse wäre. Es handelt sich bei diesem Krieg um einen mit moralischen Zerrbildern nur sehr mühsam verdeckten Verteilungskampf des Turbokapitalismus der Nato-Metropolen. Aber die Schärfe der völkisch-rassistischen Bestialitäten, wie sie sich seit Jahren in Ex-Jugoslawien abspielen, hat in der Hauptsache die deutsche Machtpolitik zu verantworten.

Die Reparaturtruppe, die mittlerweile auf allen Ebenen versuchen, die Aggressivität des rassistischen Imperialismus zu vertuschen, den Deutschland an den Tag legt, sind überall unterwegs. Die sogenannte deutsche Initiative, d.h. die Umformulierung des Besatzungsstatuts für Jugoslawien, täuscht eine diplomatische Hektik vor, die nur für die Fernsehkameras und die Weltpresse gut ist. Die völkisch-rassistische Umstrukturierung Südosteuropas ist längst beschlossene Sache. Da ist nichts zu verhandeln. Es wird so lange gebombt, bis auch Milosevic, die russische, chinesische, griechische oder sonstwelche Diplomatie diese Tatsache auf einem Fetzen Papier endlich anerkennt.

Die nationalistischen Teile der Friedensbewegung, aber auch die Nationalisten in der Antikriegsbewegung werden mit ihrer speziellen Phraseologie auf diesen Zug aufspringen. Sie werden den Schein der Distanz zur US-dominierten Kriegsführung für bare Münze nehmen, gegen die böse USA wettern, die Reform der Nato fordern, mehr Unabhängigkeit von den USA verlangen. NO WAY!

Wo wir gehen, ist der politische Gegner nicht weit. Wir brauchen nicht über den Atlantik zu schielen, um Kriegstreiber bei der Arbeit zu beobachten. Der gesamte westdeutsche Politikapparat hat seine Widersprüche untereinander zurückgestellt, um die Organisation eines Angriffskrieges nach innen verkaufen zu können. Unsere Aufgabe ist es, ihnen diesen Krieg so lange um die Ohren zu hauen, bis sie alle von der politischen Bühne abgetreten sind.

Wir wissen aus den Hochzeiten der Friedensbewegung 1982 und 1991, daß ein Teil von ihr nur auf die Gelegenheit wartet, sich mit den nationalen Eliten wieder versöhnen zu können. Das Gelaber vor dem Befriedungsparteitag der Grünen diente genau diesem Zweck: Die Fischer-Bande formuliert die Versöhnung

als Angebot, die sogenannten KriegsgegnerInnen innerhalb und außerhalb der Grünen als Forderung. Wir werden nicht mit euch gehen: Wir organisieren uns in der antimilitaristischen Bewegung von unten gegen die herrschenden Eliten hier im Land, nicht mit oder neben ihnen!

Ähnliches gilt für die ostalgischen Nationalisten in der Antikriegsbewegung. Euer "proletarischer Nationalismus" ist im Aggressionspotential nach außen vielleicht etwas harmloser, ansonsten aber keinen Deut besser als der Nationalismus der Imperialisten. In der Sowjetunion wurde mit der Phrase vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" der staatsterroristische Formierungsprozeß nach innen voll entwickelt und der Kampftruf "Hoch die internationale Solidarität" zur Farce degradiert. Die spanischen AntifaschistInnen vor und die griechischen AntifaschistInnen nach dem zweiten Weltkrieg können ein Lied davon singen.

Diese politische Tradition ist gekappt und wird bei der Neuformulierung unserer gesellschaftlichen Utopien nur noch die Rolle eines Auslaufmodells spielen: Billig zu haben und auf Dauer nicht zu gebrauchen!

Die kommenden Fehler sind bei dem stark nationalistischen Einschlag der PDS und ihrem radikaleren Umfeld schon vorauszusehen. Sie treten

durch die sträfliche Unterschätzung patriarchaler und rassistischer Formierungsprozesse schon heute deutlich zu Tage. Wir sind jederzeit bereit, die Diskussion über die historische Entwicklung des Projektes Deutschland zu führen. Es ist unsere feste Überzeugung, daß nichts hängenbleiben wird, was Bestandteil einer Zukunftsperspektive sein kann.

Undiskutierter Abschluß:

Die Vorstellung über unsere Zukunft wird im Kern von revolutionären FeministInnen formuliert werden. Das Zerstörungs- und Vernichtungspotential patriarchaler Gesellschaftsorganisation erzwingt geradezu diese Perspektive. Der Kapitalismus ist die aktuelle und hoffentlich letzte Herrschaftsform des Patriarchats.

Die Befreiung der Männer besteht aus ihrem Abschied von der Macht.

Die Befreiung der Frauen besteht aus der Übernahme der Organisation einer klassenlosen Gesellschaft - weltweit.

Soweit der Diskussionsbeitrag der Initiative Kein FriedeN mit der Nato zur ersten bundesweiten Vollversammlung der Antikriegsbewegung in Bielefeld.

Presseerklärung des Antikriegsbündnis Bielefeld

Grüne lassen Kriegsgegner von Polizei wegprügeln

Ihren Sonderparteitag zum Krieg in Jugoslawien konnten Bündnis 90 / Die Grünen nur mit Polizeigewalt durchführen. Um 7 Uhr hatten sich am Himmelfahrtstag mehrere Hundert Kriegsgegner vor dem Eingang zur bereits festungsartig gesicherten Seidenstickerhalle in Bielefeld versammelt, um die Tagung der "Kriegspartei" zu verhindern. Sie begründeten ihre Aktion damit, daß "eine Dabatte über das Für und Wider eines Angriffskrieges keinerlei Legitimation" habe. Als die Kriegsgegner den Delegierten den Zugang in die Halle versperrten, wurde der zuvor genehmigte Kundgebungsplatz von mehreren Polizeihundertschaften gewaltsam geräumt. Mindestens sechzig Personen wurden verhaftet. Ihr Lautsprecherwagen wurde von der Polizei beschlagnahmt und demoliert. Erst nach längeren Auseinandersetzungen und dem Einsatz von

Schlagstöcken konnten die Deligierten von Schmährufen begleitet durch ein Polizeispalier zum Parteitag gelangen.

Auf einer von Bielefelder Kriegsgegnern organisierten Kundgebung am Mittag wurde bilanziert, daß "die Grünen ihre Politik hier wie in Jugoslawien nur noch mit Gewalt durchsetzen" könnten. Die Situation im Kosovo sei gerade auch von den "Grünen Kriegstreibern" und deren Lügen eskaliert worden. Mit dem Fischer-Plan solle nur von der eigenen Verantwortung Deutschlands für die Zerstörung des friedlichen Zusammenlebens im früheren Jugoslawien abgelenkt werden. Seit 1991 habe Deutschland alles in seiner Macht stehende dafür getan, daß die Auflösung Jugoslawiens in jenem Desaster ende, das sich heute im Kosovo zeige.

Antikriegsbündnis Bielefeld

Pressemitteilung

Der Farbbeutel, den ich geschmissen habe, sollte Joseph Fischer treffen. Mit ihm sollte das Herz der Grünen getroffen werden, die aus der Mitte der Gesellschaft heraus die Bombardements organisieren. Der Farbbeutel war mit Abtönfarbe und Wasser gefüllt. Wer behauptet, es sei Buttersäure beigemischt, der lügt, um den Beifall zu der Antikriegsaktion zu dämpfen. Bei der Aktion wurde ich zu Boden geworfen, konnte danach aber den Saal verlassen.

Der Farbanschlag wurde von vielen Delegierten in persönlichen Gesprächen ausdrücklich begrüßt. Wenn Joseph Fischer jetzt um seine nicht beabsichtigte

Ohrverletzung jammert, dann soll er sich bitte schön einmal vor Augen halten, wie viele Tote durch den vom ihm zu verantwortenden Krieg zynisch als Kollateralschaden abgetan werden. Der Farbbeutel sollte ihn treffen und blutrot markieren. An J. Fischers Händen klebt das Blut des Krieges, wie an den Händen der gesamten Partei. Es ist offensichtlich, daß die Menschen im Kosovo, Serbien und Montenegro als Manövriermasse zwischen Natoländern, UCK und serbischen Regime zerrieben werden. Die Grünen, die sich aus der 68er Protestgeneration an die Macht emporgearbeitet haben, setzen heute die Losung vom

"Krieg als humanitärer Akt" durch. Sie überdecken damit die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, die die Natoländer an diesem Krieg haben. Und ich finde, es liegt in der Verantwortung eines jeden Menschen, alles dafür zu tun, daß dieser Krieg

sofort beendet wird und ggf. auch die Kriegstreiber Fischer, Schröder und Scharping und wie sie alle heißen aktiv in ihrem Tun zu stoppen... Ich bereue nichts.

Presseerklärung zum Vorschlag von Außenminister Fischer

In der Presse hab ich gelesen, daß Außenminister Fischer die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen mich einstellen lassen will, wenn ich die Kosten für die ärztliche Behandlung meines Ohres zahle und für die "Kosovo-Hilfe" spende.

Im Rahmen eines Vergleichs bin ich bereit, die Arztrechnung zu bezahlen, wenn Herr Fischer die Menschen in Jugoslawien entschädigt, die "unbeabsichtigt" Opfer der NATO-Bomben geworden sind. Wohlwissend, daß die Verletzung, Verstümmelung und der Tod von Menschen nicht in Geld aufzuwiegen sind.

Für die "Kosovo-Hilfe" werde ich nicht spenden. Denn dies kann so verstanden werden, daß ich mich finanziell einbinden lasse in die Logik von Krieg, Flucht und Vertreibung. Ich werde keinen Beitrag dazu leisten, daß Flüchtlinge in Lager gesperrt werden, damit sie die

westeuropäischen Grenzen nicht überschreiten. Statt dessen schlage ich Herrn Fischer vor, daß ich je einen Deserteur der jugoslawischen Armee, der UCK und der NATO bei mir aufnehme, um ihr aktives Verhalten gegen den Krieg zu unterstützen. Herr Fischer mag überlegen, ob er hierfür die Patenschaft übernimmt. Für ihn müßte aber selbstverständlich sein, sofort die Vertreibung bzw. Abschiebung der Menschen aus Deutschland zu stoppen, die vor Krieg, sexueller Gewalt, Hunger und Elend hierhin geflüchtet sind und darüber hinaus die Grenzen für alle Flüchtlinge zu öffnen.

Damit nicht der Eindruck entsteht, daß Herr Fischer sich aus persönlichen Gründen für eine Einstellung "seines" Verfahrens einsetzt, sollte er seinen Einfluß geltend machen, daß alle Ermittlungsverfahren gegen KriegsgegnerInnen eingestellt werden.

Presseerklärung vom 30.9.'99

Zu den Pressemeldungen vom 25./26. 9. '99, die eine rechtskräftige Verurteilung meiner Person suggerieren, gebe ich heute, am 30. 9. '99, folgende Presseerklärung ab:

Das Amtsgericht Bielefeld hat gegen mich einen Strafbefehl wegen des Farbbeutelwurfs auf Außenminister Fischer erlassen.

Die Angehörigen der Menschen in Serbien und im Kosovo, die im Krieg von Natobomben ermordet wurden, werden hier kein Gericht finden, das die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht. Dies gilt ebenso für die Verstümmelten und Traumatisierten.

Außenminister Fischer hat dagegen schon ein Gericht gefunden, das seine Ohrbeeinträchtigung am Kriegsparteitag der "Grünen" mit 7 Monaten Gefängnis auf Bewährung ahndet - in Form eines Strafbefehls ohne öffentliche Verhandlung.

Im Gegensatz zu Außenminister Fischer möchte ich Öffentlichkeit über den Widerstand gegen den Krieg und die Kriegsfolgen schaffen. Ich habe fristgerecht Widerspruch gegen den Strafbefehl erhoben, so daß es zu einem öffentlichen Prozeß kommen wird.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Einstellung aller Verfahren gegen KriegsgegnerInnen.

Warum Bielefeld nicht zwischen Bagdad und Belgrad liegt Grüne Kriegsgewinnler und die Neue Linke

Wo bleibt der Widerstand gegen den Krieg, gegen den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit 1945? An spektakulären Anlässen, mehr oder weniger spontan den Protest auf die Straße zu tragen, hat es in den letzten zehn Wochen nicht gefehlt: Fast im Wochentakt lieferten die NATO-Bomber entsprechende Steilvorlagen, mit ihren unzähligen irrtümlichen und absichtlichen Treffern auf Züge, Busse, Flüchtlingstrecks, Brücken, Botschaften und Bulgarien, Tabakfabriken, Krankenhäuser, Fernsehsender. Die möglichen Kritiken gegen die Luftangriffe decken ein breites Spektrum ab, reichen von moralischen über juristische, antiimperialistische und demokratische bis zu ängstlich-wohlstandschauvinistischen und strategischen Argumenten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Ein vermintes, zerbombtes und durch

angereichertes Uran verseuchtes Kosovo wird nur für solche Flüchtlinge verlockend sein, denen einzig die Perspektive geboten wird, in albanischen und makedonischen Lagern die Tage zu zählen; die Tickets in den Westen bleiben strikt kontingentiert. Daß ohne den Schutzschild aus NATO-Bomben die jugoslawischen Milizen und Freischärler im Kosovo im gleichen Maße geraubt, verjagt und getötet hätten, ist notgedrungen Spekulation; positive Sanktionen, etwa die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft, standen zu keiner Zeit auf dem Programm, und die im letzten September vereinbarte internationale Beobachtergruppe erreichte niemals ihre Sollstärke, aus Geldmangel. Wie sich eine Opposition in Jugoslawien ohne Massenmedien formieren soll, bleibt das Geheimnis der NATO. Die ethnische Differenz ist den Menschen faktisch in den

Leib gebombt, und den inzwischen fallengelassenen Au-schwitzvergleich bejohlen die Vertriebenenverbände. Mit der praktischen Durchsetzung der neuen NATO-Aufgaben haben sich die Spielregeln im internationalen System drastisch erweitert. Japan änderte seine Verfassung zugunsten internationaler Militäreinsätze, die EU bastelt an einer eigenen Eingreiftruppe, und Indien weist jede Kritik an seiner Atombewaffnung mit dem Hinweis zurück, daß ein entsprechend gerüstetes Jugoslawien wohl kaum zum Spielball internationalen Kräftenmessens geworden wäre.

Plausible Gründe, gegen den Krieg zu kämpfen, gibt es für jeden Geschmack. Bekannt sind sie auch. Trotz NATO-Nachrichtenhochzeit ist die Fülle der Informationen über das Kriegsgeschehen verblüffend hoch, zu finden in jeder besseren Tageszeitung, freilich bunt gemischt, plural und demokratisch eingebettet in kritische Erörterungen der Luftkriegsstrategie, herzerreißende Flüchtlingsdramen und Bewerbungsschreiben fürs Hauptquartier. Spätestens seit die taz mit der »Rambouillet-Lüge« titelte und der Appendix B des Ultimatums bekannt wurde, ist der Kosovokrieg kein MTV-Krieg mehr. Ein Aufschrei der Empörung blieb trotzdem aus. Mit dem grünen Sonderparteitag scheint selbst die Energie der wenigen Anti-Kriegs-AktivistInnen erschöpft. Obwohl alles andere als Kriegseuphorie herrscht, die Skepsis in der Bevölkerung zunimmt, die meisten auf ein baldiges Ende der Kampfhandlungen hoffen und die Grenze des deutschen Engagements sich immer deutlicher abzeichnet.

Manch eine mag zu Beginn des NATO-Bombardements ein Remake des zweiten Golfkrieg erwartet haben, Marathondemos, Bahnhofsbesetzungen und die Bednarz'schen Bettlaken. »Kein Blut für Öl« brachte damals die Stimmung auf den Punkt, auch wenn die meisten Kriegsgegner sich kaum mit dem simplen Strickmuster begnügten. »Kein Blut für's Kaukasus-Öl« klingt dagegen wenig plausibel, und »Kein Blut für die Ethnifizierung des Sozialen« fällt nicht nur aus syntaktischen Gründen aus. Daß heute niemand in der Lage ist, ein vergleichbares Pendant für den Kosovo-Krieg zu formulieren, verdeutlicht tatsächlich das gesamte Problem des Anti-Kriegs-Widerstands. Niemand? Das ist übertrieben. Doch die entsprechende Parole liegt eher Edmund Stoiber auf den Lippen: »Kein deutsches Blut für Hütchenspieler«.

Den verflochtenen Zeiten nachzutruern, hilft nicht. Vor allem sollte nicht vergessen werden, daß der Golfkrieg II für die Linke im Fiasko endete. Der schmissige Slogan ermöglichte zwar die Massenmobilisierung, ganz in den Koordinaten des Antiimperialismus der achtziger Jahre, und es schien, als rettete sich die US-Hegemonie in die neue Vorkriegszeit hinüber. Die Formel hielt aber kaum drei Wochen, nämlich just bis zu dem Zeitpunkt, als die ersten Scud-Raketen auf Israel abgefeuert wurden. Der folgende Streit zwischen Bellizisten und Pazifisten, zwischen dem gerechten Krieg und der Ungerechtigkeit jedes Krieges, hatte mit einer politischen Einschätzung der Situation nicht mehr

viel zu tun, sondern entwickelte sich zum linken Religionskrieg.

Die Bellizistenfraktion rekrutierte sich fast durchwegs aus dem Reservoir der Achtundsechziger-ff., kamen aus dem Umfeld der grünen Partei und der Linksradikalen: Cora Stephan, Dan Diner, Wolf Biermann, Hendryk M. Broder, Detlev Claussen, Wolfgang Porth, Micha Brumlik.¹ Als standhafte Linke hielten wir sie damals schlicht für durchgeknallt, für verwirrte Einzeltäter oder Opportunisten und waren uns unserer moralischen Integrität sicher. Daß die Verwirrung schon damals viel tiefer und wohl auch durch jeden einzelnen ging, hätte ein anderes Ereignis zeigen können. Mitte Februar 1991 mußte Christian Ströbele nach heftigen inner- und außerparteilichen Protesten vom Posten des Bundesvorstandssprechers der Grünen zurücktreten, als er am Tag vor seiner Israel-Reise per Zeitungsinterview formulierte, »die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels«.

In den folgenden Jahren verlor die politische Linke vollends die Initiative. Der schrittweisen Militarisierung der deutschen Außenpolitik standen die Linksradikalen ähnlich hilflos gegenüber wie die SPD, die in Sachen Militäroption mal für mal in die Fußstapfen der Union trat und sich wunderte, daß die Union schon wieder einen Schritt weiter war, die grüne Basis im Schlepptau. Wortkarg zeigte sich die antimilitaristische Linke auch während des gesamten jugoslawischen Bürgerkriegs, in dem wiederum die erweiterte Partei der Grünen zu den treibenden Kräften der militärischen Intervention gehörte. In Frankfurt forderte sogar eine Abspaltung der Linken Liste, die noch Ende der achtziger Jahre heftig über die grünen Verräter schimpfte, bereits im Sommer 1992 die Bombardierung Belgrads. Hans Eichel, zu einer Feierstunde in die Frankfurter Uni geladen, konnte dem nur entgegnen, daß deutsche Soldaten nicht noch einmal in Jugoslawien einmarschieren sollten. Was die einen schon 1992 wußten, war den anderen Srebrenica. Die gewissenhafte Analyse einer systematischen Politik der Ethnifizierung Jugoslawiens konnte dem nichts entgegensetzen. Verschanzt hinter den Broschüren der Ex-Anti-Nato-Gruppe und den Materialien für einen neuen Antiimperialismus hofften wohl viele Linke, daß der Bürgerkrieg möglichst bald von selbst ein Ende finde. Der kroatische Nationalismus entschuldigte genauso wenig den serbischen Nationalismus, wie der Nachweis, daß manch eine Meldung aus dem Kriegsgebiet Ungereimtheiten aufwies, darüber hinweg täuschen konnte, daß Jugoslawien sich in ein grausiges Schlachtfeld verwandelte.

Der Krieg der Achtundsechziger

Es würde den Einfluß der Achtundsechziger, der Neuen Linken und der Grünen überschätzen, in ihnen die Urheber des NATO-Bombardements zu sehen. Allerdings liefern sie am glaubwürdigsten das diskursive Raster, mit dem allein der Krieg so geführt werden kann, wie er funktioniert: als Krieg für Menschenrechte. Um so mehr habe ich mich gewundert, daß es gerade den intimsten Kritikern der Grünen plausibel war, ausgerechnet sie oder zumindest ihre Basis für das schwächste Glied der

parteienübergreifenden Kriegscoalition zu halten. Dagegen sprach schon die linke Standardargumentation, mit der sich seit Mitte der achtziger Jahre die linken Kritiker vom Parteiprojekt distanzieren: daß die Grünen für die Regierungsbeteiligung noch jede Pille schlucken würden, oder zugespitzt, daß die Grünen die gemeinsamen Ideale verraten hätten.

Was auf dem grünen Parteitag zur Debatte stand, war die Existenz der Partei, die unweigerlich mit der Koalitionsfrage verbunden ist, seit sie infolge der Zuspitzung des innerparteilichen Konflikts zwischen 1986 und 1990 ihr gesamtes strategisches Potential auf eine künftige Regierungsbeteiligung im Bund ausgerichtet hat. Hätte die grüne Basis, dieses »Sicherheitsrisiko« (so der Chefideologe Joachim Raschke), tatsächlich den Außenminister in die sozialdemokratische Wüste geschickt, wären die Tage der Partei wohl gezählt gewesen. Ströbeles Argumentation, eine deutliche Distanzierung von der Regierungspolitik müsse nicht das Ende der Koalition bedeuten, scheiterte an der plazierte-dementierten Warnung des Außenministers und verkannte zugleich, daß auch ohne Kriegseintritt das rot-grüne Reformprojekt längst seine Geschäftsgrundlage verloren hatte. Vor Beginn des NATO-Bombardements hat niemand, weder aus der Partei, noch aus dem Sympathisantenkreis, die Koalitionsfrage in den Raum geworfen. Schweige denn diejenigen, die schon immer wußten, wie es mit den Grünen mal enden würde. Statt dessen galt die Bevölkerung für die grünen, linken Vorhaben als zu unreif, zu konservativ, was das Zurückstecken noch im Koalitionsvertrag formulierter Gesetzesvorhaben plausibilisierte. Für eine Perspektive jenseits der Regierungsbeteiligung fehlt den Grünen nach zehn Jahren Juso-Ähnlichkeitswettbewerb, bezogen auf den Nachwuchs, sowohl das Personal als auch die Vorstellungskraft, daß Politik keine technische, sondern vor allem eine Frage praktischer Organisation ist. Um diese strukturelle Sackgasse der Parteireformen von 1990ff zu erkennen, waren nicht einmal die handverlesenen Delegierten vonnöten.

Ich halte dieses gängige linke Kritikmuster an den Grünen allerdings für nicht hinreichend, sogar für kontraproduktiv, weil es moralisiert statt zu politisieren, den Wandel der Grünen nur als Verrat oder, weniger persönlich, als Vereinnahmung begreift – und überdies die Regierungsbeteiligung jederzeit legitimieren kann. Der Kosovo-Krieg war das beste, was der Fischer-Gang passieren konnte, denn mit ihm rastete das Realo-Fundi-Dispositiv wieder ein, das den Grünen ihr Image als Partei der Achtundsechziger, der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen garantiert: weil die grüne Präsenz im Auswärtigen Amt zwar kaum eine, aber doch eine minimale Chance eröffnet, eines der Issues der Neuen Linken zu retten – wenigstens ein bißchen.

Pazifismus ist alles andere als eine linke Errungenschaft in der grünen Programmatik. Vielmehr diene der Begriff dazu, sich von Bauzaunmilitanz und Stadtguerilla zu distanzieren. Die Wortschöpfung Gewaltfreiheit erinnert noch daran, daß in der frühen grünen Programmatik »das fundamentale Recht auf Notwehr« außer Frage stand und daß gegen Gewalt zu

sein, den Kampf gegen soziale, ökonomische und kulturelle Gewalt nicht ausschloß (vgl. Bundesprogramm 1980). Die Grundüberzeugung der Neuen Linken innerhalb und außerhalb der Grünen war wohl eher die prinzipielle Skepsis gegenüber der Legitimität und Legalität staatlicher Herrschaft und die Berechtigung, sich gegen mannigfaltige gesellschaftliche und staatliche Unterdrückung zu wehren. Dieser Grundwert aber, der die Gegenüberstellung von Pazifismus und Menschenrechten ad absurdum führt, bildet heute im Gewand der Menschenrechte und der Scheißegalität internationalen Rechts zugleich die originäre Grundlage der grünen Kriegstreiber wie Bauchschmerzenkrieger.

Das Problem des Anti-Kriegs-Widerstands ist daher nicht, daß auch so viele einstige Linke ihre Vergangenheit entrümpelt haben, sondern daß dieser Krieg ganz praktisch mit einem Issue funktioniert, das die Neue Linke prägte. Insofern ist der Kosovo-Krieg tatsächlich der Krieg der Achtundsechziger. Der Widerstand gegen staatliche Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung war der Linken allemal wichtiger als ein abstrakter Pazifismus. Daß der Krieg ganz offensichtlich kaum wegen der Menschenrechte geführt wird, ändert nichts an der Tatsache, daß wir alle die Massaker an Kosovo-Albanern für illegitime staatliche Gewalt, für einen Verstoß gegen ihre legitimen Rechte halten und wir alle auch wissen, daß ein Ende des NATO-Bombardements aller Wahrscheinlichkeit nach nicht den Bürgerkrieg beenden würde, bei dem die eine Seite die besseren Karten hat.

Exemplarisch läßt sich dieses Dilemma an der Position der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe ablesen (vgl. diskus 1/99, S.9). Auf vollen fünf Seiten fährt sie die gesamte Palette der spätautonomen, anti-nationalistischen und anti-rassistischen Gründe auf, den Stop der NATO-Bomben zu fordern, und schildert anschaulich die Verantwortung deutscher und westlicher Politik für die Zerschlagung Jugoslawiens. Wer mag da widersprechen? Als besonderes Problem hebt sie zwischenzeitlich hervor, daß es nicht reiche, »NATO raus aus Kosovo« zu fordern, da der Krieg im inneren Jugoslawiens damit keineswegs beendet wäre, und mehr noch, daß es im Konflikt kein erkennbares Gegenüber (zumindest kein politisches, möchte ich ergänzen) gäbe, mit dem man sich solidarisieren könne. (Applaus von der Regierungslinken)

Statt aber diesen Gedanken weiter zu verfolgen, der haarscharf das gesamte Problem des Anti-Kriegs-Widerstandes zusammenfaßt, kippt die Argumentation schließlich in den Vorwurf der Heuchelei und des Verrats um und tut so, als gäbe es gar kein Problem, außer daß die Grünen ihre Ideale verraten hätten. Getreu dem bewährten Realo-Fundi-Schema ist es von der Position der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe zur linken Befürwortung der NATO-Luftangriffe nur ein moralisch-strategischer Katzensprung: Die Ethnifizierung Jugoslawiens und Renationalisierung Deutschlands bedauern auch die linken Kriegsbefürworter; gerne würden sie mehr Flüchtlinge aufnehmen, können dies aber leider nicht durchsetzen; gewiß steht es mit den Menschenrechten in vielen

Gegenden nicht zum besten; sicher hat die deutsche Politik viel zum aktuellen Desaster beigetragen; ohne Zweifel verfolgen die meisten Akteure im Rahmen der NATO-Luftangriffe alles andere als humanitäre oder gar emanzipatorische Ziele; selbstverständlich hätte es noch vor ein paar Jahren, Monaten, Wochen ganz andere Mittel gegeben, die Situation im Kosovo zu deeskalieren; aber mindert nur eines dieser Argumente den moralischen Druck, den hier und jetzt bedrohten Kosovo-Albanern mit Waffen zur Seite zu stehen (Beer); oder die einmalige Chance, in einem militärisch-performativen Akt die Menschenrechte auf die Agenda der neuen Weltordnung zu setzen (Volmer)? Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Die Grünen als Verräter einzuschätzen und um diese Stelle den Anti-Kriegs-Widerstand zentrieren zu wollen, verkennet, daß die Grünen nicht das schwächste Glied in der Kette der Kriegsbefürworter sind, sondern das stärkste. Mit der von der Parteispitze ausgegebenen Parole »Ach, zwei Herzen schlagen in unserer Brust, Pazifismus und Menschenrechte«, zwischenzeitlich als »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz« apostrophiert, gelang es ihnen, die gesamte Kriegskritik auf eben jene Frage der Moral zu reduzieren, die schon den ganzen Krieg ummanteelte. Welcher Seite in dieser moralischen Zentrifuge die Linken traditionell näher stehen, muß nicht nochmals wiederholt werden. Der Witz ist aber, daß Fischer desto nachhaltiger zum Garanten des kontinentaleuropäischen Hegemoniestrebens gerät, je mehr ihn die Gewissensbisse plagen, und sei's in Gestalt der zerrissenen Partei. Jede Mahnung, die Targets sorgfältiger auszuwählen, jede leise Forderung, Rußland und die UN einzubinden, um die Polizeiaktion nicht zum Weltkrieg eskalieren zu lassen, jedes feuilletonistische Leiderleider, sich mal wieder nicht durchgesetzt zu haben, untermauert die Eigenständigkeit der EU. Nicht weil Fischer die Menschenrechte instrumentalisiert, sondern nur indem er für sie kämpft.

Vor allem aber hilft die Verratsthese nicht gerade dabei, auf die künftigen Kriege besser vorbereitet zu sein. Zweifellos ist es nicht notwendig, einen Lösungsansatz für die aktuellen Probleme im Kosovo formulieren zu können, um gegen den Krieg zu protestieren. Dazu reicht die Konzentration auf die deutsche Politik und,

um den moralischen Druck zu kontern, der Hinweis, daß heutzutage jeder Lösungsvorschlag in bezug auf Jugoslawien, sei's zivil, sei's militärisch, von der Position des ideellen NATO-Gesamtoberbefehlshabers ausgeht. Der lautere Vorsatz aber, sich der moralischen Zentrifuge individuell und auf Dauer entziehen zu wollen, überschätzt die eigenen Kräfte, weil sie sich noch beschleunigt, solange wir übers Bedauern der schlechten Zustände, eine Politik der Schadensbegrenzung und die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht hinauskommen. Ohne eine politische Perspektive, die es ermöglicht, aus der eigenen Praxis eine eigene Moral zu generieren, statt aus der Moral die Politik abzuleiten, reduziert sich ein Widerstand, der sich nicht auf die Moral des Staates einlassen will, auf individuelle Durchhalteparolen.

Worauf es ankäme, wäre das Eingestehen des Scheiterns unserer Strategien seit Mitte der achtziger Jahre, parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Und daß die Parolen von damals auf spezifische Weise selbst Teil der aktuellen Verhältnisse geworden sind; wenn auch anders als intendiert. Wechselseitige Schadenfreude und Besserwisserei – so sehr die Genugtuung schmeichelt – sind fehl am Platz und fallen auf die Spötter selbst zurück. Die Erfahrung, daß die Linke in diesem Krieg nichts zu melden hat, obwohl sie weder verraten wurde, noch ihre Argumente zensiert wurden, geschweige denn die große Masse in Kriegseuphorie verfiel, ist vielleicht das einzige, was die Linken in diesem Krieg gewinnen können. Und sie verdeutlicht die Dimension des Projekts, die Linke zu reartikulieren.

[1] Hier mag die eine oder der andere einwenden, die genannten Herrschaften seien halt nie korrekte Linke gewesen – und womöglich gar entlarvende Zitate parat haben. Oder daß die Grünen von Anfang an mit emanzipatorischer Politik nichts im Sinn hatten. Festzuhalten bleibt freilich, daß die Themen, Ziele und Kritiken grüner Parteiarbeiterinnen, autonomer Streetfighter und kritischer Intellektueller kaum die Trennung zwischen legalistischen und sozialrevolutionären Strategien markierten. Dieses heterogene diskursive Ensemble aus Bürgerinis, autonomen Zentren, Bioläden und Zeitungsredaktionen, das sich in der grünen Partei focussierte, möchte ich als erweiterte Partei der Grünen bezeichnen.

Frieder Dittmar (71. Kriegstag)

Mann im Rock

„Joschkas Farbbeutel-Transvestit“ (BZ)

Anmerkungen zu Geschlechtskonstruktion in der Presse anlässlich des Kosovo Krieges

Verfolgt man die Presseberichterstattung in Deutschland, stellt sich der Eindruck ein, dass es in Deutschland weder eine nennenswerte Opposition noch Widerstand zum Krieg in Jugoslawien gibt. Kritische Stimmen und oppositionelle Aktionen sind eher in der Minderheit. Sollte es dennoch einmal zu einer Aktion kommen, die nicht zu übersehen ist, wird die Tat personalisiert. Sie erscheint als eine Tat ohne politischen Kontext und Inhalt. Zwar personalisiert und sensationalisiert die Boulevardpresse gern das politische Geschehen um die Gemüter zu befriedigen und die Auflagenzahlen zu sichern, in Zeiten des Krieges wird aber diese Methode ein Mittel im Kampf um Hegemonie. Wie dieser Kampf an der ‚Heimatfront‘ funktioniert und welche Klischees dabei bedient werden, lässt sich im Fall von „Fischers Farbbeutel-Transvestit“ studieren:

Kaum hatte auf dem Grünen Sonder- oder Kriegsparteitag ein Farbbeutel zielsicher den Außenminister Fischer getroffen, stürzte sich vor allem die Boulevardpresse auf die Tat, oder genauer: auf die TäterIn. "Besudelt von Mann im Rock", so überschrieb *Bild* ihre Titelseite am Folgetag mit Großbildaufnahme. „Besudeln“, das klingt schmutzig und schwul, das klingt dreckig und sexuell. Besudelt werden Heiligtümer. Die TäterIn wird zur SünderIn, das Objekt zum schützenswerten - hier: nationalen - Heiligtum. Wer hätte das gedacht, dass sich die Springerpresse bemüht fühlt, Joseph Fischer als nationales Heiligtum zu schützen, mit ihm zusammen den Kampf an der Heimatfront aufzunehmen? Und so lässt sich vermuten, dass dieses Sakrileg nicht nur als Angriff an sich auf den Staatsapparat verstanden wird, sondern als ein Angriff, der durch die TäterIn selbst das nationale Amt verunglimpft.

Am 15.5. eröffnet dann *Bild* die Fahndung nach der TäterIn mit Großbildaufnahmen als Coverstory: „Berlin sucht Mann im Rock.“ Die Tat ist nicht nur zur spannenden Kriminalstory geworden, durch den Aufruf an die gesamte Bevölkerung wird die Tat zudem zu einer Tat, die ein nationales Sicherheitsinteresse zu suggerieren scheint. Der endlich enttarnte Feind im eigenen Lande muss verfolgt und zur Strecke gebracht werden, um die nationale Einheit und Sicherheit gerade im Kriegsfall zu gewährleisten. Die *BZ* (Berlins größte Springer-Zeitung) liefert weitere „Fakten“ zur Täterin. „Jürgen war's, ein Transvestit aus Berlin“, der tagsüber als Computerexperte arbeite, abends in Frauenkleidung herumlaufe und zu „Kreuzberger-Chaoten-Kreisen“ gehöre. „Der Mann im Rock“, mit dem dubiosen Doppelleben, der „Perverse“ unter dem Deckmantel der Normalität, die verwirrte ChaotIn aus der totalitären Szene: gefährlich ist, so wird uns mitgeteilt, was unbekannt und der sozialen Kontrolle entzogen ist. Nicht zugehörig zum sozialen Common Sense und Geschlechter-Anstand droht hier die Anarchie, wenn nicht Freund und Feind gleich dingfest gemacht werden. Und wissen wir nicht spätestens seit dem „Schweigen der Lämmer“, dass derMörder nicht mehr der Gärtner,

sondern der Transvestit ist? Und um sich an diesen „Abgründen“ zu weiden, prangt neben der Überschrift auch noch ein passendes „Pin-Up-foto“ Die latente Homo- und Transphobie dieser Gesellschaft feiert in Kriegszeiten fröhliche Urstände. So ist es in der neu-alten Grenzziehung zwischen drinnen und draußen, zwischen Feind und Freund auch längst nicht mehr überraschend, dass aus Außenminister Fischer zärtlich Joschka - wird nun vollends ein Familienmitglied. Um sich gleich auch als solches zu beweisen, wird ein Strafantrag gestellt. So wird die Vergangenheit nicht nur mit Farbbeuteln hinter sich gelassen.

Von Interesse ist auch hier, dass sich in der übrigen Presselandschaft nur noch die *taz* für derartig Personalisierendes interessiert. In „schwulem Glossenstil“ versucht sich der Autor in der Querspalte vom 17.5. an einer Stilkritik der TäterIn. Aber nicht der politische Stil, Sinn und Zweck der Aktion, werden glossenhaft diskutiert und persifliert, nein, der Autor bemängelt den geschmacklosen Kleidungsstil dieser „militanten Tucke“, die mit ihrer „halbgaren Tat“ doch nur aus Geltungssucht gehandelt habe. Auch ein *taz*-Autor sieht offenbar nur einen legitimen Ort für „Männer im Rock“: die Bühne. Dass diese schon in vielen Kriegen den Soldaten als Erheiterung im Feld gedient haben, damit sie umso fröhlicher zum Töten und Sterben aufbrechen, bleibt ihm verborgen. Politisch sind Männer im Rock für den Autor aufgrund ihrer Person nicht ernstzunehmen. Transphobie feiert also auch in homophilen Kreisen Auferstehung. Kurz, ästhetische Kritik im politischen Diskurs stellt immer ein heikles Unterfangen dar, sie kann dazu dienen, politische Argumentationen kritisch zu untermauern, sie kann diese aber genauso untergraben. Diese Art der Ästhetisierung von Politik kann man in der kritischen Kultur auch fürchten lernen.

Doch warum gibt es diesen irren Medienhype? Farbbeutel fliegen viele, auch auf Herrn Fischer, Männer in Röcken sieht man auf jeder Modenschau. Vor dem Hintergrund des Krieges, auf den die deutsche Gesellschaft eingeschworen werden soll, werden eben auch andere Zusammenhänge sichtbar.

In Krisenzeiten muss jeder „seinen Mann“ stehen. Ohne eine Kritik an hegemonialer Männlichkeit sind die Durchhalteparolen des „Siegen-Müssens um jeden Preis“ nicht zu verstehen. Dies wird auch an der absoluten Dominanz des Militärs in der Berichterstattung offensichtlich, nicht nur in Bezug auf militärische, sondern gerade auch auf humanitäre Informationen. In Kriegen werden Geschlechterverhältnisse eben auch immer festgezurrt. Es geht hierbei insbesondere um die Festigung von Männlichkeitskonzepten. Verbrämt mit vermeintlicher Humanität sind es die Prinzipien von Durchhalten, Stärke und Siegen, die in diesen Zeiten wieder aufscheinen. In diesem Zusammenhang werden durch die Tat des „Mannes im Rock“ nicht nur

Verantwortliche für den Krieg markiert, sondern auch Geschlechterverhältnisse in Frage gestellt.

Und so zeigt sich eben auch das Doppelgesicht des Liberalismus, Toleranz gegenüber Minderheiten, solange es nichts kostet. Aber es geht um weitaus mehr: Denn deutlich wird nicht nur, dass diese Toleranz lediglich situationsgebundenes Krisenmanagement darstellt, sondern auch dass mit Hilfe der Begrenzung des sozial Tolerablen Politik gemacht wird und

Zustimmungen produziert werden. Dass Sexualität und Geschlechts-Non-Konformität dafür besonders taugliche Instrumente sind, ist zwar keine neue, aber derzeit dennoch eine bittere Erkenntnis.

Der Feind im eigenen Lande ist nicht nur der „Volksverräter“ (Gysi), sondern auch der „Perverse“, der durch seinen unberechenbaren Lebenswandel der Front in den Rücken fällt. Im Umgang mit Minderheiten zeigt sich das wirkliche Gesicht einer Gesellschaft.

Corinna Genschel/Arnd Hofmeister (in: Freitag Nr.23, 4.Juni 1999)

Farbbeutelfinfo #1

Infos zu den Prozessen anlässlich des Widerstandes gegen den grünen Kriegsparteitag in Bielefeld:

Vor mehr als einem halben Jahr bekam Kriegsaußenminister Joseph Fischer einen Farbbeutel um die Ohren gepfeffert. Das war gut so und hat Freude gemacht. Im Zusammenhang mit dieser Aktion und dem Widerstand am Kriegsparteitag der Grünen hängen einige Prozesse in der Luft. Damit diese nicht in Vergessenheit geraten, wollen wir uns noch einmal den Anlaß und aktuellen Stand der Dinge vergegenwärtigen und breiter zugänglich zu machen, damit im Bedarfsfall eine schnelle gemeinsame Mobilisierung zu dem Prozeß/den Prozessen möglich wird.

Gegen mindestens 2 Urteile wegen Widerstand und Landfriedensbruch ist Einspruch eingelegt worden. In Bezug auf den Farbbeutelprozess hat das Gericht auf Betreiben des Anwaltes der WerferIn S. die Vernehmung Fischers angeordnet. Fischer wird sowohl zum Tathergang befragt werden, als auch zu seiner wissentlichen Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Die nichtöffentliche (!) Vernehmung kann kurzfristig angesetzt werden, einen Termin gibt es bislang nicht. Dazu werden wir in Kürze mehr erzählen.

Zur gemeinsamen Erinnerung:

Am 13.Mai veranstalten Die Grünen/Bündnis 90 ihren Sonderparteitag in Bielefeld zum Kosovokrieg. Bereits seit einigen Wochen fliegen die Nato bis zu 600 Kampfeinsätze über Serbien und Kosovo und schmeißen bis an die 120 Bomben täglich auf das Land. Wir ersparen uns an dieser Stelle weitere Beschreibungen der Situation, bzw. der Fakten, weil trotz der schnellebigen Zeit noch viele Sequenzen in unseren Köpfen sind. Vielleicht kurze Stichworte zum Erinnern: (Rambouillet, die grüne Zerrissenheit, mediale Bombardierungen, verheuchelte PolitikerInnen, ihre Wortverdrehungen, „humanitäre Katastrophe“, "Friedenseinsatz für Auschwitz", "Verantwortung der Deutschen", Tornados, Flüchtlingsströme, Spenden, Spenden und noch mal Spenden, Bombardierungen, zerbombter Flüchtlingstreck, Brücken, Chinesische Botschaft, Fernsehstadion, Bodentruppenvorbereitung...

Erinnern wir uns auch noch an unsere Emotionen?

Wir sind geschockt, dass so wenig Widerstand gegen den Krieg organisiert wurde. Dass dieses immer

häßlicher werdende Deutschland wieder Krieg führt und dass sie es wagen, Auschwitz zur Rechtfertigung dafür zu bemühen. Wir sind konfrontiert mit dem Ausmaß der Korruption der Grünen, die um jeden Preis an der Macht bleiben wollen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es Linke gibt, welche einerseits sowohl bedingt durch die Propagandabilder des Westens –welche die Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit verzerren- und der aggressiven Macht- und Vertreibungspolitik der serbischen Machthaber andererseits, die Frage aufwerfen, ob nicht doch ausnahmsweise militärisch in Jugoslawien eingegriffen werden müßte. Und dann dieses Magen-zwicken angesichts nationalchauvinistischer Fahnen von serbischen Monarchisten und Tschetniks, die einigen von uns die Teilnahme an den Demos unmöglich macht und es innerhalb der Linken an der Frage des Umganges mit z.B. serbischen Nationalfahnen, bzw. nationalistischen Positionen zu heftigen Konflikten kommt. Wir haben zum Zeitpunkt der Bombardierung verdammt vieles nicht verstanden, z.B. dass alle einfach weiter arbeiten, in Urlaub fahren, daß der Alltag einfach weitergeht als würde das niemand wirklich was angehen, was da ein paar tausend Kilometer weit weg passiert.

In dieser Situation veranstalten die Grünen in Bielefeld ihren Parteitag. Die korrumpierten Regierungsgrünen und angeblichen „Linken“ in der Partei wollen über „Krieg und Frieden“ reden. Angesichts der Entscheidung der Grünen zum Krieg gab und gibt es mit den Grünen nichts mehr zu reden. Sie sind Teil der Herrschenden, die - z.T. in linkem Duktus - nicht nur staatstragend, sondern kriegstreibend waren.

Ein Aufruf von radikalen Linken will den Kriegsparteitag stören, stürmen und verhindern. Und er wird massiv gestört. Vor der Halle werden die Grünen beschimpft und ihnen der Zugang massiv verwehrt. Absperrgitter der Polizei werden auseinandergerissen. Ein Versuch, die Halle zu stürmen, kann nur knapp durch die Polizei vereitelt werden. Bei unterschiedlichen Anlässen werden bis zu 60 Menschen festgenommen, zwei gesuchte Totalverweigerer werden in Haft genommen (!). An die 10 Menschen um den Lautsprecherwagen wurden bis zu 10 Stunden festgehalten. In der Halle: Antikriegstransparente und der Gestank der Buttersäure. Als spektakulärste Aktion

wird Außenminister Fischer ein Farbbeutel ins Gesicht gepfeffert. Die Presse transportiert das Attentat international. In der Halle kommt es zu tumultartigen Szenen. Der Parteitag kann nur verzögert beginnen. Obwohl der Parteitag nicht verhindert und in einen Antikriegskongress umgedreht werden kann, wird die offensive Mobilisierung als ein Erfolg gewertet. Und das, obwohl wahrscheinlich mehr KriegsgegnerInnen vor der Glotze hängen anstatt sich selber zur Verhinderung zum Parteitag zu begeben.

Dabei wurden die Grünen als schwächstes Glied in der Kette der Kriegstreiber ausgemacht, und mit mehr Menschen, so die Einschätzung Einiger, wäre der Parteitag zu verhindern gewesen.

Verfolgen wir den Farbbeutel: Was geschah seitdem?

Noch am selben Tag stellt Joseph Fischer Strafanzeige, nach der entkommenen Farbbeutelwerferin S. wird gefahndet, während diese einer Regionalzeitung ein Telefoninterview gibt. Bild-Zeitung und BZ geben dieses Interview als ihres aus und verbreiten die Antikriegserklärung zu dem Farbanschlag millionenfach. Darüber hinaus werden ihre Titelseiten mit „Transvestit besudelt Fischer“ aufgemacht. Gleichzeitig überschlagen sich Interviewangebote seitens verschiedenster Medien an die AttentäterIn, welche allesamt ignoriert werden.

Während die Fahndung läuft, stellt sich die Beschuldigte mit Ihrem Anwalt in Bielefeld und wird nach anschließender ED-Behandlung wieder entlassen.

Auf Ihrer Arbeitsstelle wird sie beurlaubt, nach 1 ½ Wochen ist sich der vermeintliche Alternativbetrieb „Cabuwazi“ in Kreuzberg nicht zu schade, S. unter fadenscheinigen Gründen rauszuschmeißen. Die Machtpolitik des Vereinsvorstandes in Gestalt des ehemaligen Hausbesetzers und Betriebsrat bei Krupp, K. Köckenberger, und der voraus eilende Gehorsam wegen der Sponsoren (Bewag, Frauen-Lionsclub etc.) wirken wie die Verlängerung dessen, was auch aus den Grünen geworden ist. Die Kündigung kann weder nennenswert juristisch noch durch politischen Druck verhindert werden.

Bereits 2 Tage später ist die Entlassung Anlaß zu einer Glosse im „Spiegel“.

Mehrere Wochen später unterbreitet Fischer wieder über den „Spiegel“ ein taktisches Angebot, welches in den meisten Tageszeitungen weiterverbreitet wird: Wenn S. die ärztlichen Behandlungskosten von Fischer übernehme und eine ordentliche Summe an die Kosovo-Hilfe spende, dann würde der grüne Obermacker von einem Prozeß absehen. Auf ein entsprechendes Gegenangebot (Presseerklärung 2 von S.) kommt keine Resonanz seitens Fischers. Darin bietet S. an, statt der Kosovohilfe (=sprich der Lagerhaltung von Flüchtlingen) zu spenden, würde S. Deserteure aller Kriegsparteien (einschl. der Nato) bei sich aufnehmen.

Die Arztrechnung würde S. bezahlen, wenn Fischer die Angehörigen der Natobombenopfer entschädige.

Ende September stellt das Amtsgericht Bielefeld ein Urteil an S. zu und verurteilt diese zu 7 Monaten Knast auf 3 Jahre zu Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Zeitungen suggerieren z.T. dass es einen Prozeß gegeben habe. Gegen das Urteil wird Einspruch eingelegt, so daß es einen öffentlichen Prozeß geben wird (siehe auch Presseerkl. 3)

Weitere Kriminalisierungen der Antikriegswiderstandes:

Bisher hat es einige Einstellungen der Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes gegeben.

Die Meisten uns bekannten Ermittlungen z.B. um den Lautsprecherwagen, den Kessel, den es in Bielefeld mit 60 Menschen gab, den „Nackten“, der im Anschluß an den Farbbeutel für Verwirrung auf dem Parteitag sorgte, etc., sind noch nicht in dem Stadium, eines sich abzeichnenden Prozesses. Neben der Farbbeutelwerferin hat allerdings eine weitere Frau durch das Amtsgericht Bielefeld einen Urteil wegen Landfriedensbruch (15 Tagessätze zu 25,-DM) bekommen. Ein Mensch am Lautsprecherwagen hat ein Urteil wegen Widerstand (60 Tagessätze a´ 30,-DM) bekommen. Beide haben Einspruch eingelegt.

Es gibt das Bemühen, den Überblick über die mögliche Kriminalisierungen zu bewahren und darüber Öffentlichkeit, ggf. einen gemeinsamen Umgang mit den Prozessen herzustellen (Bitte meldet Euch darum bei untengenannter Kontaktadresse im Bedarfsfall wenn Ihr in irgendeiner Art und Weise juristisch behelligt werdet).

In Bezug auf den Farbbeutelprozeß wird ein politischer Prozeß angestrebt. Der Prozeß soll noch einmal Öffentlichkeit über den Krieg und die Kriegsfolgen herstellen. Ein offensiver Umgang mit der Publizität des Farbbeutelprozesses ist in der Diskussion, an der sich auch noch gerne beteiligt werden kann.

An dieser Stelle sei allen noch einmal ganz herzlich gedankt, die bisher in irgendeiner Art und Weise unterstützend tätig waren.

Wenn Ihr Partys machen wollt um Geld zu sammeln, dann bitte auf das Prozesskonto des Ermittlungsausschuss Berlin: Kontonr: 20610-106, Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Wichtig: Stichwort AUFPRALL.

Was übrig bleibt, geht an den EA.

Welche Kontakt etc. suchen, können an folgende Adresse schreiben: „Fischerchöre“ c/o Buchladen "Schwarze Risse", Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

Einstellung aller Antikriegsprozesse!

Für eine radikale Perspektive gegen jeden Krieg!

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg

Für eine radikale Perspektive gegen jeden Krieg

Aus aktuellem Anlaß wollen wir am Dienstag den 22.2.2000, um 11 Uhr dem Auswärtigen Amt einen Besuch abstatten. Nachdem bei der offiziellen Einweihung 25.000 Menschen über den Terrakotta-Boden im neuen Arbeitszimmer des Kriegaußenministers Fischers trampeln durften und sich anstatt über den Krieg über Fischers Stillosigkeit mokierten, werden wir Antikriegspositionen hörbar machen. Wir werden den Ort, an dem die zukünftigen "humanitären" Interventionen im Interesse der BRD und Europäischen Union vorbereitet werden, mit einer ersten Kundgebung gegen den Krieg einweihen.

Der aktuelle Anlaß ist die Vernehmung Fischers wegen des Farbbeutelanschlages auf dem Kriegsparteitag der Grünen in Bielefeld. Dort wurde ihm anläßlich seiner Rolle als Mitverantwortlicher für den Kosovo-Krieg ein Farbbeutel ins Gesicht gepfeffert. Sein Ohr was das erste deutsche Kriegsoffer an der Heimatfront. Der Farbanschlag markierte ihn in seiner Rolle als deutscher Außenminister und als Chef der Jäger 90/Die Grünen blutrot und sprach vielen Menschen aus dem Herzen. Die nicht öffentliche Vernehmung Fischers wurde von der Verteidigung der Werferin beantragt. Fischer wird zum Kosovo-Krieg befragt werden. Fischer selber läßt es sich offensichtlich nicht nehmen, den Vernehmungsrichter lieber ins Auswärtige Amt zu bestellen, als sich als Vizekanzler in ein popeliges Amtsgericht zu bemühen. Das ist gut so: **Das Auswärtige Amt ist einer der politischen Orte an den -neben Parlament, Medien, Waffenrüstungsfirmen und Militärs- eine radikale Kritik der Nach- und Vorkriegsgesellschaft hingehört.**

Auch wenn Fischer die Vernehmung platzen lassen sollte, weil er wieder in irgendwelchen Flugzeugen sitzt, um die "Absatzmärkte und Zugänge zu den Ressourcen" im Interesse der BRD und EU, zu vertreten- wir werden die Kundgebung nicht platzen lassen!

Wir sind nicht bereit, tatenlos zuzuschauen, wie der vergangene Krieg zu einem Nichtthema wird und über die Folgen niemand mehr reden mag. Wir sind auch nicht bereit, zukünftigen Kriegsvorbereitungen tatenlos zuzusehen.

Wir wollen Öffentlichkeit :

1. gegen die Bombenangriffe von deutschen Tornadobombern und anderen Natotruppen;
2. für die unschuldig Ermordeten, die mit dem Unwort des Jahres „Kollateralschäden“ unsichtbar gemacht werden sollten;
3. über die Medien und Propaganda der Nato, die z.B mit zu schnell laufenden Videos ihre rücksichtslose "Humanität" zerbombter ziviler Züge zu verschleiern sucht;
4. über die Verkehrung der Vertreibung und Ermordung von KosovoalbanerInnen in Vertreibung und Ermordung von SerbInnen, Roma und anderen Menschen im Protektorat der

Natoländer unter Aufsicht der verschiedenen Militärs;

5. gegen die aggressive Flüchtlingspolitik des Aushungerns, der Zwangverpflegung und der Obdachlosmachung in der Festung Europa mit dem Ziel der Vertreibung und Abschiebung der Flüchtlinge, (eindrucksvoll belegen dies der vergangene Hungerstreik von Kriegsflüchtlingen aus allen Teilen Jugoslawiens in den verschiedenen Heimen des „Roten Kreuzes“);
6. gegen die täglichen Angriffe und Morde an AusländerInnen und Brutalisierung der Gesellschaft;
7. sowie gegen das Vergessenwollen und die Entsorgung der deutschen Geschichte;
8. ...

All das treibt uns, die Vernehmung Fischers zum Anlaß für eine Mobilisierung vor das Auswärtige Amt zu nehmen. Auch wenn der Widerstand gegen den Kosovokrieg ausgesprochen dünn war, wollen wir uns damit nicht abfinden. Wir wollen eine Auseinandersetzung zu dem vergangenen Krieg weil wir hinsichtlich der kommenden Kriege eine Position stark machen wollen, die offensiven Widerstand gegen zukünftige Eroberungskreuzzüge auf breitere Grundlagen zu stellen weiß.

Die Kundgebung ist eine Möglichkeit, unsere grundsätzliche Opposition zu gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen, die diesen Krieg ermöglicht haben und zukünftige Kriege ermöglichen werden, wenn nicht ein breiter außerparlamentarischer und entschlossener antimilitaristischer Widerstand Schranken setzt.

Auch wenn die Uhrzeit weder ArbeiterInnen noch FaulenzerInnen entgegen kommt, freuen wir uns über eine breite Beteiligung und Unterstützung.

Wir planen sowohl kulturelle als auch politische Beiträge zu den Themen Flüchtlingspolitik in Deutschland, Deserteure im Allgemeinen und Totalverweigerung in der BRD im Besonderen, eine Analyse der Kriegspolitik im Zusammenspiel mit der Bedeutung der Flüchtlinge als Manövriermasse der verschiedenen Militärs im Krieg etc. Außerdem versuchen wir, Flüchtlinge und Deserteure direkt zu gewinnen, die ihre Stimmen zu Fischers Ohr tragen.

Kundgebung: Dienstag, 22.02, um 11.00 Uhr zwischen Alt- und Neubau des Auswärtigen Amtes an der Kurstraße in Berlin Mitte. Bringt Trillerpfeifen u.ä. mit, um fette Staatskarossen lautstark zu begrüßen.

Wer Geld spenden will: Prozeßkonto des Berliner Ermittlungsausschusses, EA, Kontonr.: 20610-106. Postbank Berlin, Bankleitzahl: 10010010. Wichtig ist das Stichwort: AUFPRALL. Geld, das übrig bleibt, bekommt der EA. Alle, die Kontakt suchen, schreiben an: "Fischerchöre", c/o Buchladen "Schwarze Risse", Gneisenaustr.. 2a 10961 Berlin (Zu den weiteren Prozessen demnächst mehr)

einSATZ!

...rote Ohren für Kriegstreiber

...für einen bissigen Antimilitarismus & Antiimperialismus

...gegen die Kriminalisierung des Antikriegswiderstandes

Schleswig-Holsteinisches Info zu den Prozessen wegen der Aktionen zum Kriegsparteitag der Grünen

Am 24. März 1999 begann der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Elf Wochen der Bombardierungen hinterließen ein verwüstetes Land – Tausende von Menschen wurden getötet, Hunderttausende vertrieben. Auch nach der Einrichtung des NATO-Protektorats und der Rückkehr vieler Flüchtlinge in zerstörte Siedlungen und Städte hielten die Vertreibungen und Morde, nun unter anderen Vorzeichen an. Mittlerweile hat sich im Kosovo eine Apartheidsgesellschaft etabliert, in der die Besatzungsmacht auf unabsehbare Zeit der bestimmende Machtfaktor bleiben wird.

Aus Deutscher Sicht ein voller Erfolg, gelang es doch, dem erklärten Ziel der Wiedererlangung einer Weltmachtposition durch die Demonstration militärischer Interventionsfähigkeit ein Stück näherzukommen. Der offene Krieg als fester Bestandteil der deutschen Aussenpolitik ist nunmehr durchgesetzt und wird in Zukunft auch angewendet werden. So beschreibt Aussenminister Fischer in einer Erklärung vom 27.12.99 den Krieg gegen Jugoslawien als einen positiven *“weit in die Zukunft reichenden Impuls”*, und erklärt diese Art der Intervention zu einem der zukünftigen Schwerpunkte der deutschen Aussenpolitik machen zu wollen, da die innere Verfasstheit von Staaten nicht länger allein eine „innere Angelegenheit“ sei.

Obwohl das Programm der NATO seit ihrer Gründung Krieg war und Deutschland spätestens mit der Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität auf beschleunigtem Großmachtkurs war, hat sich eine Bewegung gegen den Krieg gegen Jugoslawien nicht wirklich entwickelt. Und dass obwohl die Remilitarisierung deutscher Aussenpolitik nicht zu übersehen war. Immerhin sind durch schrittweise Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr die praktischen Möglichkeiten der Kriegsführung auch innenpolitisch ausgelotet worden. Es ist allerdings nicht nur die „alte“ militarisierende Politik beispielsweise in Form der Gelöbnisoffensive des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühe gewesen, über die eine innenpolitische Zustimmung zur neuen Rolle Deutschlands erwirkt wurde. Vielmehr ist es der Diskurs um humanitäre Interventionen gewesen, in dem sich, selbst bei Teilen der Linken und Linksliberalen, die Bereitschaft zum Kriegshumanismus entwickelte. Unter den Bedingungen des Jugoslawienkriegs wurde er zeitweise moralisch auf die Verhinderung einer herbeiphantasierten Wiederholung von Auschwitz zugespielt. Die ehemalige Friedensbewegung wurde unter Verwendung humanistischer Phrasen mit militarisierter Aussenpolitik versöhnt und KriegsgegnerInnen wahlweise als *“Profaschisten”* (Vollmer) beschimpft oder ihnen wurde unterstellt, *“Herrn Milosevic schlägt ihr demnächst für den Friedensnobelpreis vor”* (Fischer). Diesen unverschämte vertraulichen, wie auch an Ort und Stelle nicht ungeschickten Satz, sagte Fischer im Gegensatz zu

vorhergehenden Ungeheurlichkeiten diesmal nicht ohne vorher rot geworden zu sein.

Do you remember Bielefeld?

Ein gut platzierter Beutel mit roter Farbe traf den Aussenminister auf dem Sonderparteitag der Grünen in Bielefeld, markierte ihn und mit ihm die Grüne Partei. Schon zu Beginn des Krieges focussierten Teile der Antikriegsbewegung die Grüne Partei. Dass die Partei zur Kriegspartei geworden war, darin waren sich mehr oder weniger alle einig. Nur wie damit umgehen? Während einige darauf setzten, die kritischen Grünen auch gerade im Hinblick auf den Sonderparteitag zu stärken – ein ambitioniertes Ziel war der Bruch der Koalition – kritisierten andere gerade die Mischung aus grüner Kriegs- und Friedenspolitik, welche die scharfe politisch-moralische Waffe der *“inneren Zerrissenheit”* generierte. Die Vollendung der von der vorigen Bundesregierung vorbereiteten Kriegspolitik durch die Grünen wurde deshalb besonders kritisch und als angreifenswert begriffen, da diese dem Kriegsvorwand *“Menschenrechte”* eine weit höhere Glaubwürdigkeit verleihen konnten als andere Parteien und damit wirkungsvoll sowohl innere Widerstände als auch internationale Kritik an der deutschen Rolle im Kosovo-Krieg minimiert werden konnten. So stellte sich in der Perspektive der zweiten Fraktion der auch von KriegsgegnerInnen innerhalb der Grünen eingeforderte Sonderparteitag zum Krieg als verhinderungswürdig dar. *„1999 am Himmelfahrtstag in Bielefeld zu demonstrieren hat das Ziel, radikal die rot-grüne Kriegs- und Friedenspolitik zu demontieren.“* (aus dem bundesweiten Aufruf) Die Inszenierung des Parteitages hatte zunächst das Ziel, das Überleben des Grünen Projekts abzusichern, dessen Erfolge gerade in der Mischung aus Machtopportunismus und Moral begründet liegen. In der aktuellen Frage des Krieges musste es für beide Lager in den Grünen darum gehen, das Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern und einen Klärungsprozess mittels einer Abstimmung in einen politikfähigen Kompromiss zu überführen. Auch für KriegskritikerInnen wie Ströbele war schon im Vorfeld klar: *“Wir wollen weder aus der Koalition raus, noch unseren Aussenminister in Frage stellen.”* Die SonderparteitagsdelegiertInnen stimmten denn auch für den Antrag des Bundesvorstandes, der forderte, *“dass die NATO einseitig eine Unterbrechung der Luftangriffe auf Jugoslawien erklärt”*, während die offizielle Linie deutscher Aussenpolitik eine Unterbrechung an nachprüfbare Signale aus Belgrad knüpfte. Vom Sonderparteitag ging im Ergebnis eine Initiative für eine den deutschen Verhältnissen angepasste Realo-Kriegspolitik aus. Diese ging einen Schritt hinter die ursprüngliche NATO-Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation zurück, um eine weitere Eskalation in Form des Einsatzes von Bodentruppen zu vermeiden.

Zu diesem Parteitag, der am 13. Mai in Bielefeld stattfand, mobilisierte ein bundesweites autonomes Antikriegsplenum mit dem erklärten Ziel die Halle zu besetzen und die erste bundesweite Antikriegsversammlung durchzuführen. Unter dem Motto *“Kein Kriegsparteitag – Antikriegsversammlung”* sollte der Raum für einen gesellschaftlichen Konflikt geöffnet werden, in dem sich der Widerstand antiinstitutionell verhält und lebendige außerparlamentarische Opposition organisiert. Regionale Aufrufe titelten mit *“Zerschlagen wir die NATO! – Fangen wir mit den Grünen an”* (Berlin), *“Die NATO-Kriegsmaschine angreifen – fangen wir bei den Grünen an”* (Hamburg) und *“Für die Endlagerung der Grünen und die Neuformierung einer kämpferischen linksradikalen Bewegung”* (Schleswig-Holstein).

Der Versuch, durch die Bullenabsperungen zu brechen, mißlang, so dass sich eine Blockade entwickelte. Diejenigen, die es auf Umwegen und mit Tricks in das Parteitagsgelände schafften, rollten Transparente aus und schimpften vor allem die Grünen Prominenz *“Mörder”* und anderes. Auch roch es in der Halle ziemlich stark nach Buttersäure. Die bekannteste Aktion des Tages sollte der Farbbeutelwurf auf Josef Fischer werden. Darüber haben wir uns übrigens sehr gefreut! Ein großer Wurf!

Verfolgungsmaßnahmen gegen KriegsgegnerInnen wurden eingeleitet, weil Grüne Delegierte am Einlass in die Kriegsparteitagshalle gehindert wurden und weil der Aussenminister einen (nicht beabsichtigten) Ohrschaden erlitten hat. Die Vorwürfe lauten auf Landfriedensbruch, Widerstand und Körperverletzung. Mittlerweile sind einige Strafbefehle ergangen, gegen die meisten wurde Einspruch eingelegt.

Die Prozesse nutzen!

In der Perspektive eines Antirepressionsansatzes geht es natürlich darum, der Kriminalisierung unserer Politik entgegenzutreten. Darüber hinaus gibt es verschiedene Motivationen und Ausrichtungen der unterzeichnenden Gruppen. Im vorliegenden Fall, der Kriminalisierung des Antikriegsprotestes, ist eine Perspektive, gerade auch die Definitionsmacht über den Begriff der Gewalt nicht widerspruchsfrei zu schlucken. Einspruch gegen Strafbefehle einzulegen, um ihnen politisch zu entgegnen, heißt den Zynismus der Macht nicht anzuerkennen, der auf der einen Seite den Krieg legitimiert und auf der anderen Seite den Protest verfolgt. Nicht in Passivität zu verfallen, sondern über die anstehenden Prozesse den gewalttätigen Normalzustand der Kriege hervorbringt anzuklagen und Antikriegspolitik weiterzuentwickeln, ist die weitergehende Möglichkeit die wir haben und nutzen wollen.

Für vorausschauenden Antimilitarismus & Antiimperialismus!

Februar 2000

eine Text von: bewegung!-Gruppe gegen Stillstand im Normalzustand, elvira, KAGON und Einzelpersonen

Mittwoch, 23.2.

Die Grünen laden zur Wahlkampfabschlussparty mit Büffet und live-Musik im Norwegenterminal in Kiel –

kostet nix! Einlass 18.30h, Beginn 19.30h. Josef Fischer kommt auch. Achtet auf gesonderte Ankündigungen! Am Freitag, den 18.2. ist um 20.00h ein Absprachetreffen für den Besuch der Wahlkampfabschlussparty in der Hansastr. 48. Dort können wir auch die Fahrt zum Befragungstermin in Berlin koordinieren.

24. oder 25.3.

Zum Jahrestag des Beginns der NATO-Kriege soll es eine Aktion geben, um ein NEIN gegen die Verhältnisse zum Ausdruck zu bringen, die Kriege hervorbringen. Achtet auf Ankündigungen! Ein Vorbereitungstreffen hierzu ist am Donnerstag, den 24.2 in der Hansastr. 48 um 19.00h.

Sonntag, 26.3.

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, oder: *„Obwohl zum Innehalten die Zeit nicht ist, wird einmal keine Zeit mehr sein, wenn wir jetzt nicht innehalten“*

Für eine antimilitaristische und antiimperialistische Linke ist eine Bestandsaufnahme der jüngeren (und älteren) Antikriegspositionen von Bedeutung und wo nötig eine Aktualisierung bzw. Neuformulierung. Um 11.00h beginnt in der Hansastr. 48 eine offene Diskussion über Bedingungen und Perspektiven einer linken ausserparlamentarischen Antikriegspolitik auf der Grundlage von Erfahrungen in Schleswig-Holstein. Wir wollen Genauigkeit in die Differenzen bringen und nach einem in tatsächlichen Gemeinsamkeiten begründeten ‚Wir‘ suchen. Für vorausschauenden Antimilitarismus & Antiimperialismus!

Kontakt: bewegung! (Gruppe gegen Stillstand im Normalzustand), Schwefelstr.6, 24118 Kiel, Fax: 0431-57 70 56

schon mal für den Terminkalender

Am 26.4. wird gegen eine Frau aus Kiel ein Prozeß in Bielefeld stattfinden. Der Vorwurf lautet auf Landfriedensbruch.

Menschen aus Schleswig-Holstein, die von Verfahren betroffen sind, melden sich bitte beim Ermittlungsausschuss S-H: 0431-57 96 555 (24-Std. Anrufbeantworter)

Die Verfahren wegen der Mobilisierung nach Bielefeld kosten wie immer Geld. Spenden bitte auf das Prozesskonto des Ermittlungsausschusses Berlin: Kontonr: 20610-106, Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Wichtig: Stichwort AUFPRALL

ältere Texte & aktuelles

Ältere Texte und die verschiedenen Aufrufe zum Kriegsparteitag in Bielefeld findet Ihr auf www.gaarden.net/no_nato/. Dort sind ebenfalls immer möglichst aktuelle Informationen zu den anstehenden Verfahren abzurufen.

Infos und Kontakt

Schleswig-Holstein: zu Bielefeld – c/o Infoladen Beau Rivage - Hansastr. 48–24118 Kiel – Fax: 0431-56 37 17
Berlin: Fischerchöre – c/o Buchladen Schwarze Risse – Gneisenaustr. 2a – 10961 Berlin